

Informationen

316 *zur politischen Bildung / izpb*

bpb:

3/2012



Nationalsozialismus: Krieg
und Holocaust

Inhalt

Krieg und Holocaust	4
Der Weg in den Krieg	5
Außenpolitische Erfolge	5
Wille zum Krieg	9
Hitler-Stalin-Pakt	12
Krieg und Besetzung in Ost- und Westeuropa	16
Siedlung und Vertreibung	19
Kriegsalltag und Widerstand in Deutschland	20
Besetzung Westeuropas	22
Luftkrieg gegen Großbritannien	24
Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion	25
Massenmord und Holocaust	33
Krankenmord	33
Deportationen	36
Mord an den polnischen Juden	41
Wannsee-Konferenz	42
„Aktion Reinhardt“	44
Auschwitz	46
Holocaust in West- und Südeuropa	47
Krieg im eigenen Land	51
Strafverschärfungen	51
Luftkrieg	52
Einsatz von KZ-Häftlingen	55
Zwangsarbeit	57
Kriegsende	60
Verdrängung und Erinnerung	68
Nürnberger Prozesse	69
Entnazifizierung	70
Debatte um Verjährung	72
Integration der Täter und Mitläufner	73
Entschädigungen	73
Erinnerung	75
Literaturhinweise	80
Internetadressen	81
Der Autor	82
Impressum	82



Editorial

70 Jahre sind seit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vergangen. Es ist für alle Zeiten unbegreiflich, was Deutsche anderen Deutschen und ihren europäischen Nachbarn im Zweiten Weltkrieg angetan haben. Die Brutalität und Menschenverachtung, mit der zuvor ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen wie Kranke, Sinti und Roma und vor allem Juden millionenfach verfolgt und ermordet wurden, mit der Kriegsgefangene misshandelt wurden und Zwangsarbeiter unter unvorstellbar elenden Bedingungen das Überleben des NS-Staates sichern sollten, erregt in der Rückschau Entsetzen.

Das Kriegsende hinterließ Überlebende, die traumatische Erfahrungen gemacht hatten – aber auch ein Volk von Besiegten, das in seiner Mehrzahl behauptete, nichts von den Verbrechen der Nationalsozialisten gewusst und sich erst recht nicht an diesen beteiligt zu haben.

Vor allem die Opfer, aber auch die Täter mussten fortan mit ihren Erinnerungen leben und – zumeist allein – verarbeiten, was sie erlebt, erlitten und getan hatten. Der Neubeginn nach 1945, der Wiederaufbau aus Trümmern, nahm alle verfügbaren Energien in Anspruch. Die Stimmen der überlebenden Opfer blieben meist ungehört, und die Täter suchten ihre Schuld zu verdrängen. Häufig prägten bedrückende personelle Kontinuitäten die Führungseliten der Nachkriegszeit.

Eine positive Konsequenz, die aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen wurde, ist die europäische Einigung. Unter dem Dach der EU sind die Staaten Europas inzwischen eng zusammengerückt, demokratisch und rechtsstaatlich verfasst sowie wirtschaftlich eng verbunden. Im Zeichen gewachsener Mobilität und geförderter Begegnungen wie Schüleraustausch und Städtepartnerschaften ist es für die Bürgerinnen und Bürger der Staatengemeinschaft längst selbstverständlich geworden, sich in den Nachbarländern ungehindert zu bewegen und dort willkommene Gäste zu sein.

Doch kommt es, wie in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise, innerhalb der Eurostaaten zu Irritationen und wirtschaftlichen Asymmetrien, werden auch alte Stereotypen reaktiviert. Deutschland gilt dann in Teilen der öffentlichen Meinung mittlerweile wieder als Aggressor, der nun auf wirtschaftlichem Wege erreichen wolle, was ihm einst militärisch verwehrt blieb. Angesichts solcher Verwerfungen tun sich die Deutschen wiederum schwer mit einer aktiven und selbstbewussten Rolle in Europa, selbst wenn manche Partnerländer immer häufiger „mehr Führung“ von Berlin erwarten.

Innergesellschaftlich ist die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie weiterhin gefordert. Seit dem Herbst 2011 haben

wir schreckliche Gewissheit: Rechtsextremistische Terrorgruppen sind in Deutschland aktiv. Sie pflegen das entsprechende Gedankengut und schrecken vor Gewalttaten, vor hinterhältigen Morden nicht zurück.

Dabei ist es schon traurige Gewohnheit, dass Synagogen in Deutschland nach wie vor bewacht werden, um sie gegen antisemitische Übergriffe zu schützen. Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Glaubensgemeinschaft erhalten immer wieder Schmäh- und Drohbriefe. Und die Neigung, Minderwertigkeitsgefühle durch Aggression gegen vermeintlich Schwächere zu kompensieren und sich auf Kosten anderer überlegen zu fühlen, bleibt ein innergesellschaftliches Problem. Der zivilgesellschaftliche Firnis kann sich als schockierend dünn erweisen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Heft „Nationalsozialismus: Krieg und Holocaust“. Wie seine Vorgängerausgabe „Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft“ greift es den neuesten Forschungsstand auf, geht der Frage nach dem Wie und Warum nach und skizziert in anschaulicher Weise Grenzerfahrungen, die die Beteiligten, Opfer wie Täter, machen mussten.

In Zitaten und Augenzeugenberichten von Opfern und Tätern, in Berichten von Überlebenden, in politischer Propaganda und in Frontbriefen einfacher Soldaten werden unterschiedlichste Stimmen laut. Amtliche Dokumente und Vertragstexte hüllen den Schrecken in nüchterne Sprache, und Fotoaufnahmen ziehen den Betrachter in das Geschehen. Letzteren gilt, wie bereits im Vorgängerheft, unser besonderes Augenmerk. Oft aus der Täterperspektive oder aus propagandistischen Erwägungen heraus entstanden, belegen sie anschaulich die Verstrickung ins Unrecht und ein mangelndes Unrechtsbewusstsein.

Die Darstellung konzentriert sich auf den Rasse- und Weltanschauungskrieg, den die Deutschen in Europa führten. Dabei wird deutlich, wie sich aus ideologischer Indoktrinierung und der Bereitschaft zur Umsetzung der mörderischen Ziele, aus den Vorgaben der NS-Führung und den persönlichen Motiven und Entscheidungen der Ausführenden vor Ort das Geschehen zusehends radikalierte und wie die Verstrickung in eine Gewaltspirale funktionierte. Die Frage nach individueller Verantwortung, nach dem eigenen Gewissen, bleibt unverändert aktuell.

Christine Hesse



Michael Wildt

Krieg und Holocaust

Der Zweite Weltkrieg ist Vergangenheit, genauso wie das NS-Regime, das ihn entfesselte. Doch das Ausmaß des Schreckens und der Verwüstung, in das die Deutschen im Zeichen eines mörderischen Rassenwahns ihre Nachbarn stürzten, wirft unverändert seinen Schatten auf die Gegenwart.

Das NS-Regime brachte Tod und Verwüstung über Europa und andere Teile der Welt. Etwa 55 Millionen Menschen kostete der Zweite Weltkrieg das Leben, die meisten von ihnen waren Zivilisten. Annähernd sechs Millionen Juden wurden ermordet, ebenso Hunderttausende Roma und Sinti sowie behinderte, kranke Menschen, die als „lebensunwertes Leben“ der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Den Krieg hatte die nationalsozialistische Führung von Anfang an gewollt. Mit Gewalt sollten nicht nur die Gebiete zurückgewonnen werden, die durch den Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg verloren gegangen waren. Mit dem Krieg sollte vor allem „Lebensraum“ im Osten erobert werden, denn aus nationalsozialistischer Sicht war das Deutsche Reich zu klein, um das deutsche Volk auf Dauer ernähren zu können. In einem künftigen „Großdeutschen Reich“, das Polen, das Baltikum sowie die Ukraine einschließen und bis weit nach Russland reichen sollte, würden deutsche Siedler als „Herrenrasse“ das Land beherrschen und die einheimische Bevölkerung entweder vernichten, vertreiben oder als Sklaven für sich arbeiten lassen.

Denn das war die zweite Leitlinie nationalsozialistischer Politik: die „rassische“ Neuordnung eines von Deutschland beherrschten Europas. Vor allem galt es, aus Deutschland wie aus allen erreichbaren Ländern die jüdische Minderheit zu vertreiben und mit zunehmender Radikalisierung der Gewalt zu vernichten. Der Krieg schuf den Rahmen für das Menschheitsverbrechen: die Ermordung der europäischen Juden.

Krieg, Antisemitismus und Rassismus bildeten von Beginn an Ziel und Leitprinzipien des NS-Regimes. Unmittelbar nach dem Machtantritt im Januar 1933 stellte die Hitler-Regierung bereits die wirtschaftlichen Weichen für eine massive Aufrüstung. Im April 1933 erließ sie die ersten antisemitischen Gesetze, mit denen Juden verboten wurde, im öffentlichen Dienst tätig zu sein. Im Juli 1933 folgte das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das die Zwangssterilisation von hunderttausenden Menschen erlaubte, die als „erbkrank“ oder behindert galten.

In den folgenden Jahren löste sich Deutschland mehr und mehr aus seinen internationalen Verpflichtungen, revidierte nach und nach alle Auflagen des Versailler Vertrages, rüstete



Deutschland führt Krieg gegen seine Nachbarn: das zerstörte Rotterdam 1940.

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

auf, gewann Österreich und das Sudetenland hinzu und war damit doch noch immer nicht zufrieden, sondern handelte unerbittlich auf das eigentliche Ziel hin: die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten.

Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 begann nicht nur der Zweite Weltkrieg, sondern auch der Massenmord an den Juden. Dabei geschah der Holocaust nicht auf alleinige Entscheidung Hitlers. Vielmehr radikalierte sich die Gewalt gegen die Juden in Europa vor allem im Zuge des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion ab 1941 zunehmend und mündete schließlich in die systematische Deportation und Ermordung der europäischen Juden in den Vernichtungsstätten im Osten: Auschwitz, Treblinka, Sobibór, Bełżec und andere.

Dann erreichte der Krieg seinen Ausgangsort, Deutschland selbst. Ab 1942 wurde es Ziel massiver alliierter Luftangriffe, die die Städte zerstörten, hunderttausende Menschen töteten und Millionen obdachlos machten – ebenso wie deutsche Luftangriffe zuvor Städte wie Guernica, Coventry, Warschau, Belgrad, Leningrad, Minsk und Rotterdam zerstört hatten. Das Ende des NS-Regimes 1945 erlebten daher Millionen Menschen in Europa als Befreiung, vor allem die Überlebenden der Vernichtungslager und der Todesmärsche, die KZ-Häftlinge, die Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiter. Für Millionen Deutsche, die aus den damaligen deutschen Ostprovinzen flüchten mussten oder vertrieben wurden, bedeutete das Ende des Krieges den Verlust ihrer Heimat und einen Neuanfang in unsicheren Zeiten. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft, tief verstrickt in die Verbrechen des Nationalsozialismus, konzentrierte sich in den beiden deutschen Staaten, die 1949 entstanden, auf den Wiederaufbau und verdrängte die NS-Vergangenheit. Sie sollte aus dem Bewusstsein rücken und holte doch die Deutschen immer wieder ein: juristisch durch die Bestrafung vieler Täter, wirtschaftlich durch die Entschädigungsleistungen an die Opfergruppen, politisch durch die Debatte um das künftige staatliche Selbstverständnis und kulturell durch die moralische Auseinandersetzung mit der eigenen schuldhaften Vergangenheit. Krieg und Holocaust sind Geschichte. Doch die Frage, wie solche Verbrechen geschehen konnten, steht weiter im Raum.

Michael Wildt

Der Weg in den Krieg

Konsequent verfolgt die NS-Politik das Ziel, durch militärische Aggression den Herrschaftsbereich des Deutschen Reiches in Europa auszuweiten. Die Westmächte versuchen, den Konflikt mit Deutschland friedlich zu lösen. Doch Hitler hält an seinem Kriegskurs fest und gewinnt in Stalin einen mächtigen Verbündeten.



Bundesarchiv, Plakat 003-003-102-T1 und T2 / Grafiker: Otto Friedrich Erbe

Außenpolitische Erfolge

Von Anfang an bestimmte der Wille der nationalsozialistischen Führung zum Krieg um „Lebensraum im Osten“ ihre Außen- und Wirtschaftspolitik. Dass die europäischen Mächte so lange Illusionen über den eigentlichen Charakter der deutschen Politik hegten, lag an den einseitigen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages von 1919, dessen teilweise Revision von britischer wie amerikanischer Seite mittlerweile als durchaus berechtigter Anspruch Deutschlands angesehen wurde. Bestärkt durch die entsprechende NS-Propaganda wurde nationalsozialistische Politik daher lange Zeit von den Westmächten als „Revisionspolitik“ verkannt, die an ihr Ziel gelangt sei, wenn die Gebietsabtretungen wieder rückgängig gemacht wären. In Wirklichkeit zielte sie weit über die Revision des Versailler Vertrages hinaus auf die Eroberung von „Lebensraum“ in Osteuropa.

Um Kontinentalimperium zu werden, war ein Bündnis mit oder zumindest die Tolerierung durch Großbritannien, das als imperiale Weltmacht die Meere beherrschte, nötig, wie Hitler schon in „Mein Kampf“ geschrieben hatte. Polen, das zu dieser Zeit unter der autoritären Regierung von Marschall Józef Piłsudski stand, war in den außenpolitischen Plänen der NS-Führung die Rolle eines Juniorpartners für den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion zugeschrieben. Deshalb kam es – in überraschender Abkehr von der bis dahin notorisch antipolnischen Politik der Regierungen der Weimarer Republik – im Januar 1934 zu einem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt. Um sich aus jeglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu lösen, hat-

te Deutschland bereits zuvor, im Oktober 1933, die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes verlassen, die zwischen Februar 1932 und Juni 1934 mit Unterbrechungen tagte und die Abrüstung ihrer insgesamt 64 Teilnehmerstaaten zum Ziel hatte. Gleichzeitig erklärte das Deutsche Reich seinen Austritt aus dem Völkerbund. Schon Anfang Juni 1933 hatte das Hitler-Kabinett ein einseitiges Moratorium aller Auslandsschulden verkündet, was die internationale Finanzwelt zu Recht als aggressiven Konfrontationskurs bewertete und es der NS-Regierung in den kommenden Jahren fast unmöglich machte, neue Kredite auf dem Weltfinanzmarkt zu erhalten.

Im Hintergrund stand der unbedingte Aufrüstungswille der neuen Regierung. Im April 1933 war das Reichsluftfahrtministerium unter Leitung von Hermann Göring geschaffen worden, das den forcierten Aufbau einer Luftwaffe betreiben sollte; im Dezember fiel die Entscheidung für die Aufstockung des Heeres auf 300 000 Mann, was einen Bruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages bedeutete, der eine Begrenzung auf 100 000 Mann vorgesehen hatte. Wer im März 1934 die im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Zahlen des neuen Reichshaushaltes las, konnte feststellen, dass sich der Etat für die Reichswehr gegenüber 1933 offiziell von 73,7 auf 141,5 Millionen Reichsmark nahezu verdoppelt hatte. Die tatsächlichen Zahlen lagen noch beträchtlich darüber: Allein die Aufwendungen für den Ausbau der Kriegsmarine betrugen 1934 insgesamt 172,3 Millionen Reichsmark, überstiegen also bereits die offiziell angegebenen Gesamtausgaben. Innerhalb weniger Jahre, zwischen 1933 und 1935, wuchs der Anteil der Militärausgaben am Volkseinkommen von weniger als einem Prozent auf nahezu zehn Prozent.



bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

Im Januar 1935 entscheiden sich die Saarländer für den Anschluss an Deutschland. In einem Papierladen können sich die Befürworter dieser Entscheidung mit passenden Devotionalien versorgen.

Rüstungsausgaben und Volkseinkommen 1932-1938

Haushaltsjahr	Rüstungsausgaben in Mrd.	Volkseinkommen in Mrd.	Rüstungsausgaben in Prozent des Volkseinkommens
1932	0,6	45,6	1,3
1933	0,7	46,5	1,5
1934	4,1	52,8	7,8
1935	5,5	59,2	9,3
1936	10,3	65,8	15,7
1937	11,0	73,8	15,0
1938	17,2	82,1	21,0

Fritz Blaich, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, Bibliographisches Institut / Artemis & Winkler Verlag, Düsseldorf 1987, S. 83

Kein anderer Staat, so der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, hatte jemals zuvor in Friedenszeiten so rasch und aggressiv eine derartige Umschichtung des nationalen Sozialprodukts zugunsten der Ausgaben für den Krieg vorgenommen.

Im Januar 1935 sorgte die Abstimmung im Saargebiet für einen ersten triumphalen Sieg der Nationalsozialisten. Die Saarländer, die aufgrund des Versailler Friedensvertrages durch den Völkerbund regiert worden waren, sollten 15 Jahre später darüber abstimmen, ob sie sich Frankreich oder Deutschland anschließen oder ihren Mandatsstatus beibehalten wollten. Obwohl im Unterschied zum Deutschen Reich die Hitler-Gegner im Saarland im Wahlkampf uneingeschränkte politische Möglichkeiten besaßen und deshalb auf ein deutliches Votum gegen Hitler-Deutschland hofften, war das Resultat der Abstimmung eindeutig: Bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent sprachen sich annähernd 91 Prozent der saarländischen Bevölkerung für den Anschluss an das Deutsche Reich aus.

Hitler nutzte diesen Erfolg, um am 16. März 1935 gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Bezeichnenderweise war damit auch ein Wechsel der Begriffe verbunden: Aus der „Reichswehr“ wurde „Wehrmacht“, aus dem „Reichswehr-

minister“ der „Reichskriegsminister“. Zwar erhob die britische Regierung Protest gegen diese Vertragsverletzung, fand sich aber wenige Monate später, im Juni 1935, bereit, mit dem Deutschen Reich ein Flottenabkommen abzuschließen. Dieses zielte zwar darauf, gegenseitige Rüstungsgrenzen zu definieren, gestand aber Deutschland zugleich eine deutlich umfangreichere Marine zu, als der Versailler Vertrag erlaubte. Dass es dem außenpolitisch unerfahrenen Joachim von Ribbentrop, der von Hitler als Sonderemissär nach London geschickt worden war, gelang, diese wichtigen Verhandlungen erfolgreich zu führen, trug ihm bei Hitler den Nimbus eines geschickten Außenpolitikers ein und führte ihn 1938 schließlich sogar an die Spitze des Auswärtigen Amtes.

Als Benito Mussolini im Oktober 1935 völkerrechtswidrig Äthiopien besetzen ließ, um ein „großitalienisches Imperium“ zu errichten, sah die NS-Führung eine neue günstige Gelegenheit, einen Bündnispartner zu gewinnen. Während sich die Westmächte uneins waren, wie sie auf die italienische Aggression reagieren sollten, und sich nur zu halbherzigen Sanktionen bereitfanden, demonstrierte Deutschland wohlwollende Neutralität. Daraufhin erklärte Mussolini, der bislang kein Bündnis mit dem Deutschen Reich angestrebt hatte, dass sich die deutsch-italienischen Beziehungen grundlegend verbessert hätten. Selbst das „Österreich-Problem“, sprich den Anschluss Österreichs an Deutschland, den Hitler wollte und Mussolini bis dahin vehement abgelehnt hatte, um nicht ein mächtiges Reich an der Nordgrenze Italiens entstehen zu lassen, ließe sich nun gemeinsam lösen.

Der nächste außenpolitische Schritt zielte auf das Rheinland. Aufgrund der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, erneut bekräftigt 1925 im Vertrag von Locarno zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien, stellte es eine entmilitarisierte Zone dar, um den westlichen Nachbarn des Deutschen Reiches Sicherheit vor deutschen Übergriffen zu geben. Die Ratifizierung eines französisch-sowjetischen Beistandspaktes im Februar 1936 nahm Hitler zum Anlass zu behaupten, die Westmächte hätten den Locarno-Vertrag gebrochen. Daraufhin ließ er am 7. März deutsche Truppen in das Rheinland einmarschieren –



süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Im März 1936 lässt Hitler das Rheinland besetzen. Auch diesen Affront gegen vertragliche Vereinbarungen nehmen die Westmächte widerstandslos hin. Empfang des „Führers“ in Köln

mit dem geheimen Befehl, sich sofort wieder zurückzuziehen, falls sie auf den Widerstand der französischen Armee stoßen sollten.

Wiederum gaben die Westmächte zu erkennen, dass sie trotz des eklatanten Bruchs völkerrechtlicher Verträge keine militärische Aktion gegen das Deutsche Reich unternehmen würden. Zwar verurteilte der Völkerbund die deutsche Aggression, aber praktische Konsequenzen blieben aus. Damit war Hitlers Vabanque-Spiel aufgegangen. In Deutschland nährte sein erneuter Erfolg den „Hitler-Mythos“ so der Historiker Ian Kershaw. Diesem Mann schien alles zu gelingen, seine Gegner und Skeptiker verstummten zunehmend. Nur wenige erkannten die unerbittliche Absicht und Konsequenz, mit der Hitler auf den Krieg zusteuerte.

Mit der Inszenierung der Olympischen Spiele in Berlin im Sommer 1936 sollte der Welt das Bild eines machtvollen, aber friedfertigen Deutschlands vorgegaukelt werden. Entgegen diesem öffentlichen Schein entschied Hitler noch während der Spiele, den Aufstand des Generals Francisco Franco gegen die legitime republikanische spanische Regierung zu unterstützen und damit den spanischen Bürgerkrieg zum internationalen Schlachtfeld gegen den „Bolschewismus“ zu machen. Zusammen mit Italien lieferte Deutschland trotz internationaler Absprachen, Neutralität zu wahren, Rüstungsgüter nach Spanien und entsandte sogar heimlich die „Legion Condor“. Der spanische Bürgerkrieg sollte zum Versuchsfeld der eigenen Kriegsführung werden, die sich, wie im Falle des verheerenden Angriffs auf die baskische Stadt Guernica im April 1937, auch gegen die Zivilbevölkerung richtete.

In einer geheimen Denkschrift vom August 1936 forderte Hitler, dass innerhalb von vier Jahren die deutsche Armee einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsfähig gemacht sein müssten. Angesichts des chronischen Mangels an Devisen und der Abhängigkeit des Deutschen Reiches von Rohstoffimporten, die sich durch die gleichzeitige Autarkie- und Aufrüstungspolitik drastisch verschärften, hatte Hitler bereits im April 1936 Hermann Göring als „Beauftragten des Reiches für Rohstoff- und Devisenfragen“ eingesetzt. Im Ok-

tober 1936 wurde eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Vierjahresplanbehörde unter Hermann Göring gebildet, welche die wirtschaftlichen Anstrengungen zentral lenken und intensivieren sollte. Ihr vordringliches Ziel war, die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen zu verringern, insbesondere was die Mineralölproduktion und die Herstellung synthetischen Kautschuks (Buna) betraf. Doch wurde die höhere Eigenproduktion durch den rasant wachsenden Bedarf der Wehrmacht gleich wieder aufgesogen, sodass sich die Auslandsabhängigkeit des Deutschen Reiches nicht verminderte. Hielt man an der vehementen Aufrüstungspolitik fest, führte dieses Dilemma notwendigerweise zu der Konsequenz, dass nur durch die Eroberung ausländischer Industrieanlagen und Rohstofffelder der Bedarf gedeckt und die Kostenexplosion eingedämmt werden konnten. Angesichts der gigantischen Mobilisierung des militärischen Potenzials war der Krieg keine bloße politische Option mehr, sondern die unausweichliche Folge der bereits getroffenen Vorbereitungen.

„Proben“ für die einen ...

Der Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring, sagt später [vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946] über die deutsche Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg:

„Als in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, sandte Franco einen Hilferuf an Deutschland um Unterstützung besonders in der Luft. Man darf nicht vergessen, Franco stand mit seinen eigentlichen Truppen in Afrika. [...] Das Entscheidende war, dass zunächst seine Truppen nach Spanien kamen. [...] Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuss zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, das heißt, immer wieder neue hin und die anderen zurück.“

Hans-Christian Kirsch (Hg.), *Der spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten*, Karl Rauch Verlag Düsseldorf/München 1971, S. 101f.

... Ernstfall für die anderen

Am 26. April 1937 bombardierte die „Legion Condor“ Guernica, baskisch: Gernika. Pablo Picasso erinnert mit seinem weltberühmten Gemälde „Guernica“ an die

Zerstörung der nordspanischen Stadt, bei der mehrere Hundert Zivilisten getötet wurden. Padre Alberto de Onaindia, ein junger baskischer Priester, sieht das Bombardement mit an:

„[...] Es war ein wunderbar klarer Tag, der Himmel war weich und klar. Wir kamen in den Vororten von Guernica gegen 5 Uhr an. In den Straßen war viel Betrieb, denn es war Marktag. Plötzlich hörten wir die Sirene. [...] Bald erschien ein feindliches Flugzeug über Guernica. [...] Direkt über dem Zentrum warf es drei Bomben ab. Kurz darauf sah ich sieben Flugzeuge, auf die sechs weitere folgten, dann kamen noch einmal fünf. Alle waren Junkers-Maschinen. Unterdessen war ganz Guernica von einer Panik ergriffen. [...]“

Mehr als eine Stunde blieben die achtzehn Maschinen in einer Höhe von wenigen hundert Metern über Guernica, und sie warfen Bombe auf Bombe.

Von dem Lärm der Explosionen und dem Geräusch der einstürzenden Häuser macht man sich keinen Begriff. Sie flogen über die Straßenzüge hin. Sehr viele Bomben fielen. Scheinbar überall. Später sahen wir die Krater. Sie hatten einen Durchmesser von sechzehn Metern und waren acht Meter tief.

Gegen 7 Uhr flogen die Maschinen ab, und nun kam eine neue Welle, die diesmal in sehr großer Höhe flog. Die zweite Welle warf Brandbomben auf unsere gemarterte Stadt. Das zweite Bombardement dauerte fünfunddreißig

Minuten, aber es reichte hin, um den ganzen Ort in einen gewaltigen Feuerofen zu verwandeln. [...] Die Angriffe und die Zerstörung der Stadt hielten noch weitere zwei Stunden und fünfundvierzig Minuten an. Als das Bombardement vorbei war, kamen die Leute aus ihren Schutzräumen. Keiner weinte. Verwundung stand auf ihren Gesichtern. Jeder von uns konnte einfach nicht begreifen, was er da sah.

Bei Sonnenuntergang konnte man immer noch nicht weiter als fünfhundert Meter sehen. Überall wüteten die Flammen, und dicker schwarzer Rauch stieg auf. Um mich herum beteten die Leute und streckten die Arme in Kreuzform gegen den Himmel, um Gnade zu erbitten. [...]

Guernica hatte keine Flak, überhaupt gab es keine Geschütze in der Stadt, nicht einmal ein Maschinengewehr wäre zu finden gewesen.

In den ersten Nachtstunden sah ich fürchterliche Szenen: Männer, Frauen und Kinder liefen durch den Wald und suchten ihre Angehörigen. In den meisten Fällen fanden sie nur die Leichen, durchsiebt von den Kugeln der Bordwaffen. [...]"

Ders., S. 268ff.



Den spanischen Bürgerkrieg nutzt das NS-Regime zur militärischen Generalprobe. Der deutsche Bombenangriff auf die baskische Stadt Guernica am 26. April 1937 und die Leiden der Zivilbevölkerung werden zum Symbol für die Grausamkeit des modernen Luftkrieges – eindrucksvoll in Bildsprache umgesetzt im Gemälde „Guernica“ von Pablo Picasso. Nach dem Willen des Künstlers wurde es erst nach der Demokratisierung Spaniens 1982 in den Madrider Prado überführt. Bis heute hängt eine Kopie des Bildes als Mahnung zur Friedenswahrung im Gebäude der Vereinten Nationen in New York.

Wille zum Krieg

Im Oktober 1936 schloss die Hitler-Regierung ein Bündnis mit Italien, in dessen Folge Mussolini von einer „Achse Berlin-Rom“ sprach. Im November folgte ein deutsch-japanisches Abkommen gegen die Kommunistische Internationale, der sogenannte Antikominternpakt, der sich ausdrücklich gegen die Sowjetunion richtete und dem Italien im November 1937 ebenfalls beitrat. Dergestalt ermutigt, offenbarte Hitler am 5. November 1937 in einer Besprechung mit dem Reichskriegsminister Werner von Blomberg, den Oberbefehlshabern von Heer, Marine und Luftwaffe sowie dem Reichsaßenminister Konstantin Freiherr von Neurath seine Entschlossenheit zum Krieg. Ziel der deutschen Politik sei „die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung“, was vor allem ein „Problem des Raumes“ aufwerfe. Das deutsche Volk von über 85 Millionen Menschen brauche mehr „Lebensraum“. Die landwirtschaftliche Produktion im Deutschen Reich sei kaum mehr zu steigern, die Versorgung durch den Welthandel sei unsicher und voller Bedrohungen durch andere Imperien. Die einzige Abhilfe stelle daher die „Gewinnung eines größeren Lebensraumes“ dar, der, wenn die Sicherung der Ernährungslage im Vordergrund stünde, nicht in fernen Kolonien, sondern vielmehr in Europa gesucht werden müsse. Es handele sich dabei, betonte Hitler, „nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum“. Dass jede „Raumerweiterung“ nur durch „Brexung von Widerstand und unter Risiko“ vor sich gehen könne, habe die Geschichte gezeigt. „Zur Lösung der deutschen Frage“, stellte Hitler klar, „können es nur den Weg der Gewalt geben.“

Zwei militärische Nahziele nannte Hitler in dieser Unterredung: Österreich und die Tschechoslowakei. Beide Länder mussten erobert werden, nicht zuletzt „können die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundlegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei Millionen, aus Österreich von einer Millionen Menschen zur Durchführung gelange“, womit unmissverständlich die Vertreibung der Juden aus diesen Ländern gemeint war.

All diejenigen, die Hitlers Kriegspolitik nicht bedingungslos mittrugen, verloren Anfang 1938 ihre Posten. Der bisherige Außenminister von Neurath wurde durch Ribbentrop ersetzt; Reichskriegsminister von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch, wurden wegen tatsächlicher oder angeblicher Details aus ihrem Privatleben entlassen; zwölf weitere Generäle mussten folgen. Neuer Oberbefehlshaber des Heeres wurde Walther von Brauchitsch, und anstatt einen neuen Minister an die Spitze zu stellen, übernahm Hitler selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht, das heißt über Heer, Marine und Luftwaffe insgesamt.

Anschließend erhöhte die NS-Führung den Druck auf die österreichische Regierung. Am 12. Februar 1938 bestellte Hitler den österreichischen Kanzler Kurt Schuschnigg nach Berchtesgaden ein und verlangte die „Unterwerfung“ Österreichs unter Deutschland. Schuschnigg versuchte, dem Druck durch eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Öster-



Bundesarchiv, Bild 183-C13676

Beginn einer verhängnisvollen Partnerschaft: Im Oktober 1936 schließt das NS-Regime ein Bündnis mit dem faschistisch regierten Italien. Im September 1937 kommt der „Duce“ Benito Mussolini (li.) zum Staatsbesuch nach Deutschland.



bpk/Heinrich Sanden

Das Bündnis macht den Weg frei für die Annexion Österreichs im März 1938. Die Bevölkerung bereitet den einmarschierenden deutschen Truppen vielerorts – wie hier in Salzburg – einen begeisterten Empfang.

reichs zu begegnen, die am 13. März stattfinden sollte. Aber Hitler ließ bereits eine militärische Intervention vorbereiten, und in einem von Berlin aus organisierten Staatsstreich wurde der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart zum Regierungschef ernannt. Schuschnigg trat zurück. Am Morgen des 12. März überschritten deutsche Truppen die österreichische Grenze, nachdem sich Mussolini mit dem „Anschluss“ einverstanden erklärt hatte. Während in Wien und vielen anderen Orten Österreichs Pogrome gegen Juden stattfanden, jubelten an den Straßenrändern zahlreiche Menschen den deutschen Soldaten zu. Die Volksabstimmung vom 10. April 1938, die in einer Atmosphäre von Gewalt und Machtergreifung stattfand, brachte 98 Prozent Ja-Stimmen für den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich. Nicht nur politisch, auch wirtschaftlich profitierte Deutschland vom „Anschluss“, da wichtige Eisenerzressourcen, wertvolle Devisen und ein zusätzliches Reservoir an dringend benötigten Arbeitskräften die deutsche Rüstungsindustrie stärkten.

Gemäß dem Programm, das Hitler im November 1937 offenbart hatte, war das nächste Angriffsziel die Tschechoslowakei. Sie galt als eine der stabilsten Demokratien in Europa und stand in festen Bündnisverträgen mit Frankreich und der

Sowjetunion. Viele Angehörige der bedeutsamen deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei hatten in dem 1919 gegründeten Staat ein Auskommen gefunden; es gab deutsche Abgeordnete im Parlament. Obwohl die deutschsprachige Minderheit ihre Bevorzugung aus der Zeit der Habsburger Monarchie verloren hatte, schien eine friedliche Perspektive in einem gemeinsamen Staat möglich. Doch wuchs seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 unter den Sudetendeutschen die „Heim-ins-Reich“-Bewegung, die von Deutschland finanziell und politisch massiv unterstützt wurde und die Abspaltung des Sudetenlandes von Prag vorantrieb. Hitler selbst beauftragte den Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, im März 1938, unannehbare Forderungen an die tschechoslowakische Regierung zu stellen, damit die Konfliktsituation nicht durch Kompromissangebote entschärft würde. Am 30. Mai gab er der Wehrmacht die Weisung, alle Vorbereitungen zu treffen, um die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine Militäraktion zu „zerschlagen“.

Die Westmächte, allen voran Großbritannien, bemühten sich hingegen, den Konflikt mit Deutschland auf dem Verhandlungswege zu lösen und sich nicht in eine militärische Auseinandersetzung verwickeln zu lassen. Der britische Premierminister Neville Chamberlain, der französische Ministerpräsident Édouard Daladier und Mussolini reisten im September 1938 nach München, um mit Hitler zu verhandeln. Der jedoch ließ sich auf keine Kompromisse ein, und schließlich unterzeichneten Chamberlain, Daladier und Mussolini am 30. September ein Abkommen, das die Tschechoslowakei zwang, die sudetendeutschen Gebiete bis zum 10. Oktober an das Deutsche Reich abzutreten, und als Gegenleistung eine Beistandsgarantie der Westmächte gegen einen militärischen Angriff Hitler-Deutschlands enthielt.

Das „Münchener Abkommen“ und die sogenannte *Appeasement-Politik* (Beschwichtigungspolitik) sind im Nachhinein als der Ausdruck einer verantwortungslosen und allzu nachgiebigen Politik gegenüber den Nationalsozialisten bewertet worden. Doch ist in Rechnung zu stellen, dass damals weder

in Frankreich noch in Großbritannien die Mehrheit der Bevölkerung einem Krieg gegen Deutschland zugestimmt hätte. Im Gegenteil, Chamberlain wurde bei seiner Rückkehr in London mit großem Beifall als europäischer Friedenspolitiker begrüßt. Zudem hatte die britische Regierung die Erhaltung des weltweiten *Commonwealth* im Blick und war militärisch zu diesem Zeitpunkt noch nicht stark genug, um gegen das mittlerweile hoch und modern aufgerüstete Deutschland anzutreten. Mindestens ebenso viel Verantwortung für die verpasste Chance, der Expansionspolitik des NS-Regimes Einhalt zu gebieten, trug jene Gruppe von Offizieren um den im August 1938 wegen Hitlers Kriegskurs zurückgetretenen Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck. Sie hatte einen Militärputsch für den Fall geplant, dass Hitler wegen des Konflikts um die Sudetendeutschen einen Krieg vom Zaun brechen würde. Angesichts des „Münchener Abkommens“, das den Krieg zunächst abwendete, glaubten die Widerständler, dass es nunmehr keine politische Legitimation für den Militärputsch gebe und brachen die bereits weit gediehenen Vorbereitungen ab. Eine erfolgversprechende Möglichkeit, Hitler zu stürzen, war damit vertan.

Allen offiziellen Friedensbeteuerungen zum Trotz hielt dieser an seinem unbedingten Kriegskurs fest. Ende Oktober bot Ribbentrop der polnischen Führung eine Garantie der Westgrenze Polens an, was bislang alle deutschen Regierungen seit Abschluss des Versailler Vertrages verweigert hatten. Im Gegenzug sollte Polen auf Danzig verzichten und eine extritoriale Autobahn durch den „Korridor“ zwischen Pommern und Ostpreußen zulassen. Doch die Antwort der polnischen Führung, die stets darauf bedacht war, gegenüber ihren beiden mächtigen Nachbarn, Deutschland wie der Sowjetunion, gleichermaßen Distanz zu halten, blieb zurückhaltend.

Hitler entschloss sich daraufhin zu einem deutschen Alleingang, stachelse die Slowakei, die seit Oktober 1938 einen autonomen Status besaß, dazu auf, ihre Unabhängigkeit von Prag zu erklären, und befahl den tschechoslowakischen Regierungschef Emil Hácha am 14. März 1939 nach Berlin. Hácha wurde mit der Drohung, Prag zu bombardieren, so massiv unter Druck gesetzt,

Das Münchener Abkommen

Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien, getroffen in München am 29.[30.]9.1938:

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, dass die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und dass die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, dass die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3. Die Modalitäten der Räumung werden im einzelnen durch einen internationalen Ausschuss festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.

4. Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebiets durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. [...]

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem oben erwähnten internationalen Ausschuss festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden. [...]

*München, den 29. September 1938
Adolf Hitler
Neville Chamberlain
Ed. Daladier
Mussolini*

Wolfgang Michalka (Hg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1, dtv, München 1985, S. 256ff.



stein bild = Heritage Images / Art Media

Das Münchener Abkommen soll die militärische Aggressivität Hitler-Deutschlands beschwichtigen und den Frieden in Europa erhalten. Entsprechend wird es in französischen und britischen Zeitungen gefeiert.



book

Geopfert wird dabei die Tschechoslowakei. Sie wird nicht nur gezwungen, das Sudetenland an Deutschland abzutreten, sondern kurze Zeit später militärisch besetzt und als Staat zerschlagen. Grenzpflahlentfernung durch die sudetendeutsche Zivilbevölkerung im September 1938 (li.) und flüchtende Menschen auf dem Prager Wenzelsplatz nach dem Einmarsch deutschen Militärs im März 1939

dass er in den Morgenstunden des 15. März bereit war, eine Erklärung zu unterzeichnen, „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches“ zu legen. Am frühen Morgen des 16. März marschierten deutsche Truppen in der „Rest-Tschechei“ ein. Anders als in Österreich stießen die deutschen Soldaten bei der tschechischen Bevölkerung keineswegs auf Sympathie, sondern wurden deutlich als Besatzungsarmee betrachtet.

Am gleichen Tag erklärte Hitler in Prag die Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“, das von dem ehemaligen



1
Book / Bauvisches Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Außenminister von Neurath regiert werden sollte. Ihm zur Seite stand der Höhere SS- und Polizeiführer Karl Hermann Frank, der den Besatzungsterror organisierte. Obwohl offiziell formal unabhängig, stellte die Slowakei in Wirklichkeit nicht mehr als einen vom Deutschen Reich abhängigen Satellitenstaat dar. Wiederum stärkte die Eroberung hochwertiger Industrieanlagen wie die der Skoda-Werke in Pilsen und Prag oder die der Tschechoslowakischen Waffenwerke A.G. in Brünn die Rüstungskapazität des Reiches.

Hitler-Stalin-Pakt

Mit der Besetzung Tschechiens war unmissverständlich deutlich geworden, dass die NS-Führung keineswegs am Frieden in Europa interessiert war, sondern den Krieg wollte. Damit waren alle Prämissen der *Appeasement-Politik* wertlos geworden. Chamberlain erklärte vor dem Parlament, dass Großbritannien entschlossen sei, Polen als dem erkennbar nächsten Opfer der deutschen Eroberungspolitik militärisch gegen einen Angriff beizustehen, was am 6. April 1939 zu einem förmlichen polnisch-britischen Beistandsversprechen führte. Ähnlich äußerte sich der französische Ministerpräsident Daladier. Trotz alledem befahl Hitler am 11. April der Wehrmacht in einer geheimen Weisung, den Krieg gegen Polen vorzubereiten. Ende Mai legte er vor der Wehrmachtsführung seine Kriegsziele offen: „Es handelt sich für uns um Arondierung des Lebensraumes im Osten und die Sicherstellung der Ernährung“; da es keinen Grund

mehr gebe, Polen zu schonen, gelte es nun, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen.“

Eine Schlüsselrolle in dieser Situation wuchs nun der Sowjetunion zu, um deren Unterstützung sich sowohl die Westmächte als auch die NS-Führung bemühten. Stalin hatte in einer Rede im März 1939 zu erkennen gegeben, dass er sich nicht in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen lassen wolle, dem dann die Westmächte womöglich nur zuschauen würden, statt ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. Für die NS-Führung wiederum war eine Annäherung an den bolschewistischen Feind nicht bloß ideologisch schwierig. Eine solche Politik stellte auch die Bündnisgrundlagen des Antikominternpaktes mit Japan und Italien in Frage. Dementsprechend bewegten sich die sowjetische wie die deutsche Seite sehr vorsichtig, aber deshalb nicht minder beharrlich aufeinander zu, zumal beide Seiten auf die Erfahrungen der

Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 23. August 1939

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I. Die beiden Vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegen einander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II. Falls einer der Vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen. [...]

Artikel VI. Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, dass, so weit nicht einer der Vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII. [...] Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft. [...]

Moskau am 23. August 1939.

*Für die Deutsche Reichsregierung:
von Ribbentrop*

*In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
W. Molotow*

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlass der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939.

*Für die Deutsche Reichsregierung:
von Ribbentrop*

*In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
W. Molotow*

<http://www.dhm.de/sammlungen/zendok/hitler-stalin-pakt/Vertrag.html> bzw. <http://www.dhm.de/sammlungen/zendok/hitler-stalin-pakt/Zupro.html> (zuletzt abgerufen: 25.10.2012)

geheimen militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee während der Weimarer Republik zurückgreifen konnten.

Da die Zeit drängte, wenn es 1939 noch zu einem Angriff auf Polen kommen sollte, forcierte die deutsche Seite das Tempo der geheimen Verhandlungen und bot schließlich an, dass Außenminister Ribbentrop persönlich nach Moskau kommen könne, um mit uneingeschränkter Vollmacht Hitlers den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen. Am 22. August traf Ribbentrop in Moskau ein, und noch in der Nacht wurde der Nichtangriffspakt unterzeichnet, der in einem geheimen Zusatzprotokoll die Zerschlagung Polens und die Aufteilung des Landes zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorsah. Nach den polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts wurde Polen, das 1919 endlich seine staatliche Unabhängigkeit errungen hatte, nun erneut von seinen Nachbarländern einverleibt. Der 23. August 1939 markiert daher ein besonderes Datum: die gemeinsame Aufteilung, Ausbeutung und Unterdrückung Europas durch das nationalsozialistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion.

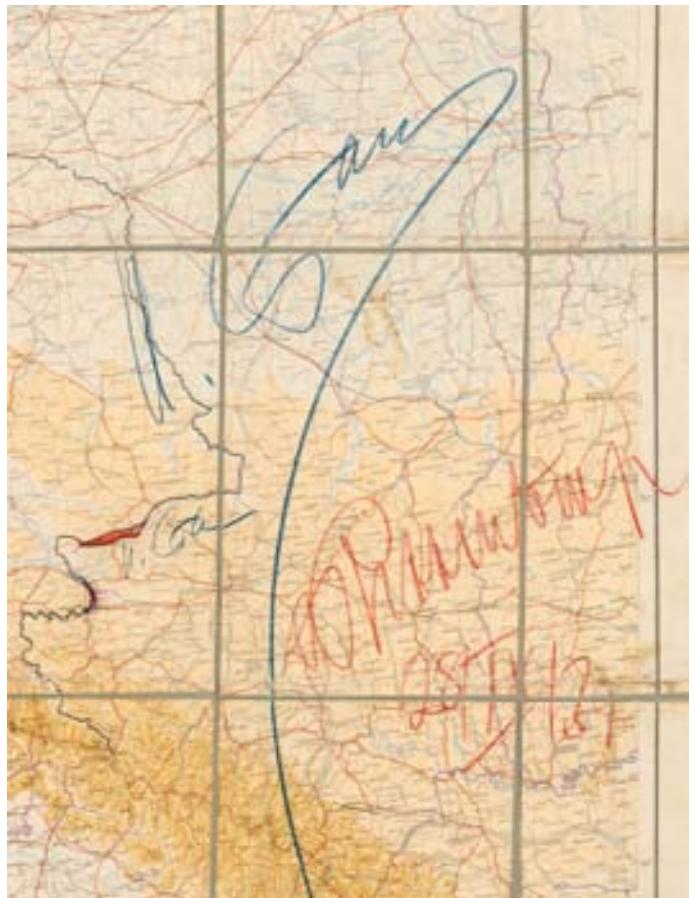
Während Außenminister Ribbentrop in Moskau den Weg zum Krieg freimachte, erläuterte Hitler den Befehlshabern der Wehrmacht in seinem Wohnsitz auf dem Obersalzberg seine Vorstellungen über den bevorstehenden Krieg gegen Polen: „Herz verschließen gegen Mitleid“, notierte ein Teilnehmer Stichworte aus Hitlers Rede. „Brutales Vorgehen. 80 Mill. Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“

Großbritannien warnte Deutschland unmittelbar nach Bekanntwerden des deutsch-sowjetischen Paktes davor zu glauben, dass sich die Haltung Londons bezüglich seines Beistandsversprechens gegenüber Polen verändert habe. Hitler zeigte sich unbeeindruckt und befahl den Angriff auf Polen für den 26. August. Als am 25. August ein Brief Mussolinis eintraf, dass Italien sich nicht vor 1942 imstande sehe, an der Seite Deutschlands in einen Krieg zu ziehen, machte Hitler zunächst eine Kehrtwendung und widerrief den Angriffsbefehl. Doch dann entschloss er sich endgültig zum Krieg: In den Morgenstunden des 1. September marschierte die Wehrmacht in Polen ein. Zwei Tage später, am 3. September, erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.

Anders als im Juli 1914 war die Stimmung in der deutschen Bevölkerung dieses Mal gedrückt. Der amerikanische Korrespondent William L. Shirer, der schon in den Wochen zuvor die Kriegsfurcht in der deutschen Bevölkerung beobachtet hatte, befand sich am 3. September auf dem Wilhelmplatz in Berlin, als die Lautsprecher verkündeten, dass England Deutschland den Krieg erklärt habe. Die Menschen hörten gespannt zu, notierte Shirer; „nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in einen Weltkrieg geführt hat.“



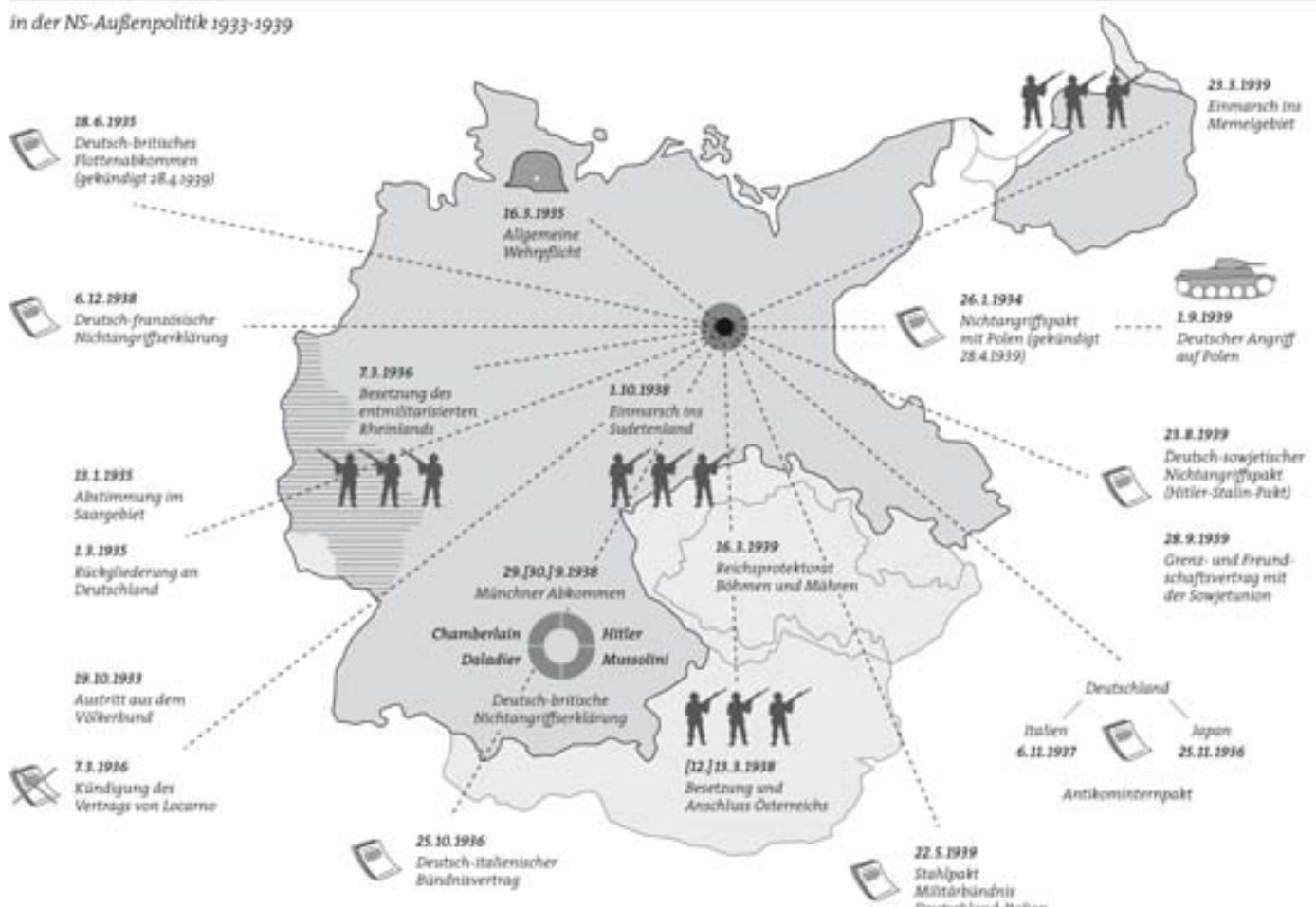
Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts stellen sich die Vertragsunterzeichner, der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop (li.) und der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow (re.) in Gesellschaft Stalins (Mi.) den Pressefotografen. bpk



Nicht für die Presse bestimmt: Auf einer Landkarte wird die in einem geheimen Zusatzprotokoll beschlossene Aufteilung Polens markiert und durch die Unterschriften Stalins und von Ribbentrops besiegelt. Auswärtiges Amt – Politisches Archiv

Verträge und Vertragsbrüche

in der NS-Außenpolitik 1933-1939



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 52 o28



Brandwolken über Warschau: Unter dem Codenamen „Wasserkante“ unterliegt die Millionenstadt drei Tage lang einem gnadenlosen deutschen Flächenbombardement, bis sie am 27. September kapituliert.

Das erste Ziel in Polen

[...] Am 31. August [...] ist alles bereit. Im Gefechtsquartier der 4. Luftflotte in Schloss Schönwald östlich der schlesischen Kreisstadt Rosenberg herrscht besonders angespannte Hektik. Denn hier hatte der Fliegerführer zur besonderen Verfügung, Generalmajor Wolfgang Freiherr von Richthofen, schon vor fünf Tagen von seinem Chef, dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, einen Einsatzbefehl erhalten. „Ostmarkflug 26. August, 4.30 Uhr“, hatte der Funkspruch aus Berlin gelautet, der einige Stunden später widerrufen worden war. Jetzt, in der Nacht zum 1. September, soll der Angriff auf Polen definitiv erfolgen.

[..] Der Fliegerführer bestellt die Kommandanten seines Stuka-Geschwaders 76 sowie des Geschwaders 2 Immelmann zum Befehlsempfang ein. Als Angriffsziel nennt er ihnen den Namen eines polnischen Städtchens, 100 Kilometer östlich von Breslau gelegen, nicht weit hinter der Grenze: Wielun. [...]

16 000 Einwohner zählt das Städtchen, die meisten sind Bauern und kleine Kaufleute. Am 31. August 1939 hat es zwar einen Fliegeralarm gegeben, doch dann heißt es, das sei nur Probe gewesen, niemand müsse sich sorgen. Warum sollen die Deutschen auch ausgerechnet Wielun angreifen? Hier gibt es keinen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt und, bis auf die kleine Zuckerefabrik am Rande der Stadt, auch keine Industrie. Das Militär ist längst abgezogen; ein Kavallerie-Regiment wurde bereits im Frühsommer zur Grenzverteidigung an die Warthe verlegt. Die Stadt ist unbefestigt, wehrlos, ohne Flak und ohne Bunker.

Auf dem Militärflughafen von Nieder-Ellguth am Steinberg nordöstlich von Oppeln bereitet man indes den Einsatz vor. Zwar behindert in der Nacht leichter Bodennebel die Sicht, doch für Hauptmann Walter Sigel ist das kein Grund, sich lange aufzuhalten zu lassen. Er hat als Erster den Einsatzbefehl gegen Wielun erhalten. [...]

Der Flug dauert kaum 20 Minuten. Der Kampfauftrag lautet: Vernichtung des westlichen Teils von Wielun. Gegen 4.35 Uhr stürzen sich Sigels Stukas mit dem infernalischen Sirenengeheul der so genannten Jericho-Trompeten auf die schlafende Stadt. Die ersten Bomben fallen um 4.40 Uhr. Insgesamt werfen Sigels Flugzeuge bei diesem ersten Einsatz 29 500-Kilo-Sprengbomben und

112 50-Kilo-Bomben ab. „Ziel vernichtet, Brände beobachtet“, vermerkt der Hauptmann in seinem Einsatzbericht, nachdem er ohne Verluste kurz nach 5 Uhr wieder auf der Asphalt-Rollbahn in Nieder-Ellguth gelandet ist. Und unter der Rubrik Feststellung und Beobachtung zur Lage am Ziel, auf An- und Rückmarsch notiert er: „Keine besondere Feindbeobachtung.“

Der Bombenhagel bringt Tod und Zerstörung. Die ersten Bomben haben das Allerheiligen-Hospital getroffen, obwohl das Krankenhaus auf dem Dach mit einem roten Kreuz gekennzeichnet ist. „Ich war sehr früh zu Bett gegangen und bin dann sehr früh am anderen Morgen vom Dröhnen der Flugzeuge wach geworden“, berichtet später der Arzt Zygmunt Patrym. „Plötzlich gab es eine Explosion auf dem Krankenhausgelände. Fensterscheiben klirrten und fielen auf mein Bett. Ich sprang auf, griff meine Kleidung und rannte ins Freie. In diesem Moment stürzte das Haus hinter mir zusammen. Überall lagen Trümmer, und unter den Trümmern hörten wir Stöhnen. Dreimal bombardierten die Flugzeuge das Krankenhaus. Eine Bombe riss im Garten einen so gewaltigen Krater, dass ein halbes Haus hineingepasst hätte. Zwei Ordensschwestern, 4 Krankenschwestern und 26 Patienten sind bei dem Angriff getötet worden.“

Kurz darauf greift die Luftwaffe zum zweiten Mal an, diesmal soll der östliche Teil der Stadt zerstört werden. Der dritte und letzte Einsatz, bei dem wieder 29 Maschinen über die Stadt fliegen, wird von Major Oskar Dinort vom Stuka-Geschwader 2 Immelmann befehligt. Aus über 2000 Meter Höhe stürzt sich die gesamte Staffel steil auf das Ziel. Erst nachdem sie auf 800 Meter gefallen sind, lösen sie die Bomben aus. Die schwerste wirft Dinort selbst. „Direkt auf den Marktplatz!“, jubelt er später in einer NS-Publikation mit dem Titel „Die Höllenvögel“.

Die Menschen in Wielun können noch gar nicht begreifen, was mit ihnen geschieht. Der Mechaniker Józef Musia ist acht Jahre alt, als die Bomben fallen. Mit seiner Schwester hat er das Bombardement vom Stadtrand aus beobachtet: „Es waren große graue Flugzeuge mit schwarzen Kreuzen [...] Viele Menschen rannten aus der Stadt. Nach dem Angriff sind wir ins Zentrum gegangen, um zu sehen, was dort passiert ist. Es war sehr zerstört [...] Überall lagen

Leichen und abgerissene Körperteile: Arme, Beine. Ein Kopf.“

Die grausame Bilanz: Insgesamt 380 Bomben mit einer Sprengkraft von zusammen 46 000 Kilogramm, die in drei Angriffswellen von jeweils 29 Stukas des Typs JU 87 B abgeworfen wurden, töteten 1200 Menschen. Die Stadt ist zu 70 Prozent zerstört, der enge Stadtteil durch Brände sogar zu 90 Prozent.

[...] Wielun war der schreckliche Auftakt, die Zerstörung Warschaus sollte folgen. Die ersten Bomben fallen am 1. September noch auf militärische Einrichtungen. Am 9. September folgt die Attacke gegen das Zentrum der polnischen Hauptstadt. Wie vorher in Wielun greifen wieder Stuka-Geschwader an. Warschau, bald von deutschen Truppen eingeschlossen, leistet Widerstand. Doch längst sind die Vorbereitungen für den Großangriff vorbereitet, Code-Wort: „Wasserkante“ – das erste Flächenbombardement einer Großstadt in der Geschichte des Luftkriegs. Drei Tage lang wird Warschau gnadenlos attackiert, der schwerste Angriff auf die Innenstadt erfolgt am 25. September, die letzte Bombe fällt am frühen Nachmittag des 27. Septembers. Danach kapituliert die Stadt.

Während des dreitägigen Bombardements warf die Luftwaffe 560 Tonnen Sprengstoff und 72 Tonnen Brandbomben ab. Über 400 Flugzeuge flogen knapp 1200 Einsätze, Stukas und Bomber vom Typ DO 17. Da die schnellen Stukas keine Brandbomben abwerfen konnten, wurden zusätzlich langsame Transportmaschinen vom Typ JU 52 eingesetzt. Vor allem die neu entwickelte Bombe B 1 Fe erzielte, auf Wohnblocks abgeworfen, eine verheerende Wirkung. Die Brandwolke über der Millionenstadt soll in diesen Tagen auf drei Kilometer Höhe gestiegen sein, bevor sie entlang der Weichsel gen Norden zog. Nach den ersten schweren Luftangriffen hatte Warschau 10 000 Tote zu beklagen, insgesamt wurden in wenigen Tagen 20 000 Menschen durch Bomben und Artilleriebeschuss getötet und 50 000 verletzt. [...]

Joachim Trenkner, „Ziel vernichtet“, in: Die Zeit vom 1. September 2009

Michael Wildt

Krieg und Besatzung in Ost- und Westeuropa

Im eroberten Polen errichten die deutschen Besatzer eine brutale Gewaltherrschaft, und auch die westeuropäischen Nachbarn stehen unter ihrer Kontrolle. Deportationszüge bringen die Juden Europas in die Gettos und Vernichtungslager. Solange die Siegeswelle anhält, bleibt das Regime in Deutschland populär, woran auch der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zunächst nichts ändert.



Yad Vashem

In brutaler Offenherzigkeit steht auf einem Truppentransportwagen im September 1939, welche Absicht auch mit dem Einfall in Polen verbunden wird.

Der Krieg gegen Polen wurde von Anfang an mit besonderer Brutalität geführt. Die Luftwaffe bombardierte polnische Ortschaften und machte sie dem Erdboden gleich. Auch Warschau wurde schwer von Luftangriffen zerstört, sodass die militärische Führung Polens am 27. September angesichts der deutschen Übermacht kapitulierte, nicht zuletzt, um die Hauptstadt vor weiterer Verwüstung zu retten. Die polnische Regierung war schon am 17. September ins Exil gegangen. Am selben Tag gab die sowjetische Führung den Befehl, gemäß dem mit Hitler geschlossenen Pakt in Ostpolen einzumarschieren und dieses Gebiet zu annexieren. Am 28. September schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Grenz- und Freundschaftsvertrag, der die Teilung Polens besiegelte.

Noch war sich die deutsche Führung nicht darüber im Klaren, wie genau sie das eroberte Polen aufteilen wollte. Wie Alfred Rosenberg in seinem politischen Tagebuch notierte, erklärte Hitler ihm gegenüber am 29. September, das polnische Gebiet in drei Streifen teilen zu wollen: „1. Zwischen Weichsel und Bug: das gesamte Judentum (auch a. d. Reich) sowie alle irgendwie unzuverlässigen Elemente. An der Weichsel einen unbezwingbaren Ostwall – noch stärker als im Westen. 2. An der bisherigen Grenze ein breiter Gürtel der Germanisierung und Kolonialisierung. Hier käme eine große Aufgabe für das gesamte Volk: eine deutsche Kornkammer zu schaffen, starkes Bauerntum, gute Deutsche aus aller Welt umzusiedeln. 3. Dazwischen eine polnische ‚Staatlichkeit‘. Ob nach Jahrzehnten der Siedlungsgürtel vorgeschoben werden kann, muß die Zukunft erweisen.“ Die Entscheidung fiel wenig später. Statt einer „polnischen Staatlichkeit“ wurde für Zentralpolen eine deutsche Besatzungsverwaltung, das sogenannte Generalgouvernement, unter der Führung von Hans Frank gebildet. Die westlichen Gebiete Polens,



ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo

Hans Frank (1900-1946) bei einem Besuch in Posen/Poznań im Oktober 1939. NSDAP-Parteimitglied seit 1923, Rechtsanwalt Hitlers während der Weimarer Zeit, wird er nach der Machtübernahme 1933 zunächst Präsident der Akademie für deutsches Recht, Reichsrechtsführer und Reichsminister ohne Geschäftsbereich. 1939 ernannt ihn Hitler zum Generalgouverneur für das besetzte Zentralpolen. Der fanatische Rassist errichtet dort eine erbarmungslose Gewaltherrschaft, ist verantwortlich für Ausbeutung, Terror und Massenmord der einheimischen Bevölkerung und vor allem der Juden.



Bei der Einnahme von Tschenstochau/Częstochowa am 4. September 1939 kommen durch Schießereien in einem Stadtviertel auch Wehrmachtssoldaten ums Leben. Mit einer Massenexekution wird anschließend „Vergeltung“ geübt.

ein Territorium mit rund zehn Millionen Menschen, die zu 80 Prozent Polen waren, wurden annektiert, zu den neuen Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen erklärt und sollten „germanisiert“ werden. Das bedeutete, dass die polnische Führungsschicht, wie der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Reinhard Heydrich es ausdrückte, „so gut wie möglich unschädlich gemacht“, also verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt oder erschossen werden sollte. Die restliche polnische Bevölkerung sollte vertrieben oder als Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Die in den annexierten Gebieten lebenden Juden sollten ausnahmslos in ein „Judenreservat“ im Generalgouvernement deportiert werden.

Vier Einsatzgruppen der SS und Polizei waren aufgestellt worden, die der Wehrmacht dicht auf folgten und zusammen mit bewaffneten Milizen der volksdeutschen Minderheit Zehntausende von Polen töteten. Der polnische Historiker Bogdan Musial geht davon aus, dass bis zum Jahresende 1939 im deutschen Herrschaftsbereich weit mehr als 45 000 polnische Zivilisten ermordet wurden, darunter etwa 7000 Juden.

Auch die Wehrmacht war an den Morden beteiligt. Bei den deutschen Truppen war die Befürchtung, auf polnische Widerständler zu stoßen, groß. Das Oberkommando der Wehrmacht hatte in einem Merkblatt zum sogenannten polnischen Nationalcharakter Ende August unter anderem festgehalten: „Er [der Pole] ist willkürlich und rücksichtslos gegen andere. Grausamkeiten, Brutalität, Hinterlist und Lüge sind Kampfmittel, die er an Stelle der ruhigen Kraft in der Erregung gebraucht.“ In Częstochowa/Tschenstochau kam es nach der Einnahme der Stadt durch die Wehrmacht am 4. September 1939 zu Schießereien, bei denen sich offenbar Soldaten auch untereinander beschossen und acht Soldaten

ums Leben kamen. Die Wehrmacht riegelte das Stadtviertel ab, in dem die Schüsse gefallen waren, durchsuchte die Häuser und nahm etwa 10 000 Einwohner fest. Wer den Anschein von Widerstand zeigte, wurde auf der Stelle erschossen. Der offizielle Wehrmachtsbericht sprach von 99 Toten; bei einer späteren Exhumierung wurden 227 Leichen, Männer, Frauen und Kinder, gefunden.

Ebenso beteiligten sich Wehrmachtssoldaten an den Gewalttaten gegen Juden, zumal insbesondere die jüdische Bevölkerung für angebliche Sabotageakte und Angriffe verantwortlich gemacht wurde. So erreichte eine Luftaufklärungseinheit der 10. Armee am 12. September die Stadt Końskie, um vier gefallene deutsche Soldaten zu beerdigen, die angeblich verstümmelt worden waren. Etwa 40 bis 50 jüdische Männer wurden festgenommen, und ihnen wurde befohlen, Gräber auszuheben. Während die Juden gruben, schlügen und misshandelten die Soldaten sie. Als die Männer glaubten, gehen zu können, und fortlaufend schossen, ein Leutnant auf die Fliehenden, woraufhin auch die anderen Soldaten das Feuer eröffneten und insgesamt 22 Juden töteten.

Der spätere Publizist Marcel Reich-Ranicki, der die deutsche Invasion in Warschau erlebte, schildert in seinen Memoiren, wie deutsche Soldaten sich einen Spaß daraus machten, Juden zu jagen, orthodoxen Juden die Bärte abzuschneiden oder gar anzuzünden, ihnen auf offener Straße zu befehlen, die Hosen herunterzulassen, um zu sehen, ob sie beschnitten waren oder nicht. Meist abends fanden Häuserrazzien statt, bei denen sich deutsche Soldaten schamlos bereichert und an Wertsachen raubten, was ihnen in die Hände kam. „Jeder Deutsche, der eine Uniform trug und eine Waffe hatte, konnte in Warschau mit einem Juden tun, was er wollte. Er konnte ihn zwingen, zu singen oder zu tanzen oder in die Hosen zu machen oder



bpk

Juden gelten als vogelfrei. Wer sie misshandelt, kann sich des Beifalls seiner Kameraden sicher sein. Nur wenige protestieren gegen die Übergriffe und Gewalttaten. Straßenszene im Getto Litzmannstadt 1942



bpk

So sieht Machtvollkommenheit aus: Die Mitglieder eines deutschen Militärgerichts in Grodzisk, westlich von Warschau, erpressen durch Schläge Geständnisse Einheimischer. Dabei lassen sie sich gerne fotografieren.

vor ihm auf die Knie zu fallen und um sein Leben zu flehen. Er konnte ihn plötzlich erschießen oder auf langsamere, qualvolle Weise umbringen. [...] Den Deutschen, die sich diese Späße leisteten, verdarb niemand das Vergnügen, niemand hinderte sie, Juden zu misshandeln und zu morden, niemand zog sie zur Verantwortung. Es zeigte sich, wozu Menschen fähig sind, wenn ihnen unbegrenzte Macht über andere Menschen eingeräumt wird.“

Noch gab es aber auch Widerspruch in der Armee. Generaloberst Johannes Albrecht Blaskowitz ließ die Meldungen über

Misshandlungen und Gewalttaten an Juden und Polen sammeln und verfasste verschiedene Denkschriften an den Oberbefehlshaber des Heeres, in denen er gegen die Gewalt an wehrlosen Zivilisten protestierte: „Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden.“ Sein Protest indes verhallte, ohne dass er die Wehrmachtsführung zu einer Änderung ihrer Haltung bewegt hätte. Er selbst wurde auf Drängen des Generalgouverneurs Hans Frank als Befehlshaber in Polen abgelöst und an die Westfront versetzt.

Siedlung und Vertreibung

In den Verträgen mit der Sowjetunion war unter anderem geregelt, dass die deutschen Minderheiten in der Sowjetunion, vor allem aus dem Baltikum und der Ukraine, in das Deutsche Reich umgesiedelt werden sollten. Mehrere hunderttausend Menschen sollten nun in den zu „germanisierenden“ westpolnischen Gebieten angesiedelt werden. Hitler betraute am 7. Oktober 1939 den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler mit dieser Aufgabe. Sie umfasste, wie es in Hitlers Erlass hieß, sowohl die „Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland“ als auch die „Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungssteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“, sowie die „Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im Besonderen durch die Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen“. Als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, wie er sich selbst nannte, fiel Himmler damit eine neue, umfassende Macht zu, die für die Radikalisierung der Gewalt nicht unterschätzt werden darf. Denn er war nicht nur für die „Umsiedlung“ und „Ansiedlung“ der deutschen Minderheiten, sondern auch für die „Aussiedlung“ von „Fremdvölkischen“ und „Volksfremden“ verantwortlich. Kurze Zeit später gab er das Ziel vor: Aus den westpolnischen Provinzen Danzig-Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien sollten sämtliche rund 550 000 Juden und die „besonders feindliche polnische Bevölkerung“ in das Generalgouvernement deportiert werden, insgesamt nahezu eine Million Menschen.

Obwohl rasch deutlich wurde, dass diese Vorgaben die vorhandenen Transport- wie Aufnahmekapazitäten weit überschritten, hielt die SS unerbittlich an dem Ziel fest, Polen und Juden aus den zu „germanisierenden“ Gebieten zu vertreiben. Tatsächlich wurden bis zum 17. Dezember 1939 bereits 88 000 Menschen unter unsäglichen Bedingungen in das Generalgouvernement deportiert: in ungeheizten Viehwaggons, ohne Verpflegung, oftmals sogar ohne Trinkwasser. Generalgouverneur Hans Frank sprach die deutsche Haltung Ende November in brutaler Offenheit aus: „Der Winter wird hier ein harter Winter werden. Wenn es kein Brot gibt für Polen, soll man nicht mit Klagen kommen. [...] Bei den Juden nicht viel Federlesens. Eine Freude, endlich einmal die jüdische Rasse körperlich angehen zu können. Je mehr sterben, umso besser.“

Allerdings standen den Deportationen Hindernisse entgegen. Die Reichsbahn konnte nicht genügend Züge zur Verfügung stellen, und die Behörden des Generalgouvernements klagten bald, dass die ankommenden Menschen nicht untergebracht werden könnten. Anfang Oktober 1939 versuchte die SS-Führung, über die Vertreibung der polnischen Juden hinaus auch die Verschleppung tschechischer und österreichischer Juden zu organisieren. Unter Leitung von Adolf Eichmann, der bei dieser Aktion seine ersten Erfahrungen als künftiger Experte für Deportationen des Reichssicherheitshauptamtes sammelte, wurden etwa 1500 Menschen aus Wien und rund tausend aus Mährisch-Ostrau nach Nisko am San verschleppt und die meisten von ihnen über den Fluss auf das

sowjetische Besetzungsgebiet getrieben. Allerdings beanspruchte kurz darauf die Ankunft der Volksdeutschen aus dem Baltikum und Galizien die ganze Aufmerksamkeit des SS-Apparates in Polen und beendete die Nisko-Aktion, bevor sie richtig begonnen hatte.

Wo jedoch Vertreibungen möglich waren, wurden sie realisiert. Ende Januar 1940 kündigte Heydrich die Deportation der gesamten jüdischen Gemeinde aus Stettin an, etwa tausend Menschen, weil man Platz für die Baltendeutschen brauche. Vierzehn Tage später wurden die Stettiner Juden in der Nacht zusammengetrieben und unter grausamen Bedingungen in den Bezirk Lublin verschleppt. Bei minus 22 Grad und im tiefen Schnee mussten diese Menschen zu Fuß dorthin marschieren, wurden nur unzureichend verpflegt, sodass innerhalb von vier Wochen nahezu ein Drittel von ihnen umkam. Nachrichten über die Umstände dieser Deportationen erschienen in der WeltPresse, was dazu beigetragen haben mag, dass Göring am 23. März 1940 „bis auf weiteres alle Evakuierungen“ in das Generalgouvernement untersagte.

Die Idee eines „Judenreservats“ war vorerst gescheitert; die jüdische Bevölkerung im Wartheland wurde nun in Łódź und an-



ullstein bild

„Heim ins Reich“: Ankunft „volksdeutscher“ Umsiedler mit selbstgemalten Hakenkreuzfähnchen 1940



ullstein bild

Wirklich nach Palästina? Jüdische Einwohner aus Zempelburg/Sępólno nahe Bromberg/Bydgoszcz müssen sich 1939 vor ihrem Abtransport in die Gettos des Generalgouvernements verhöhnen lassen.



Bundesarchiv, R 49 Bild-1733

Das Ausmaß der Deportationen übersteigt die Aufnahmekapazität der im Generalgouvernement errichteten Gettos. Drangvolle Enge im Getto Litzmannstadt, dessen verschiedene Teile durch Brücken miteinander verbunden sind

deren Städten in Gettos zusammengepfercht, und auch im Generalgouvernement begann die deutsche Besatzungsverwaltung im Herbst 1940, Gettos in den größeren Städten einzurichten.

In den annexierten westpolnischen Gebieten verfügte Göring, dass alles polnische und jüdische Eigentum entschädigungslos

beschlagnahmt werde und nunmehr von der Haupttreuhandstelle Ost verwaltet würde. Die polnische Bevölkerung selbst sollte in erster Linie als Reservoir für den Arbeitseinsatz in Deutschland dienen. Generalgouverneur Frank teilte den Ortschaften feste Quoten zu, die erfüllt werden mussten. Oftmals umzingelten deutsche Polizeieinheiten ein Dorf und verhafteten die jungen Männer für den Arbeitseinsatz in Deutschland. Im Sommer 1940 arbeiteten rund 700 000 Polinnen und Polen im Deutschen Reich, nur ein Bruchteil von ihnen freiwillig.

In den sowjetisch besetzten ostpolnischen Gebieten ging das stalinistische Regime ebenfalls brutal gegen die Bevölkerung vor. Schon 1937/38 waren auf dem Gebiet der Sowjetunion in der sogenannten polnischen Operation über 144 000 Menschen der Spionage für Polen angeklagt und 111 000 von ihnen erschossen worden. Nunmehr war die stalinistische Polizei ebenso wie die SS-Führung bestrebt, die polnische Führungsschicht zu vernichten. Mehr als 381 000 Menschen wurden zwischen Februar 1940 und Juni 1941 aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen nach Sibirien und Zentralasien deportiert, das polnische Offizierskorps, das sich vor dem deutschen Angriff in die Sowjetunion zu retten geglaubt hatte, verhaftet. 15 000 polnische Offiziere wurden im April und Mai 1940 von der sowjetischen Geheimpolizei erschossen, darunter rund 4500 im Wald von Katyn (siehe auch IZpB 310 „Polen“, S. 9). Westpolnische Juden, die gehofft hatten, Zuflucht vor der Verfolgung durch die Deutschen gefunden zu haben, wurden an die Deutschen ausgeliefert.

Kriegsalltag und Widerstand in Deutschland

Im Deutschen Reich war von der Not der Bevölkerung im besetzten Polen nichts zu spüren. Zwar galt eine Rationierung von Lebensmitteln, und Ende August 1939 waren erste Lebensmittelkarten ausgeteilt worden. Aber Brot und Mehl blieben in den ersten vier Wochen, Quark bis Ende 1940, Kartoffeln, Gemüse und Obst bis 1941 frei verkäuflich. Noch war die Erfahrung des Mangels aus dem Ersten Weltkrieg durchaus gegenwärtig. In den Deutschlandberichten der Exil-SPD vom November 1939 ist die Beobachtung zu lesen, „dass die Nazis die Rationierungsmaßnahmen mit großem psychologischem Geschick ins Werk gesetzt haben. Sie haben zweifellos aus den Erfahrungen des letzten Krieges gelernt, dass mehr noch als der Mangel selbst, die Ungerechtigkeit in der Verteilung die Gemüter erregt. [...] Zunächst hat die sofortige Einführung der Karten und Bezugsscheine einen starken Schock ausgelöst. Aber diese Schockwirkung legte sich bald, als sich herausstellte, dass die allgemein gehegte Angst vor einer schnellen Verknappung sich als unbegründet erwies.“

Mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 wurden die Zuschläge für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit abgeschafft und dadurch die Bruttolöhne spürbar gekürzt. Auch trat eine Steuererhöhung in Kraft, von der allerdings aufgrund von Ausnahmebestimmungen die Mehrzahl der Lohnsteuerpflichtigen ausgenommen war. Zusätzlich wurden die Verbrauchsteuern auf Bier, Tabak und Spirituosen erhöht. Die Streichung der Zulagen stieß sofort bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF), aber auch bei einigen NSDAP-Gauleitern auf Kritik und führte zu heftigen internen Diskussionen. Die Sorge um die Loyalität der Arbeiter ließ die NS-Führung daraufhin eine Kehrtwende vollziehen. Am 12. Oktober wurden die Löhne und Gehälter auf dem vormaligen Niveau festgeschrieben und einen

Monat später auch wieder die Zuschläge gewährt. Vom 1. Januar 1940 an galt dann der Zehnstundentag als Regelarbeitszeit, was wiederum Überstundenzuschläge bei Mehrarbeit ermöglichte. Die eingezogenen Soldaten erhielten zwar einen Wehrsold, der in der Regel deutlich unter dem bisherigen Verdienst lag, dafür



L. Ongel-Kohne / DHM, Berlin

Die Heimat unterstützt ihre Soldaten. „Wintersachensammlung für die Front“ in Berlin 1941. Im Schaufenster ein antisemitisches Plakat

wurde aber zusätzlich ein Familienunterhalt bezahlt, der sich an den „bisherigen Lebensverhältnissen“ orientieren sollte, damit durch den Militärdienst das Haushaltseinkommen der Familie nicht gemindert würde. Zudem bot der Dienst in den besetzten Gebieten reichlich Gelegenheit, Lebensmittel und andere Waren zu beschlagnahmen oder billig zu kaufen und nach Hause zu schicken.

Die Konsummöglichkeiten im Reich sollten nach dem Willen der NS-Führung in keinem Fall ausgebaut, sondern zugunsten der Kriegsfinanzierung eingeschränkt bleiben. Entsprechend wuchsen die Sparguthaben mit den Geldern, die nicht ausgegeben werden konnten, überdurchschnittlich an, was die NS-Führung nicht ungern sah. Denn damit standen weitere finanzielle Mittel zur Finanzierung des Krieges zur Verfügung, die das Regime ebenso heimlich wie rücksichtslos plünderte. Die Sparkassen erhielten Schuldverschreibungen, die zwar formal die Sparguthaben sicherten. Aber faktisch wurden Millionen von Sparern kalt enteignet, was den Betroffenen allerdings erst nach dem Ende des „Dritten Reiches“ klar wurde.

Hitlers Popularität blieb zunächst ungebrochen. Erschütterung und Erleichterung meldeten die Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS (SD) als Reaktion der Bevölkerung auf das fehlgeschlagene Bombenattentat von Georg Elser im Münchner Bürgerbräu-Keller am 8. November 1939 (siehe unten), dem Hitler nur durch Zufall entging. Während sich die katholische Kirche mit einer offiziellen Stellungnahme zunächst zurückhielt, verurteilte die evangelische Kirche das Attentat sofort scharf. Mancherorts



Bundesarchiv, Bild 146-2010-0031

Die Soldaten erhalten ihrerseits anfangs, speziell auf den Kriegsschauplätzen im Westen, Gelegenheit, Waren für sich oder die Familie zu erbeuten bzw. billig zu erwerben. Rast bei Tours im Sommer 1940

fanden sogar Dankgottesdienste für Hitlers Überleben statt. Später gratulierte selbst Pius XII., der vormalige Nuntius (ständiger diplomatischer Vertreter) des Vatikans in Deutschland, Hitler zu seiner Rettung, und in den katholischen Bistumszeitungen war zu lesen, dass sich die katholischen Christen mit dem ganzen deutschen Volk einig seien, Gott möge „Führer und Volk“ schützen.

Ein Einzelkämpfer: Georg Elser

Georg Elser (1903-1945) stammte aus einfachen Verhältnissen. Der Vater hatte seinen Bauernhof auf der Schwäbischen Alb heruntergewirtschaftet. Als 14-Jähriger begann Elser zunächst eine Eisendreherlehre, brach diese aus gesundheitlichen Gründen ab und fing an, Tischler zu lernen. Seit Mitte der 1920er-Jahre arbeitete er dann bei verschiedenen Firmen in der Bodenseeregion. Er galt als schweigsamer, aber geselliger Mensch, spielte Ziehharmonika und wählte die Kommunisten, „weil ich dachte“, so gab Elser später in der Gestapo-Vernehmung zu Protokoll, „das ist eine Arbeiterpartei, die sich sicher für die Arbeiter einsetzt. Mitglied dieser Partei bin ich jedoch nie gewesen.“

Vor allem sah er klar, dass die Politik der NS-Führung auf den Krieg zusteuerte. Im Herbst 1938 kam Elser zu dem Entschluss, dass der Krieg nur durch ein Attentat auf Hitler verhindert werden könne.

Systematisch ging er zu Werk. Noch im November 1938 inspizierte er den Bürgerbräu-Keller in München, weil er die jährliche Gedenkfeier, an der neben Hitler die gesamte NS-Führung teilnahm, für den Anschlag ausgewählt hatte. Er besorgte sich Sprengkapseln aus einem Steinbruch sowie Armaturen für den Zündmechanis-

mus, baute selbst einen Zeitzünder, fuhr dann im August 1939 nach München und ließ sich 30 Nächte lang im Bürgerbräu-Keller unentdeckt einschließen, um die Säule neben Hitlers Rednerpult vorsichtig zu präparieren. Am 6. November schließlich deponierte er die Bombe und stellte den Zeitzünder auf den Abend des 8. November, 21:20 Uhr ein.

Allerdings herrschte an diesem Abend schlechtes Flugwetter, sodass Hitler nur mit der Bahn zurück nach Berlin fahren konnte und seine Rede deswegen eine halbe Stunde früher begann. Auch war sie deutlich kürzer als üblich. Fünf Minuten nach 21 Uhr verließ Hitler den Saal, eine Viertelstunde später explodierte der Sprengkörper. Von den rund 200 Menschen, die sich in dem Raum befanden, wurden acht getötet und 63 verletzt.

Nur zufällig ging Georg Elser schon am Abend des 8. November ins Netz der Polizei, als er bei dem Versuch, illegal die Schweizer Grenze zu überschreiten, verhaftet wurde. Elser wurde gefoltert und gestand wenige Tage später die Tat. Am 22. November kamen die Zeitungen mit der triumphierenden Schlagzeile heraus: „Der Attentäter gefasst. Täter: Georg Elser – Auftraggeber: Britischer Geheimdienst.“ Diese Lesart hielt sich bis in die Nachkriegszeit hinein, denn es erschien kaum

glaublich, dass ein einfacher Arbeiter imstande gewesen sein sollte, die nationalsozialistische Politik so klarsichtig zu durchschauen und allein auf sich gestellt ein Attentat auf den „Führer“ durchzuführen.

Georg Elser wurde ins KZ Sachsenhausen, später ins KZ Dachau gebracht und noch in den letzten Kriegstagen, am 9. April 1945, ermordet. In der Bundesrepublik dauerte es lange, bis er als Widerstandskämpfer anerkannt wurde. 1998 wurde in seinem Heimatort Königsbronn eine Gedenkstätte eingerichtet. (www.georg-elser-arbeitskreis.de)



ullstein bild

Einsam und verkannt: der Hitler-Attentäter Georg Elser nach seiner Verhaftung im November 1939



Ein Überraschungsangriff der deutschen Verbände drängt die britischen und französischen Truppen binnen weniger Tage zurück an den Ärmelkanal. Bei Dünkirchen retten sie sich im Juni 1940 in aller Eile auf bereitliegende Schiffe.



bpk/Heinrich Hoffmann

Inszenierter Triumph: Am 14. Juni 1940 ziehen die deutschen Truppen in Paris ein. Begleitet von Albert Speer (li.) und Arno Breker (re.) lässt sich Hitler am 28. Juni für die Wochenschau-Berichterstattung vor der Kulisse des Eiffelturms ablichten.

Besetzung Westeuropas

Zwar hatten Großbritannien und Frankreich nach dem Angriff auf Polen Deutschland am 3. September 1939 den Krieg erklärt – aber er wurde nicht geführt. Es gab keine militärischen Aktionen an der Westfront, um den Kampf der polnischen Armee zu entlasten. Und nach der Kapitulation Polens fanden sich weder Frankreich noch Großbritannien bereit, Deutschland anzugreifen. Doch für die deutsche Führung war die Hegemonie auch in Westeuropa unverzichtbar. Anfang April 1940 landeten deutsche Truppen in Dänemark und Norwegen, um eine befürchtete britische Truppenlandung zu verhindern und den Import des unentbehrlichen Eisenerzes aus Schweden für die deutsche Rüstungsproduktion zu sichern. Obwohl sich ein Großteil der Generalität gegen einen Westfeldzug wandte, weil sie eine Wiederholung des Desasters des Ersten Weltkrieges befürchtete, setzte sich Hitler durch. Angesichts der stark befestigten Maginot-Linie Frankreichs wurden die begrenzten Ressourcen des deutschen Militärs in einem überraschenden Angriff durch die Ardennen konzentriert. Belgien und die Niederlande konnten somit binnen weniger Tage erobert und die französischen und britischen Truppen bis in den Raum Dünkirchen und an die Küste zurückgedrängt werden. Da die deutsche Angriffsarmee kurze Zeit innehalt, gelang es Großbritannien, über 338 000 französische und britische Soldaten vor der drohenden Gefangenennahme über den Ärmelkanal zu evakuieren. Die nunmehr zahlmäßig überlegenen deutschen Truppen schlugen die französische Armee entscheidend und zogen am 14. Juni in Paris ein. Innenpolitisch war Frankreich tief gespalten zwischen denjenigen, die den Krieg gestützt auf die Truppen in

den Kolonien, fortsetzen wollten, und denjenigen, die auf die Überlegenheit NS-Deutschlands mit Resignation reagierten. Am 17. Juni schließlich bot Marschall Philippe Pétain, der die französische Regierung leitete, den Waffenstillstand an.

Hitler ließ sich die öffentliche symbolische Revanche nicht entgehen und beorderte die französische Delegation in eben jenen Eisenbahnwaggon, in dem 1918 die Deutschen vom damaligen französischen Marschall Ferdinand Foch die Waffenstillstandsbedingungen diktiert bekommen hatten. Doch nahmen sich die deutschen Bedingungen des Jahres 1940 moderat aus, da die NS-Führung verhindern wollte, dass sich die französische Flotte und die Truppen in den Kolonien auf die Seite Großbritanniens schlugen und gegen Deutschland weiterkämpften. Somit kamen nur der Norden Frankreichs und die Atlantikküste unter deutsche Militärverwaltung, während eine französische Regierung unter Pétain mit Sitz in Vichy die Kontrolle über den unbesetzten Süden sowie über die Flotte und die Kolonien behielt. „Vichy“ wurde zum Synonym für die Kollaboration großer Teile der französischen Verwaltung, insbesondere der Polizei, mit dem deutschen Besatzungsregime. Die französischen Kommunisten waren wegen des Hitler-Stalin-Paktes in die stalinistische Politik eingebunden und angewiesen, keine Angriffe gegen Deutsche zu unternehmen. Erst nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 gingen die Kommunisten in den Widerstand und unterstützten die *Résistance* in Frankreich nach Kräften.

Das Deutsche Reich verfügte nun in Frankreich, Belgien und Luxemburg über bedeutende Stahlindustrien und Waffenfabriken, wichtige Eisenerz- und Kohlelager, Devisen- und Goldvorräte sowie ein Einflussgebiet, in dem insgesamt 290 Millionen Menschen lebten. Werte von nicht weniger

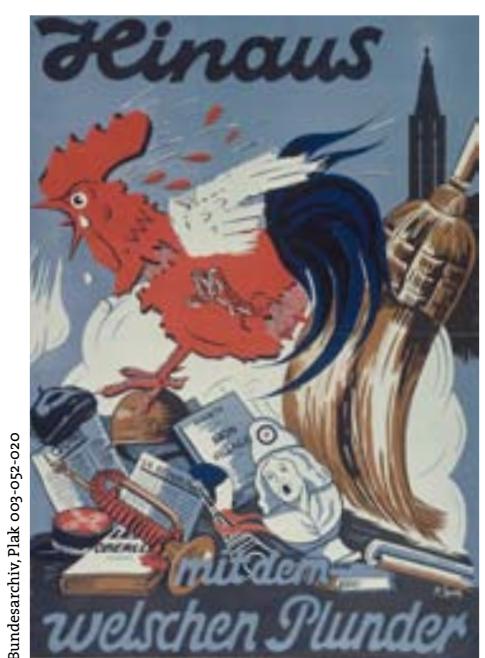
als 154 Milliarden Francs raubten die Deutschen allein aus Frankreich, darunter Tausende von Lokomotiven und Güterwagen, die sich die Reichsbahn aus französischen Beständen holte. Nicht zuletzt hatten die Deutschen große Bestände von Benzin- und Ölvräten erbeutet. Zusammen mit den Öllieferungen, die Deutschland im Frühjahr 1940 mit Rumänien vereinbart und sich damit das faktische Monopol auf die rumänischen Ölvräte gesichert hatte, war die akute Versorgungskrise vorerst gebannt.

Auch der junge Claus Graf von Stauffenberg war vom Westfeldzug begeistert. Der Krieg gegen Frankreich wurde ihm zum Erlebnis immerwährenden Vorwärtsstürmens: „Nach dem Durchbruch durch die Maas-Stellung eine unaufhaltsame Verfolgung bis dicht ans Meer“, schrieb er an seine Frau. „Persönlich geht es uns ausgezeichnet; die Vorräte des Landes genießen wir in vollen Zügen und gleichen so etwas den mangelnden Schlaf aus. Eier zum Frühstück, herrliche Bordeaux, Burgunder und Heidsieck, so daß sich das Sprichwort ‚Leben wie der Herrgott in Frankreich‘ durchaus bewahrheitet.“ Ebenso deuteten seine Eindrücke aus Polen im Herbst 1939 keineswegs auf die spätere Widerstandshaltung hin: „Die Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich nur unter der Knute wohlfühlt. Die Tausenden von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht gut tun. In Deutschland sind sie sicher gut zu brauchen, arbeitsam, willig und genügsam.“

Mit dem Sieg über Frankreich erreichte der „Hitler-Mythos“ zweifellos seinen Höhepunkt. Dass sich das Schreckensszenario der Westfront des Ersten Weltkrieges nicht wiederholte, sondern die deutsche Armee den „Erzfeind“ Frankreich innerhalb kürzester Zeit besiegte, löste im Reich ungeheure Erleichterung und Jubel aus. Anlässlich des Falls von Paris wurden überall die Fahnen gehisst und die Glocken geläutet. General Wilhelm Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, wird der Ausspruch zugeschrieben, dass Hitler „der größte Feldherr aller Zeiten“ sei, was dann unter der Hand rasch als „Gröfaz“ verballhornt wurde.

Im faktisch annexierten Elsass-Lothringen führte die deutsche Besatzungsmacht eine rigorose „Germanisierungspolitik“ durch. SS und Polizei trieben die dort lebenden Juden zusammen und schoben sie über die Grenze in das unbesetzte Frankreich ab. Ende September forderte Hitler von seinen beiden Gauleitern Josef Bürckel und Robert Wagner, die für das besetzte Elsass-Lothringen zuständig waren, sie hätten ihm in zehn Jahren zu melden, dass ihre Gebiete „deutsch, und zwar rein deutsch“ seien, und er werde nicht danach fragen, „welche Methoden sie angewandt hätten, um das Gebiet deutsch zu machen“. Allein aus dem Elsass wurden bis November 1940 105 000 Menschen, aus Lothringen etwa 50 000 Menschen, darunter alle lothringischen Juden, deportiert.

Dennoch war die Kehrseite des Triumphs nicht zu verbergen. 11 000 deutsche Soldaten waren im Krieg gegen Polen gefallen, 30 000 verwundet worden; der Westfeldzug hatte 43 000 deutschen Soldaten das Leben gekostet, 150 000 waren verwundet worden, über 26 000 galten als vermisst. Ferner wurde Deutschland nun das Ziel britischer Luftangriffe. In den Nächten zum 11., 12. und 16. Mai 1940 bombardierten britische Flugzeuge Dortmund, Mönchengladbach und andere Orte im Ruhrgebiet. Mitte Juni erfolgten Angriffe auf Bremen und Hamburg, wobei neben erheblichem Sachschaden auch zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung zu beklagen waren. Hatte der SD im Frühjahr noch gemeldet, dass die Bombenangriffe „keine ernsthafte Beunruhigung unter der Bevölkerung“ hervorgerufen hätten, klangen die Meldungen im Sommer bereits besorgter. Nach den Angriffen auf Düsseldorf und andere rheinisch-westfälische Städte im Juni 1940 sei die Bevölkerung heftig aufgebracht gewesen über eine zu frühzeitige Entwarnung. „Im allgemeinen tröstet man sich mit der Erwartung, daß es nun bald ein Ende mit diesen Angriffen haben werde.“ Dieser Optimismus nährte sich aus der Hoffnung, dass nach Frankreich nun auch England rasch angegriffen und besiegt würde. Jedoch machte die Insellage eine Landung von Bodentruppen zu einem riskanten Unternehmen. Stattdessen wollte die NS-Führung Großbritannien durch Luftangriffe zur Aufgabe zwingen.



Umkämpftes Elsass-Lothringen: 1940, nach der Besetzung, wirbt ein Plakat in den „Straßburger Neuesten Nachrichten“ für die „Germanisierung“, 1944, nach der Befreiung, kontert die französische Propaganda.

Luftkrieg gegen Großbritannien

Anfang August 1940 begann die deutsche Luftwaffe mit Bombardierungen britischer Ziele, um eine Invasion deutscher Truppen vorzubereiten. Aber Hitler fand in Premierminister Winston Churchill, der eine nationale Kriegsregierung aus allen Parteien zusammengestellt hatte, einen hartnäckigen Gegner. England verfügte über eine moderne Luftwaffe, eine mittlerweile leistungsfähige Rüstungsindustrie und konnte der Unterstützung durch die USA gewiss sein. Mit seiner berühmten „Blut, Schweiß und Tränen“-Rede vom 13. Mai 1940 hatte Churchill erfolgreich an die Opferbereitschaft seiner Landsleute appelliert, an ihren Widerstandswillen und die Behauptung der eigenen Freiheit.

Ungeachtet der großen eingesetzten Bomberflotte erlitten die deutschen Flugzeuge empfindliche Verluste, da die britischen Jäger



Im Rahmen des NS-Winterhilfswerks in Berlin 1939 kann eine Landkarte Großbritanniens gegen eine Spende mit Nägeln „bombardiert“ werden.

ullstein bild - Heinrich Hoffmann

„... blood, toil, tears and sweat“

Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus am 13. Mai 1940

[...] „it must be remembered that we are in the preliminary stage of one of the greatest battles in history, that we are in action at many points in Norway and in Holland, that we have to be prepared in the Mediterranean, that the air battle is continuous and that many preparations have to be made here at home. In this crisis I hope I may be pardoned if I do not address the House at any length today. I hope that any of my friends and colleagues, or former colleagues, who are affected by the political reconstruction, will make all allowances for any lack of ceremony with which it has been necessary to act. I would say to the House, as I said to those who've joined this government: I have nothing to offer but blood, toil, tears and sweat.

We have before us an ordeal of the most grievous kind. We have before us many, many long months of struggle and of suffering. You ask, what is our policy? I will say: It is to wage war, by sea, land and air, with all our might and with all the strength that God can give us; to wage war against a monstrous tyranny, never surpassed in the dark and lamentable catalogue of human crime. That is our policy. You ask, what is our aim? I can answer in one word: victory. Victory at all costs, victory in spite of all terror, victory, however long and hard the road may be; for without victory,

there is no survival. Let that be realised; no survival for the British Empire, no survival for all that the British Empire has stood for, no survival for the urge and impulse of the ages, that mankind will move forward towards its goal.“ [...]

<http://www.fiftiesweb.com/usa/winston-churchill-blood-toil.htm> (zuletzt abgerufen: 30.10.2012)

[...] „[m]an muss aber bedenken, dass wir uns im Anfangsstadium einer der größten Schlachten der Weltgeschichte befinden, dass wir an vielen Punkten Norwegens und Hollands kämpfen, dass wir im Mittelmeer kampfbereit sein müssen, dass der Luftkrieg ohne Unterlass weitergeht und dass wir hier im Lande viele Vorbereitungen treffen müssen. Ich hoffe, man wird mir verzeihen, wenn ich in dieser kritischen Lage mich heute nicht mit einer längeren Aussprache an das Haus wende. Ich hoffe, dass jeder meiner jetzigen oder früheren Kollegen, der von der Regierung berührt wird, den etwaigen Mangel an Förmlichkeit, mit der wir vorgehen müssen, nachsehen wird.“

Ich möchte zum Hause sagen, wie ich zu denen sagte, die dieser Regierung beitreten sind: Ich habe nichts zu bieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß‘. Wir haben vor uns eine Prüfung der schmerzlichsten Art. Wir haben vor uns viele, viele lange Monate des Kampfes und Leidens. Sie fragen, was unsere Politik ist; ich will sagen: Es ist Krieg zu führen, zu Wasser, zu Land und in der Luft, mit all unserer

Macht und mit all der Kraft, die Gott uns geben kann, und Krieg zu führen gegen eine ungeheuerliche Gewaltherrschaft, die nie übertroffen worden ist in der dunklen, beklagenswerten Liste menschlichen Verbrechens.‘ Das ist unsere Politik.

Sie fragen, was unser Ziel ist: ich kann in einem Worte erwidern: es ist der Sieg – Sieg um jeden Preis – Sieg trotz aller Schrecken, Sieg, wie lang und hart auch immer der Weg sein mag, denn ohne Sieg gibt es kein Überleben – seien Sie sich darüber klar – kein Überleben für das Britische Weltreich, kein Überleben für all das, wofür das Britische Weltreich eingetreten ist, kein Überleben für das Drängen und Streben der Zeitalter, dass die Menschheit sich vorwärts bewege ihrem Ziel entgegen.“ [...]

<http://www.rhetorik-netz.de/rhetorik/index.html> (zuletzt abgerufen: 30.10.2012)



Der britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965), hier 1942, mobilisiert den Widerstandswillen seiner Landsleute.

ppk



ullstein bild

Im November 1940 bietet der Londoner Leicester Square nach einem deutschen Luftangriff ein Bild der Zerstörung.



ullstein bild

Zuflucht vor den Bombenangriffen suchen und finden viele Londoner in den Tunneln und Bahnhöfen der U-Bahn.

gezielt die abwehrschwachen Bomber ins Visier nahmen und die Zahl der deutschen Jagdflugzeuge für den Schutz der Bomber nicht ausreichte. Zudem befand sich ein Großteil der britischen Luftrüstungsindustrie außerhalb der Reichweite der deutschen Flugzeuge. Als Ende August erkennbar wurde, dass die Kriegsführung, die sich bis dahin auf militärische und wirtschaftliche Ziele konzentriert hatte, erfolglos blieb, befahl die deutsche Führung, die Luftangriffe auf britische Städte, in erster Linie London, auszuweiten. Vor allem die Zivilbevölkerung wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die Großangriffe und selbst das schwere Bombardement von Coventry in der Nacht vom 14. auf den 15. November konnten jedoch den Widerstandswillen der britischen Bevölkerung nicht brechen, obwohl die Verluste mit 23 000 Toten, darunter fast 3000 Kinder, bis zum Jahresende 1940 sehr hoch waren.

Zudem unterschätzten die deutschen Militärs massiv die britische Flugzeugproduktion, die in der Lage war, immer neue Jagdflugzeuge herzustellen und einzusetzen. Das strategische Ziel, die Luftüberlegenheit zu erreichen, um die Landeoperation deutscher Truppen zu ermöglichen, wurde verfehlt. England war aus der Luft nicht zu besiegen, die Landung musste „bis auf weiteres“ verschoben werden – eine schwere Niederlage für Hitler. Dieser änderte daraufhin die Strategie und entschloss sich, den Krieg um „Lebensraum“ gegen die Sowjetunion, der ursprünglich erst nach der Niederlage Englands beginnen sollte, vorzuziehen, um dann – nach dem sicher geglaubten Sieg über die Rote Armee – England endgültig zur Aufgabe zwingen zu können. Am 18. Dezember 1940 erteilte Hitler die Weisung Nr. 21 (Fall „Barbarossa“) zur Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion.

In einer von vornherein aussichtslosen Aktion versuchte Rudolf Heß, offiziell der „Stellvertreter des Führers“, durch einen Flug nach Großbritannien am 11. Mai 1941 doch noch einen Friedensvertrag mit England zu erreichen. Als Hitler von der eigenmächtigen, nicht mit ihm abgesprochenen Tat erfuhr, war er entsetzt und suchte jeden Eindruck, die deutsche Führung sei gespalten, rasch zu zerstreuen. Während dem deutschen Publikum erklärt wurde, Heß sei geistig verwirrt – was nicht ohne Tücken war, eröffnete sich doch damit die Frage, wieso eine psychisch kranke Person der Stellvertreter Hitlers sein konnte –, gingen die Briten auf das angebliche Friedensangebot Heß' überhaupt nicht

ein, sondern internierten und verhörten ihn. Seine Funktion innerhalb der NSDAP, nunmehr Leitung der Parteikanzlei genannt, nahm Martin Bormann ein.

Noch während die Vorbereitungen für den Krieg gegen die Sowjetunion liefen, zwangen die Fehlschläge der italienischen Armee in Griechenland und Nordafrika den deutschen Verbündeten dazu, die militärisch bedrohte Flanke im Südosten Europas zu sichern. Am 6. April 1941 begann Deutschland den Krieg auf dem Balkan, der, nachdem die Hauptstadt Belgrad durch Luftangriffe verwüstet worden war, mit der Kapitulation Jugoslawiens am 17. April und Griechenlands wenige Tage später endete. Serbien und Griechenland wurden von deutschen Truppen besetzt und durch eine Militärverwaltung beherrscht. In Kroatien, das sowohl von deutschen wie auch von italienischen Truppen besetzt war, entstand eine vom Deutschen Reich abhängige faschistische Regierung, die Ustascha, die in ihrem Gebiet mit brutaler Gewalt gegen Serben, Juden und Roma vorging.

Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Was Hitler mit dem „Lebensraumkrieg“ gegen die Sowjetunion 1941 beabsichtigte, formulierte er unverhohlen in seinen Anweisungen Anfang März 1941 an den Chef des Wehrmachtsführungsstabes Alfred Jodl: „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. [...] Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker‘ des Volkes, muß beseitigt werden.“ Von Anfang an planten NS- und Wehrmachtsführung einen verbrecherischen Krieg gegen die sowjetische Bevölkerung. Der „Kommissarbefehl“, demzufolge alle politischen Offiziere der Roten Armee nicht gefangen genommen, sondern sofort erschossen werden sollten, durchbrach ebenso alle geltenden Kriegsrechtsregeln wie der Befehl, dass deutsche Soldaten, die sich gewalttätiger Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht hätten, nicht vor ein Kriegsgericht zu stellen seien.

Kommissarbefehl

[Stempel:] Geheime Kommandosache

Oberkommando der Wehrmacht, F.H.Qu., den 6.6.1941
WFSt/Abt. L. (IV/Qu). [Stempel:] Chefsache! Nur durch Offizier!
Nr. 44 822/41 g.K.Chefs., 20 Ausfertigungen, [handschriftlich:]
18. Ausfertigung

Im Nachgang zum Führererlaß vom 14.5. über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa“ (OKW/WFSt/Abt. I (IV/Qu) Nr. 44718/41 g.Kdos.Chefs.) werden anliegend „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ übersandt.

Es wird gebeten, die Verteilung nur bis zu den Oberbefehlshabern der Armeen bzw. Luftflottenchefs vorzunehmen und die weitere Bekanntgabe an die Befehlshaber und Kommandeure mündlich erfolgen zu lassen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
I. A.
gez. Warlimont
[...]

Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare.

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muss sich bewusst sein:

1.) In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.

2.) Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen. [...]

www.ns-archiv.de/krieg/1941/kommissarbefehl.php
(zuletzt abgerufen: 30.10.2012)

Da die NS- und Wehrmachtsführung damit rechnete, dass die Angriffsarmee aus drei Millionen deutschen Soldaten, die rasch voranmarschieren sollten, nicht mit den herkömmlichen Nachschublinien würde verpflegt werden können, lautete die Anweisung, die Soldaten sollten sich aus dem Land selbst ernähren. Da auch in der Sowjetunion nur begrenzte Ernährungsressourcen zur Verfügung standen, hieß dies, wie eine Staatssekretärsbesprechung in Berlin im Mai 1941 festhielt, dass „zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Hitler selbst erklärte, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichmachen zu wollen, „um zu verhindern, dass Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssten“.

Selbst General Erich Hoepner, der später aktives Mitglied des militärischen Widerstandes gegen Hitler werden sollte, formulierte in seinem Aufmarschbefehl vom 2. Mai 1941: „Der Krieg gegen Russland ist die zwangsläufige Folge des uns aufgedrungenen Kampfes um das Dasein. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen

Russlands zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden.“

Am 22. Juni 1941 griff die deutsche Wehrmacht mit drei Millionen Soldaten, verstärkt durch weitere rund 600 000 Soldaten der verbündeten Mächte, die Sowjetunion an. Deren Führung war offenkundig von dem Angriff überrascht worden; die Verteidigungslinien brachen rasch zusammen, und die deutschen Armeen konnten innerhalb weniger Wochen weit in die Sowjetunion vordringen und in großen Kesselschlachten Millionen Rotarmisten gefangen nehmen. Der Sieg schien in greifbarer Nähe zu sein.

Um die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen kümmerte sich die Wehrmachtsführung nicht. Schon beim Marsch in die Lager starben Zehntausende; innerhalb der Lager wurden die Kriegsgefangenen nur unzureichend untergebracht, häufig auf freiem Feld, in das sich die Rotarmisten selbst Erdhöhlen graben mussten. Bis in den September 1941 hinein waren die Lebensmittelrationen noch einigermaßen ausreichend, dann entschieden Wehrmachtsführung und Ernährungsministerium, die Rationen drastisch zu senken sowie die erschöpften und unversorgten Kriegsgefangenen buchstäblich verhungern zu lassen. Mehr als die Hälfte der 3,7 Millionen sowjetischen Soldaten, die 1941 gefangen genommen worden waren, starb bis zum Frühjahr 1942 – ein Verbrechen, für das in erster Linie die Wehrmacht verantwortlich war.

Heinrich Himmler und die SS erhielten „Sonderaufgaben im Auftrage des Führers“, die sich „aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme“ ergaben, wie es in den Richtlinien des Oberkommandos der



Rassistische, antibolschewistische Propaganda soll im Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion die deutschen Soldaten gegen mitmenschliche Regungen immunisieren. Schulungsheft für die SS von 1942



Bundesarchiv, Bild 101-605-1721-02A

Sowjetische Kriegsgefangene werden 1942 in einem Lager bei Charkow hinter Stacheldraht zusammengepfercht. Mehr als die Hälfte aller 1941 gefangen genommenen Sowjetsoldaten lässt die Wehrmacht bis 1942 an Hunger und Unterversorgung zugrunde gehen.

Das Los der sowjetischen Kriegsgefangenen

„Ein großer Teil verhungert,“
Februar 1942

Alfred Rosenberg (1893-1946), Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, glaubt, dass sich die Ziele der NS-Politik im Osten eher mit Unterstützung einheimischer Arbeitskräfte und Verbündeter erreichen lassen. In einem Schreiben an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel (1882-1946), vom 28. Februar 1942 beschwert er sich:

„Von den 3,6 Millionen Kriegsgefangenen sind heute nur noch einige Hunderttausend voll arbeitsfähig. Ein großer Teil von ihnen ist verhungert oder durch die Unbilden der Witterung umgekommen. Tausende sind auch dem Fleckfieber erlegen. Es versteht sich von selbst, dass die Ernährung derartiger Massen von Kriegsgefangenen auf Schwierigkeiten stieß. Immerhin hätte bei einem gewissen Verständnis für die von der deutschen Politik angestrebten Ziele ein Sterben und Verkommen in dem geschilderten Ausmaß vermieden werden können. Innerhalb der Sowjet-Union war z.B. nach vorliegenden Nachrichten die einheimische Bevölkerung durchaus gewillt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Einige einsichtige Lagerkommandanten haben diesen Weg auch mit Erfolg beschritten. In der Mehrzahl der Fälle haben jedoch die Lagerkommandanten es der Zivilbevölkerung untersagt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, und sie lieber dem Hungertode ausgeliefert. Auch auf dem Marsch in die Lager

wurde es der Zivilbevölkerung nicht erlaubt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel darzurreichen. Ja, in vielen Fällen, in denen Kriegsgefangene auf dem Marsch vor Hunger und Erschöpfung nicht mehr mitkommen konnten, wurden sie vor den Augen der entsetzten Zivilbevölkerung erschossen und die Leichen liegen gelassen. In zahlreichen Lagern wurde für eine Unterkunft der Kriegsgefangenen überhaupt nicht gesorgt. Bei Regen und Schnee lagen sie unter freiem Himmel. Ja, es wurde ihnen nicht einmal das Gerät zur Verfügung gestellt, um sich Erdlöcher oder Höhlen zu graben. [...] Zu erwähnen wären endlich noch die Erschießungen von Kriegsgefangenen, die zum Teil nach Gesichtspunkten durchgeführt wurden, die jedes politische Verständnis vermissen lassen. So wurden z.B. in verschiedenen Lagern die „Asiaten“ erschossen, obwohl gerade die Bewohner der zu Asien rechnenden Gebiete Transkaukasien und Turkestan die am schärfsten gegen die russische Unterdrückung und den Bolschewismus eingestellten Bevölkerungssteile der Sowjet-Union abgeben. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hat wiederholt auf diese Missstände hingewiesen. Trotzdem ist z.B. noch im November in einem Kriegsgefangenenlager bei Nikolajew ein Kommando erschienen, das die „Asiaten“ liquidieren wollte.“

Ernst Klee / Willi Dressen (Hg.), „Gott mit uns“. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939-1945, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1989, S. 142-147

„Was bedeutet ein Menschenleben?“
Auszug aus einem Feldpostbrief

Lieutenant A.B., 19. Oktober 1942:
„[...] Ich erlebe z. Zt. schreckliche Tage. Jeden Tag sterben 30 meiner Gefangenen, oder ich muß sie erschießen lassen. Es ist bestimmt ein Bild des Grauens. [...]“

Die Gefangenen, nur teilweise bekleidet, teils ohne Mantel, werden nicht mehr trocken. Das Essen ist nicht ausreichend, und so brechen sie, einer nach dem anderen, zusammen. Ich kann sie dann nicht mehr heimbringen [...].

Wenn man so sieht, was eigentlich ein Menschenleben bedeutet, dann geht eine innere Umwandlung im eigenen Denken vor. Eine Kugel, ein Wort, und ein Leben ist nicht mehr. Was ist ein Menschenleben? So habe ich mich zu dem endgültigen Entschluss durchgerungen, mir nun in meinem Leben keine gesellschaftlichen Schranken anzulegen, sondern daß ich von jetzt ab lebe von einem Tag in den anderen. [...]“

Ortwin Buchbender / Reinhold Sterz (Hg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945, Br. 302. 2. Aufl. C. H. Beck Verlag, München 1983, S. 150f.

Wehrmacht (OKW) hieß. Neben den berüchtigten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD wurden zahlreiche weitere Einheiten der Ordnungspolizei und der Waffen-SS aufgestellt, die den Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF) unterstanden, die die Mordeinsätze anordneten und koordinierten. Die Einsatzkommandos, so Reinhard Heydrich in einem Schreiben vom 2. Juli 1941 an die HSSPF, hätten „alle diejenigen Fahndungs- und Exekutionsmaßnahmen zu treffen, die zur politischen Befriedung der besetzten Gebiete erforderlich sind“. Die Kommandos hatten demnach weitgehend freie Hand, um jeweils selbstständig vor Ort Entscheidungen zu treffen. Auf einen Befehlsnotstand, wie es SS-Täter nach dem Krieg vor Gericht taten, konnten sich diese Männer nicht befreien. Konkret gab Heydrich an, dass folgende Personengruppen zu erschießen seien: „alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin),

die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstigen radikalen Elementen (Saboteure, Propagandeure, Heckschützen, Attentäter, Hetzer usw.“).

Damit umriss er recht präzise den Feind, den die Einsatzkommandos vernichten sollten: den „jüdischen Bolschewisten“. Es ging ähnlich wie in Polen 1939 um die Liquidierung der politischen Führungsschicht, um die Ermordung der kommunistischen Funktionäre und der Juden in Verwaltung, Staat und Partei, von denen die antisemitischen Täter im Reichssicherheitshauptamt wie selbstverständlich annahmen, dass sie die personelle Trägerschicht des Bolschewismus darstellten. Die Juden waren aus nationalsozialistischer Sicht die Feinde *per se*, die die „Sicherheit“ bedrohten und die „Befriedung“ der eroberten Gebiete gefährdeten. Von ihnen

Ablauf einer Mordaktion: Ein Täter berichtet

„Als weiteren Vorfall erinnere ich mich an eine Erschießung größerer Ausmaßes an einem Brunnen nach Kachowka gelegen. Es war dies ein am oberen Rand etwa 6 bis 7 Meter messendes Erdloch in der Steppe. Es soll sich um einen vertrockneten Brunnen gehandelt haben. Nahe dieses Brunnens war Getreide aufgestellt.

Man kann dieses aufgestellte Getreide als Diemen, Stiegen oder wie man will bezeichnen. Wir Schutzpolizisten wurden mit dem Mannschaftswagen zu diesem Brunnen hingefahren. Es war von diesem Brunnen aus weit und breit keine Ortschaft zu sehen. Eine Feldscheune befand sich nicht in dessen Nähe. Die Opfer, es waren mehrere hundert, können sogar an die tausend Männer und Frauen gewesen sein, wurden mit Lastwagen herangefahren. An Kinder kann ich mich im Augenblick nicht erinnern. Die herangebrachten Leute mußten sich etwa 100 Meter von dem Brunnen entfernt in eine vom Regen ausgewaschene Mulde legen oder knieen und mußten dort auch ihre Oberbekleidung ablegen. Es wurden immer so an die 10 Leute an den Brunnenrand gestellt und diese von einem gleichstarken Exekutionskommando, worunter auch ich war, von hinten erschossen. Die Leute stürzten nach Schußabgabe vornüber in den Brunnen. Es kam auch vor, daß einige aus Angst lebend hineinsprangen. Das Erschießungskommando wurde mehrfach ausgewechselt. Auf Grund der seelischen Belastung, der auch ich ausgesetzt war, kann ich heute beim besten Willen nicht mehr sagen, wie oft ich an der Grube stand und wie oft ich zurücktreten durfte. Man kann sich ja vorstellen, daß diese

Erschießungen nicht in der Ruhe vor sich gingen, wie man sie heute erörtern kann. Die Frauen schrieen und weinten, ebenso auch die Männer. Teilweise gab es Ausreißversuche. Die Zutreiber schrieen ebenso laut. Wenn die Opfer nicht so wollten, wie sie sollten, gab es auch Schläge. Hierbei ist mir besonders ein rothaariger SD-Mann in Erinnerung, der immer ein Stück Kabel bei sich hatte, und wenn die Aktion nicht so lief, wie sie gehen sollte, damit auf die Leute einschlug. Vielfach aber kamen sie freiwillig zur Hinrichtungsstätte. Sie hatten ja auch gar keine Wahl. [...]

Das Erschießungskommando an diesem Brunnen bestand aus Schutzpolizisten, Waffen-SS-Angehörigen und SD-Leuten. Wir Schutzpolizisten schossen mit unseren Karabinern, die SD-Leute mit Maschinengewehren und Pistolen. Es hatte auf jeden Fall jeder seine Waffe in der Hand. Die benötigte Munition wurde aus bereitstehenden Kisten ausgegeben. An der Exekutionsstätte hat es grauenhaft ausgesehen.

Am Brunnenrand befand sich eine Menge Blut, und es lagen wohl auch Hirnteile am Boden. Die Opfer mußten, wenn sie herangeführt wurden, da hineintreten. Aber nicht erst dort bemerkten sie, was ihnen bevorstand, sondern schon von ihrem Lagerplatz her konnten sie ja das Schießen und die Schreie hören. [...]

Die Erschießung hat, bis das letzte Opfer im Brunnen war, einen knappen Nachmittag gedauert. Von dieser Exekution weiß ich noch genau, daß die SD-Leute hinterher besoffen waren, und daher eine Sonderzuteilung an Schnaps bekommen haben mußten. Wir Schutzpolizisten haben nichts bekommen, und ich weiß noch, daß wir uns darüber sehr aufgereggt haben.“

Aussage des Schutzpolizisten T., Mitglied des Einsatzkommandos 10a vom 26.1.1965: 213 AR 1898/66, Bd. XI, Bl. 2516ff. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg

in: Ernst Klee u. a. (Hg.), „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1988, S. 64f.



Hinter den Frontlinien wüteten Einsatzgruppen der SS und des SD, Angehörige von Gestapo, Kriminal- und Ordnungspolizei. Erschießung jüdischer Frauen in einer Grube bei Dubăsari in Transnistrien, Moldawien

ging angeblich die größte Gefahr aus, die letztlich nur durch ihre Vernichtung wirksam bekämpft werden konnte.“ „Wo der Jude ist, ist der Partisan, und wo der Partisan ist, ist der Jude“, lautete der Merksatz eines Wehrmachtslehrgangs zur Partisanenbekämpfung im September 1941 im weißrussischen Mogilew.

In den ersten Wochen richteten sich die Mordaktionen der SS-Einsatzgruppen vornehmlich gegen jüdische Männer, aber auch Frauen und Kinder wurden nicht verschont. So trieben etwa in Bialystok Angehörige eines Polizeibataillons am 27. Juni 1941 circa 2000 Juden – Männer, Frauen und Kinder – in die örtliche Synagoge und zündeten diese an, sodass die Menschen bei lebendigem Leib verbrannten. Im Laufe des Sommers weitete sich die Vernichtung auf ganze jüdische Gemeinden, einschließlich der Frauen, Kinder und alten Menschen, aus. Im ukrainischen Karmenez-Podolsk ermordeten Einheiten des Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich Jeckeln Ende August über 26 000 Juden, Ende September wurden an nur zwei Tagen in der Schlucht von Babij Jar bei Kiew mehr als 33 000 Menschen durch SS und Polizei erschossen. Pioniere der Wehrmacht sprengten anschließend die Ränder der Schlucht, um die Leichen unter dem Schutt zu begraben.

Deutsche Soldaten beteiligten sich an den Mordtaten gegen die Zivilbevölkerung, sicherten die Erschießungsstätten ab, brannten ganze Dörfer nieder, raubten den Bauern Lebensmittel, vergewaltigten Frauen und fotografierten zuhau die Hinrichtungen angeblicher Partisanen. „Wenn man diese primitiven Verhältnisse nicht mit eigenen Augen gesehen hat“, schrieb der Soldat Hans-Albert Giese am 12. Juli 1941, „kann man nicht glauben, dass es so etwas noch gibt. [...] Die Viehställe bei uns sind manchmal Gold gegenüber der besten Stube bei diesen ‚Waldheinis‘ von Russen. Das ist vielleicht ein Pack, schlimmer als die Zigeuner.“ Derlei Überheblichkeit gegenüber der Zivilbevölkerung, die als „Untermenschen“ betrachtet wurden, gegen die jedes Mittel zur Beherrschung gerechtfertigt sei, findet sich in zahllosen Feldpostbriefen einfacher Soldaten.

Ende 1941 lebte im Baltikum nur noch ein Bruchteil der einstmals 230 000 litauischen und 70 000 lettischen Juden. Bis März 1942 ermordeten SS und Polizei wie auch die Wehrmacht nahezu 600 000 Menschen in den eroberten Gebieten der Sowjetunion, Juden ebenso wie Roma und Sinti oder Kommunisten. In der Perspektive der SS- und Wehrmachtsführungen entledigte man sich damit der „überzähligen Esser“ und schuf „Sicherheit“ in den schwer zu kontrollierenden Orten auf dem Land, während in den Gettos der größeren Städte die dort zusammengepferchten, als arbeitsfähig eingestuften jüdischen Menschen vorerst vom Tod ausgenommen wurden, um Zwangsarbeit zu verrichten.

Die SS plante indes weiter. Kurz vor dem Angriff gab Himmler als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ einen umfassenden Plan zur Besiedlung der neu eroberten Gebiete in der Sowjetunion in Auftrag. Dieser „Generalplan Ost“ sah vor, dass 80 bis 85 Prozent der polnischen Bevölkerung, 64 Prozent der Ukrainer und 75 Prozent der Weißrussen aus ihrer Heimat „entfernt“ werden sollten, sei es durch Hunger, durch Vertreibung oder Umsiedlung in unwirtliche Gegenden am Eismeer. Die annektierten westpolnischen Gebiete, das Generalgouvernement, Lettland, Estland und große Teile Ostmitteleuropas sollten innerhalb von 20 Jahren vollständig deutsch werden. Insgesamt sollten mindestens 31 Millionen Menschen entweder deportiert, vertrieben oder ermordet werden. Darunter war die jüdische



In der Schlucht von Babij Jar bei Kiew erschießen SS und Polizei am 29./30. September 1941 mehr als 33 000 Menschen. Ihre zurückgelassenen Kleider werden anschließend inspiziert.

Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg



Deutsche Soldaten fotografieren bei der russischen Stadt Orel/Orjol einen Mann, der als Partisan hingerichtet wurde.

Bundesarchiv, Bild 101-287-0872-28A

Die Massenerschießung in der Schlucht von Babij Jar bei Kiew

[...] Am 29. und 30. September 1941 erschoss die SS in der Schlucht von Babij Jar nach eigenen Angaben 33 771 Juden. [...]

Aufruf des Stadtkommandanten von Kiew:

Alle Juden der Stadt Kiew und ihrer Umgebung haben am 29. September 1941 gegen 8 Uhr morgens an der Ecke Mjelnikowskaja- und Dochtruowskaja-Straße (neben den Friedhöfen) zu erscheinen. Mitzubringen sind: Papiere, Geld, Wertsachen, sowie warme Kleidung, Wäsche usw. Wer von den Juden dieser Anordnung nicht Folge leistet und an einem anderen Ort angetroffen werden sollte, wird erschossen. Wer von den Bürgern in die von den Juden verlassenen Wohnungen eindringt und Sachen an sich nimmt, wird erschossen.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, S. 78

„Also los, fangt an zuzuschütten“ – aus dem Bericht einer Überlebenden, 1966:

Der Bericht von Dina Pronitschewa ist in der sowjetischen Zeitschrift Junost, Nr. 8/1966 wiedergegeben und wurde von ihr in einer Zeugenaussage am 9. Februar 1967 vor einem sowjetischen Staatsanwalt für ein deutsches Strafverfahren bestätigt.

Dina ging etwa in der zweiten Zehnergruppe. Sie passierten den Korridor des Grabens, und vor ihnen öffnete sich ein sandiger Steinbruch mit fast senkrechten Wänden. Es war schon halbdunkel. Dina konnte den Steinbruch nur schlecht übersehen. Im Gänsemarsch schickte man alle schnell, zur Eile antreibend, nach links, auf einen sehr schmalen Vorsprung. Links war die Wand, rechts eine Grube, und der Vorsprung war offensichtlich eigens für die Erschießung herausgeschnitten. Er war so schmal, dass sich die Leute, wenn sie über ihn gingen, instinktiv an die sandige Wand drückten, um nicht zu fallen. Dina blickte nach unten. Ihr schwindelte, so tief schien es ihr zu sein. Unten war ein Meer von blutigen Körpern. Auf der gegenüberliegenden Seite des Steinbruchs konnte sie die dort aufgestellten leichten Maschinengewehre ausmachen, dort befanden sich auch einige deutsche Soldaten. Sie hatten ein Lagerfeuer angezündet, auf dem

sie anscheinend irgend etwas kochten. Als die ganze Kette der Unglücklichen auf den Vorsprung getrieben worden war, entfernte sich einer der Deutschen vom Lagerfeuer, ging ans Maschinengewehr und begann zu schießen. Dina sah es nicht so sehr, wie sie es fühlte, dass die Körper von dem Vorsprung hinabstürzten, und sie merkte, wie die Geschosskette sich ihr näherte. Ihr zuckte es durch den Kopf: „Sofort bin ich dran, jetzt ...“ Und sie wartete nicht, sondern stürzte sich, die Fäuste ballend, in die Tiefe.

Ihr schien es, als ob sie eine ganze Ewigkeit fallen würde, es war ja tatsächlich auch sehr tief. Beim Aufprall fühlte sie weder einen Stoß noch einen Schmerz. Sofort war sie von oben bis unten mit warmem Blut bedeckt, über ihr Gesicht strömte Blut, weil sie gleichsam in eine Wanne mit Blut gefallen war. Sie lag, breitete die Arme aus, schloss die Augen, vernahm irgendwelche dumpfen Töne, Stöhnen, Schluckauf und Weinen ringsumher und unter sich hervor. Es gab viele, die noch nicht ganz tot waren. Diese ganze Masse aus Leibern bewegte sich kaum merklich, senkte sich und verdichtete sich durch die Bewegung der verschütteten noch Lebenden.

Soldaten stiegen auf den Vorsprung und begannen mit Laternen nach unten zu leuchten, sie schossen aus Pistolen auf diejenigen, die ihnen noch am Leben zu sein schienen. Aber nicht weit von Dina stöhnte jemand immer noch weiter. Sie hörte sie näherkommen, sie waren schon auf den Leichen. Die Deutschen kletterten herunter, bückten sich, nahmen den Getöteten irgend etwas ab, dabei schossen sie von Zeit zu Zeit in die sich bewegende Masse.

[...] Nach einigen Minuten hörte sie eine Stimme von oben: „Also los, fangt an zuzuschütten!“ Schaufeln begannen zu knirschen, man hörte das dumpfe Klatschen des Sandes auf die Körper, es kam immer näher, und schließlich begannen die Sandhäufchen auch auf Dina zu fallen. Sie wurde zugeschüttet, aber sie rührte sich nicht, solange ihr Mund noch nicht zugeschüttet war. Sie lag mit dem Gesicht nach oben, atmete Sand ein, verschluckte sich und instinktiv, ohne sich darüber im Klaren zu sein, begann sie sich in panischer Furcht hin und her zu wälzen, schon eher bereit, sich erschießen zu lassen, als bei lebendigem Leibe begraben zu werden. Mit der linken gesunden Hand begann sie,

den Sand von sich wegzuscharren, verschluckte sich wieder, hätte um ein Haar gehustet und konnte mit äußerster Mühe diesen Husten unterdrücken. Aber ihr wurde leichter. Schließlich kroch sie unter der Erde hervor. Dort oben hatten sie aufgehört. Sie hatten den Sand nur darübergestreut und waren dann fortgegangen. Dinas Augen waren voller Sand. Es herrschte eine Höllenfinsternis, und die Luft war so schwer.

Dina näherte sich der nächsten Sandwand, lange, lange, langsam machte sie sich vorsichtig an sie heran, dann stand sie auf und begann mit der linken Hand Löcher in die Wand zu machen. So presste sie sich an die Wand, machte Löcher und kletterte Fußbreit um Fußbreit nach oben, dabei in jeder Sekunde riskierend, abzustürzen. Oben fand sich ein Strauch, sie ertastete ihn, klammerte sich verzweifelt an, und in dem Moment, als sie sich über den Rand schwingen wollte, hörte sie eine leise Stimme, vor der sie beinahe wieder zurückgestürzt wäre. „Tante, erschrick nicht, ich bin auch am Leben.“ Es war ein Junge in Unterwäsche. Er kroch genauso wie sie heraus. Der Junge zitterte. „Sei leise“, zischelte sie ihm zu. „Kriech hinter mir“. Und so krochen sie zusammen weiter, irgendwohin, schweigend.

Ernst Klee / Willi Dreesen (Hg.), „Gott mit uns“. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939-1945, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1989, S. 127-129

Zit. nach Steffens/Lange (s. Lit.), Bd. 2, S. 120ff.

Bevölkerung gar nicht mehr erwähnt, von ihrer Vernichtung ging dieser Plan bereits wie selbstverständlich aus.

Der Angriff der deutschen Armeen geriet nach anfänglichen Erfolgen bald ins Stocken. Der Feldzug war als „Blitzkrieg“ geplant, die Rote Armee sollte innerhalb weniger Monate bis spätestens zum Herbst niedergeschlagen sein. Entsprechend waren die Soldaten nur mit Sommerkleidung ausgestattet, die Munitionsvorräte reichten für maximal zwölf Monate, eine personelle Reserve der deutschen Truppen war nicht vorbereitet. Anfänglich gelang es der Wehrmacht, in groß angelegten Kesselschlachten Millionen sowjetischer Soldaten gefangen zu nehmen und rasch in das sowjetische Gebiet vorzustoßen.

Die sowjetische Armee erwies sich jedoch als kampfstärker als angenommen. Zudem war es der sowjetischen Führung gelungen, wichtige Produktionsanlagen vor dem deutschen Vormarsch abzubauen und in das Hinterland zu verlagern, sodass die Rüstungsproduktion aufrechterhalten werden konnte. Im August bekannte der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, in seinem Kriegstagebuch, dass der „Koloß Russland, der sich bewusst auf den Krieg vorbereitet hat, mit der ganzen Hemmungslosigkeit, die totalitären Staaten eigen ist, von uns unterschätzt worden ist. [...] Wir haben bei Kriegsbeginn mit etwa 200 feindlichen Div[isionen] gerechnet. Jetzt zählen wir bereits 360. Diese Div[isionen] sind sicherlich nicht in unserem Sinne bewaffnet und ausgerüstet, sie sind taktisch vielfach ungenügend geführt. Aber sie sind da. Und wenn ein Dutzend davon zerschlagen wird, dann stellt der Russe ein neues Dutzend hin.“

Deutsche Truppen standen im Baltikum, belagerten Leningrad, hatten Minsk, Kiew und Charkow eingenommen und waren bis westlich von Rostow vorgedrungen. Die Reserven waren erschöpft, die deutschen Verluste betrugen fast 400 000 Mann, es fehlte an frischen Truppen, zudem verwandelte das einsetzende Herbstwetter die Straßen in Schlammwege, auf

denen nur schwer voranzukommen war. Der Angriff auf Moskau blieb Ende November wenige Kilometer vor den Stadtgrenzen stecken. Stalin, der erkannt hatte, dass nicht mit einem Angriff des deutschen Verbündeten Japan auf die Sowjetunion zu rechnen sei, konnte frische Truppen aus Fernost nach Moskau heranbringen lassen und befahl den Gegenangriff.

Inzwischen hatte der Winter eingesetzt und gegen Temperaturen bis zu 34 Grad unter Null waren die erschöpften deutschen Soldaten gänzlich unzureichend ausgestattet. Die sowjetische Gegenoffensive, die am 5. Dezember 1941 begann, geriet zum Desaster für die deutsche Armee, die zurückflüchtete. Hitler griff persönlich ein, setzte den bisherigen Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, ab und leitete von nun an selbst als Oberbefehlshaber die Geschicke des Heeres.

Die Bilanz des Feldzuges war verheerend. Zwischen Juni 1941 und März 1942 verlor die Wehrmacht über eine Million Soldaten, die entweder gefallen, verwundet oder vermisst waren. Der personelle Ersatz konnte diesen Verlust nicht aufwiegen; in den künftigen Kriegsjahren sollten die meisten deutschen Divisionen nie mehr ihre Sollstärke erreichen können. Die deutsche Luftwaffe hatte zwar zu Beginn des Krieges ihre Überlegenheit gezeigt, doch der permanente Einsatz hatte die Flugzeuge verschlissen. Die deutsche Rüstungsproduktion war auf einen kurzen Feldzug eingestellt gewesen und musste nun auf einen längerfristigen Krieg umgerüstet werden. Gegenüber den Produktionskapazitäten der Alliierten, insbesondere der USA, die im Dezember 1941 nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor selbst in den Krieg eingetreten waren, war die deutsche Industrie jedoch von vornherein unterlegen. Nach der Niederlage vor Moskau war allen hellsichtigen Militärs klar, dass der Krieg, den Deutschland 1939 begonnen hatte, nicht mehr gewonnen werden konnte.



Der russische Winter setzt dem geplanten Blitzkrieg eine frostige Grenze. Die deutschen Soldaten sind nur für sommerliche Temperaturen ausgerüstet und müssen nun auch noch gegen die widrigen Wetterbedingungen kämpfen.

Entherrachte Gewalt im Vernichtungskrieg

ZEIT Geschichte: In keinem anderen Krieg der Geschichte haben so viele Menschen in solchem Ausmaß gemordet wie während des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Herr Heer, Sie haben mit der Wehrmachtssausstellung von 1995 maßgeblich dazu beigetragen, diese Verbrechen der Öffentlichkeit bewusst zu machen; Sie, Herr Welzer, haben sich als Sozialpsychologe intensiv mit Fragen der Täterpsychologie befasst. Wie waren diese Gewalttaten möglich?

Harald Welzer: Menschen sind meines Erachtens grundsätzlich zu allem fähig, daher wundert es mich nicht, dass sie auch in diesem Krieg zu allem fähig waren – zumal der Möglichkeitsraum für Gewalt von Anfang an so weit geöffnet wurde, wie man es sich überhaupt nur vorstellen kann. Etwa durch die verbrecherischen Befehle, die den Soldaten Straffreiheit bei Gewalttaten an Zivilisten garantierten.

Hannes Heer: Um aber das Besondere des Geschehens zu erfassen, muss man die Vorgeschichte anschauen. Vom späten 19. Jahrhundert an kursierten in Deutschland völkisch-nationalistische Großmachtfantasien, 1933 bot sich dann in den Augen vieler die letzte Chance, doch noch zu erreichen, womit man im Ersten Weltkrieg gescheitert war. Deutschland zur Weltmacht zu machen. Diese Verheißung wirkte wie Starkstrom – und trug im Kern schon die Gewalt in sich, die im Zweiten Weltkrieg eskalierte.

[...] **ZEIT Geschichte:** Dass gemordet wurde, weil gemordet werden durfte, ist mittlerweile Konsens in der Täterforschung. Welche Rolle aber spielten Zwang und Angst? Wie groß waren die Spielräume des Einzelnen im Krieg?

Heer: Im Kampf, an der Front, gab es keine Spielräume. Außerhalb des Kampfgeschehens hingegen herrschte kein Befehlsnotstand. Ein Beispiel: Zwei deutsche Soldaten sollen Gefangene abführen. Wenn man einen Kameraden dabei hatte, der ähnliche Ansichten vertrat, konnte man frei entscheiden. Man konnte die Gefangenen zum Beispiel laufen lassen und hinterher sagen: Die wollten fliehen, wir haben sie auf der Flucht erschossen.

Welzer: Oder umgekehrt: Man knallt die einfach ab, obwohl es weder eine Order noch irgendeinen Grund dafür gibt [...]

Heer: Bestimmten Befehlen konnte man sich auch verweigern, etwa wenn es um Erschießungen von Juden ging. Das wurde keineswegs drakonisch bestraft, wie später oft behauptet, und die Soldaten wussten

das. Das Risiko war ein anderes: dass man durch fortgesetzte Verweigerung aus dem Zentrum der Gruppe an die Peripherie geriet und zum Außenseiter wurde. Und holten einen die Kameraden dann noch raus, wenn man verwundet im Kornfeld lag? Da hieß es dann womöglich: Der mit seinen moralischen Gefühlsduseleien, jetzt hat er seine Lektion bekommen.

ZEIT Geschichte: Neben der bekannten Ausrede, man habe morden müssen, steht die Behauptung, nichts gewusst zu haben – schon gar nicht vom Massenmord an den Juden.

Welzer: Wir haben zwei sehr starke Belege dafür, dass alle, und zwar wirklich alle, gewusst haben müssen, was mit den Juden geschah. Der erste Beleg ist die Detailliertheit dessen, was im Gespräch über die Massenerschießungen und die Vergasungen geäußert wird. Der zweite ist das komplette Fehlen von Verwunderung angesichts dieser Erzählungen. Dass jemand sagt: Was erzählst du denn da für einen Quatsch! – das kommt nicht vor. Stattdessen kreisen die Fragen um die Details: wie die Leichen in den Gruben geschichtet werden, damit möglichst viele hineinpassen, wie groß die Gruben sind, ob auch Frauen und Kinder erschossen werden.

Heer: Eine beliebte Ausrede lautet: Ich war an dem und dem Abschnitt, da haben wir nichts mitbekommen. Doch das ist unglaublich. Wenn die Soldaten zum Beispiel Urlaub hatten und nach Hause fuhren, saßen sie oft eine Woche und länger in der Eisenbahn, und da wurde natürlich geredet! Vor allem über alles, was extrem war: also auch über die Judenerschießungen. Dasselbe gilt für die Lazarette. Das waren riesige Informationsbörsen, da erfuhr man alles.

[...] **ZEIT Geschichte:** Wenn die Brutalisierung der Männer im Krieg so unglaublich schnell vonstattenging, wie verhielt es sich umgekehrt nach 1945: Konnten sich die Soldaten genauso schnell wieder in die Zivilgesellschaft einfügen? Oder ist der Prozess der Enthumanisierung, wie er im Vernichtungskrieg stattgefunden hat, irreversibel?

Welzer: Da kann man nur spekulieren. Es scheint, als hätten sich die Deutschen wenigstens nach außen hin schnell an die neuen Gegebenheiten angepasst – statt Nationalsozialismus herrschte nun Demokratie, statt Krieg Frieden. So schnell die Menschen in die Gewaltlogik des Vernichtungskrieges eingestiegen waren, so schnell scheint es, kamen sie da auch wieder raus. Gewalt war nun einfach nicht mehr gefragt und bildete keine Rahmenbedingung mehr für das eigene Handeln.

Deshalb haben sich die zurückgekehrten Wehrmachtssoldaten auch nicht in marodierende Gangs verwandelt.

Heer: In einigen Institutionen, etwa bei der Polizei – oder wenn ich an die Lehrer denke, die mich unterrichtet haben –, waren die Kontinuitäten zu den Jahren vor 1945 aber doch sehr stark, personell wie mental. Natürlich wurde die eigene Gewaltgeschichte transformiert und auf die neue Lage angepasst.

Welzer: Aufs Ganze gesehen ist es aber wirklich erstaunlich, wie schnell sich Verhältnisse relativer Normalität herstellten. Was nicht heißen soll, dass die Erfahrung extremer Gewalt, sei es erfahrene, ausgeübte oder beobachtete, am Einzelnen so ohne Weiteres vorüberging. Die Zerstörung körperlicher Integrität ist etwas ganz Furchtbares, das tiefe Spuren in der Psyche hinterlässt. Diese Verletzungen reichen über Generationsgrenzen hinaus.

ZEIT Geschichte: Dennoch hat der Krieg gegen die Sowjetunion noch immer keinen festen Platz in der deutschen Erinnerungskultur – weder in der privaten noch in der öffentlichen. Wie ist das zu erklären?

Heer: Es ist immer schwer, an eigene Verbrechen zu erinnern. Im Fall des Holocaust ist dies in Deutschland halbwegs gelungen. Dass der Vernichtungskrieg als Ganzes nicht annähernd so fest im Bewusstsein verankert ist, hat damit zu tun, dass bei der Wehrmacht gleichsam die gesamte deutsche Gesellschaft betroffen war: In so ziemlich jeder Familie gab es Männer, die den Krieg mitgemacht hatten. Die Strategie der ehemaligen Wehrmachtssoldaten und ihrer Familien war es folglich, die begangenen Verbrechen zu verschweigen, umzudeuten und zu verleugnen. Dazu kam ein eigenes Opfer-narrativ, das schon bald die deutsche Erinnerungskultur beherrschte. Und sicherlich spielte es auch eine Rolle, dass man nach 1949, im antikommunistischen Klima des Kalten Kriegs, an die Feindbilder der Nazizeit anschließen und sich wunderbar rechtfertigen konnte.

Welzer: Was die Rolle der Ideologie angeht, bin ich auch hier skeptisch, aber ansonsten kann ich zustimmen. Wobei es in diesem Fall natürlich auch noch einen ganz schlichten und profanen Grund für das schlechte Gedächtnis der Deutschen gibt: Es ist immer unangenehm, sich an einen Krieg zu erinnern, den man verloren hat.

Michael Wildt

Massenmord und Holocaust

Mit Kriegsausbruch radikalisiert sich die Gewalt. Tausende kranke und behinderte Menschen werden ermordet, und die Deportation und Tötung der Juden Europas wird auf der Wannsee-Konferenz koordiniert. Bei „Aktionen“ der Einsatzgruppen von SS, SD und Polizei sowie in den Konzentrations- und Vernichtungslagern fallen Millionen Menschen dem NS-Terror zum Opfer.



Behinderte Menschen gelten in der NS-Ideologie als lebensunwert. 1939 ordnet Hitler ihren „Gnadentod“ an. Viele Verantwortliche aus dem „Euthanasie“-Programm übernehmen später führende Aufgaben bei der Ermordung der Juden.

Krankenmord

Die Entscheidung zum Mord an sogenanntem lebensunwertem Leben war bereits zu Kriegsbeginn mit der Tötung von kranken und behinderten Menschen gefallen. Forderungen nach Einführung erbbiologischer Personalbögen, nach einem Eheverbot für unerwünschte Paare bis hin zur Asylierung von Epileptikern, psychisch Kranken und Kriminellen sowie zur Sterilisation „Minderwertiger“ waren schon in der eugenischen Diskussion der Weimarer Republik laut geworden. 1920 hatten der Strafrechtler Karl Binding und der Psychiater Alfred Hoche eine einflussreiche Broschüre mit dem Titel „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ veröffentlicht, in der die jüdisch-christliche Achtung vor der Unantastbarkeit des Lebens mit Hinweisen auf antike Gesellschaften wie Sparta angegriffen wurde. Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft erließ die Hitler-Regierung im Juli 1933 ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das erstmals in Deutschland die Zwangssterilisation erlaubte. Nun wurden die Stimmen immer lauter, die auch die Tötung von behinderten und psychisch kranken Menschen forderten.

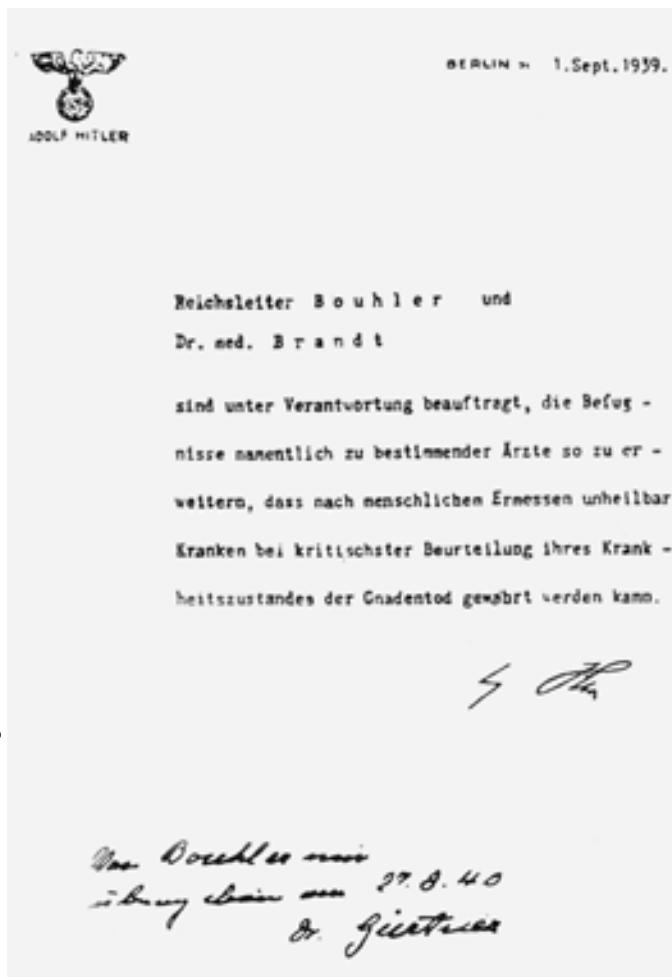
Immer wieder erreichten die „Kanzlei des Führers der NSDAP“, eine eher marginale Institution, die Hitlers Privatangelegenheiten und persönliche Eingaben an ihn regelte, Gesuche, in denen um die Genehmigung zur Sterbehilfe gebeten wurde. Darunter befand sich 1939 auch ein Schreiben, in dem ein Vater darum bat, sein behindertes Kind töten zu lassen. Hitler, der sich stets öffentlich über die „moderne Humanitätsduselei“ zugunsten der Kranken und Schwachen mokiert hatte, nahm sich des Falles an und ermächtigte den Leiter der „Führerkanzlei“, Phil-

ipp Bouhler, und seinen persönlichen Arzt, Dr. Karl Brandt, das Kind zu töten und in ähnlichen Fällen analog zu verfahren. Als die beiden im Laufe der organisatorischen Vorbereitungen der „Euthanasie“-Morde um eine schriftliche Ermächtigung batzen, erteilte Hitler im Oktober 1939 den Mordbefehl, bezeichnenderweise rückdatiert auf den 1. September, um den Zusammenhang mit dem Krieg deutlich zu machen.

Im kleinen Kreis bereiteten die Funktionäre der „Führerkanzlei“ zusammen mit Ärzten die Morde an Kranken und Behinderten vor und gründeten zur Tarnung des Unternehmens einen „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“, der seinen Sitz in Berlin, Tiergarten 4, hatte, weswegen die „Euthanasie“-Morde unter der Chiffre „T4“ geplant wurden. Bereits am 18. August 1939 erging ein streng vertraulicher Runderlass des Reichsministeriums des Innern an alle Landesregierungen, dass Hebammen und Ärzte missgebildete und behinderte Neugeborene unverzüglich den Amtsärzten melden müssten, die wiederum die Meldungen zu prüfen und an den „Reichsausschuß“ weiterzuleiten hätten. Später wurden insbesondere die Leitungen von Krankenanstalten und psychiatrischen Kliniken aufgefordert, auch erwachsene Patienten zu melden.

In Berlin wurden die Meldebögen durch drei ärztliche Gutachter geprüft. Diejenigen Menschen, die ermordet werden sollten, erhielten ein „+“-Zeichen auf dem Bogen. Mit unauffällig erscheinenden, grau angestrichenen Bussen wurden dann die Opfer in besondere Krankenanstalten, nach Bernburg, Brandenburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Sonnenstein, verlegt, um sie dort zu töten.

Da die Täter für ihre Morde Giftmittel brauchten, wandten sie sich an Himmler, der sie an das Kriminaltechnische Institut des



ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Auf Anfrage von Justizminister Görtner händigt Philipp Bouhler ihm das Schreiben Hitlers, datiert auf den 1. September 1939, aus, das die Ermächtigung zur Tötung unheilbar Kranker erteilt.

Reichskriminalpolizeiamtes verwies. Der zuständige Referent, Dr. Albert Widmann, kam auf die Idee, die Kranken durch Kohlenmonoxid zu töten. Während Widmann daran dachte, das Gas nachts, wenn die Kranken schliefen, in die Schlafsäle zu leiten, entschieden die Verantwortlichen der T4-Aktion anders. Die Patienten sollten in eigens eingerichteten Gaskammern umgebracht werden. Der erste Versuch mit Menschen fand im Dezember 1939 oder Januar 1940 im alten Zuchthaus Brandenburg statt. An ihm nahm als Beobachter neben den „Euthanasie“-Beauftragten Hitlers, Dr. Karl Brandt und Philipp Bouhler, dem für Gesundheitsfragen zuständigen Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Leonardo Conti, etlichen Bürokraten und Ärzten auch Albert Widmann teil, der die Ärzte instruierte, wie man das Gas in die Kammer leitete. Die versammelten Teilnehmer verfolgten das qualvolle Ersticken der Opfer durch ein Guckloch in der Tür. Widmann beschaffte in der Folgezeit das notwendige Kohlenmonoxidgas für die „Euthanasie“-Morde vom Ludwigshafener Werk der IG Farben, der heutigen BASF. Bis zum Kriegsende wurden in Deutschland und in den besetzten Gebieten etwa 275 000 kranke und behinderte Menschen ermordet.

Geheimhalten konnten die Täter diese Morde nicht. Verwandte erkundigten sich, wohin ihre kranken Familienangehörigen gebracht worden seien, und erhielten nur ausweichende, fadenscheinige Antworten, schließlich Formschreiben mit der Todesnachricht. In den Orten der Tötungsanstalten wie in Grafeneck im Kreis Münsingen auf der Schwäbischen Alb wurde rasch bekannt, dass es in den Krankenanstalten zu ungewöhnlich zahlreichen Todesfällen kam. Etliche Patienten selbst ahnten das Schicksal, das ihnen bevorstand, wehrten sich und schrien um Hilfe beim Abtransport. Bei den Kirchenstellen häuften sich die Meldungen von Pfarrämtern über den unerwarteten Tod von Kranken und die sofortige Einäscherung ihrer Leichen. Im Juli 1940 wandte sich der Vormundschaftsrichter Dr. Lothar Kreyssig aus Brandenburg/Havel empört an das Reichsjustizministerium und verlangte Aufklärung über das Schicksal der ihm anvertrauten Menschen.

Das Schicksal der Emilie R.

Emilie R., geb. 1891 in Alsfeld, heiratete 1912 den Polizeisekretär Christian R. Sie bekam vier Kinder und war geistig gesund, bis 1931 Verwirrungszustände und Depressionen auftauchten. Zu dieser Zeit war ihr Mann wegen eines Hüftleidens krankgeschrieben – was zu größten Ängsten um den Arbeitsplatz und das Ansehen der Familie bei ihr führte. Am 30. November 1931 brachte ihr Mann sie erstmals in die Universitätsnervenklinik Frankfurt, wo als Diagnose „ängstliche Beziehungspsychose“ festgehalten wurde. Im Dezember konnte sie auf Wunsch ihres Mannes wieder entlassen werden, galt aber nicht als geheilt. Im April 1936 wurde Emilie R. wieder in die Frankfurter Nervenklinik aufgenommen und ihr dieses Mal „paranoide Demenz“ diagnostiziert – Emilie R. litt unter „Wahnvorstellungen“. Sofort wurde von der Klinik auch ein Antrag auf Sterilisation gestellt, obwohl ähnliche

Krankheiten in der Familie nicht bekannt waren und alle Kinder sich bester Gesundheit erfreuten. Schon am 12. Mai 1936 wurde Emilie R. als ungeheilt in die Landesheilanstalt Hadamar entlassen, wo sie jedoch nur fünf Monate blieb. Ihr Mann stellte den Antrag, sie in das konfessionelle St. Valentinushaus in Kiedrich verlegen zu lassen. In einer der letzten Eintragungen in ihre Krankengeschichte in Hadamar hieß es: „7.8.36. Steht nach wie vor unter dem Einfluß ihrer Sinnestäuschungen. Ist zu keiner Arbeit zu bewegen.“ Damit erklärt sich auch, warum die Anstalt gegen eine Verlegung nichts einzubwenden hatte, denn Emilie R. konnte nicht mehr zur Arbeit eingesetzt werden. In dem konfessionellen Pflegeheim wurden ihren Verwandten meist die Besuche verwehrt, auch der Ehemann musste sich intensiv um Besuchserlaubnis bemühen. Ein Spaziergang am Tage der Silberhoch-

zeit in den Ort Eltville wurde ihnen verwehrt, da Emilie R. unter das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ fiel und nicht sterilisiert war. Im August 1939 wurde sie aus dem St. Valentinushaus in die Anstalt Eichberg verlegt und kam am 21. Februar 1941 mit einem Sammeltransport in die Tötungsanstalt Hadamar. Dort ist sie am selben Tag ermordet worden. Anschließend wurde ihre Krankenakte an die T4-Anstalt Sonnenstein bei Pirna versandt und ihr Tod mit dem Datum 1. März 1941 in Sonnenstein beurkundet.

Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.), Bettina Winter (Bearb.), „Verlegt nach Hadamar. Zur Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt. Begleitband für eine Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge Bd. 2. Kassel 1991, S. 103

Auch aus anderen Orten erreichten Justizminister Franz Gürnter Berichte über umlaufende beunruhigende Gerüchte. Der württembergische evangelische Landesbischof Theophil Wurm schrieb am 19. Juli 1940 persönlich an Reichsinnenminister Frick, um gegen die „Lebensvernichtung“ zu protestieren. Im August nahm auch die katholische Bischofskonferenz intern Stellung und verlangte ein Ende der Tötungen.

Der mutige Amtsrichter Kreyssig hatte mittlerweile Anzeige wegen Mordes erstattet. Als sich die Nachrichten über die „Euthanasie“-Morde innerhalb der Bevölkerung immer mehr ausbreiteten, Familienangehörige sich Hilfe suchend sogar an die Polizei wandten und schließlich der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen Anfang August 1941 öffentlich gegen die Morde predigte, machte die Regierung

Eine Predigt gegen das Morden

Predigt des Bischofs von Münster Clemens August von Galen vom 3. August 1941:

„Andächtige Christen! In dem am 6. Juli dieses Jahres in allen katholischen Kirchen Deutschlands verlesenen gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 26. Juni 1941 heisst es unter anderem: „Gewiss gibt es nach der katholischen Sittenlehre positive Gebote, die nicht mehr verpflichten, wenn ihre Erfüllung mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Es gibt aber auch heilige Gewissensverpflichtungen, von denen niemand uns befreien kann, die wir erfüllen müssen, koste es, was es wolle, koste es uns selbst das Leben. Nie, unter keinen Umständen darf der Mensch außerhalb des Krieges und der gerechten Notwehr einen Unschuldigen töten.“ Ich hatte schon am 6. Juli Veranlassung, diesen Worten des gemeinsamen Hirtenbriefes folgende Erläuterung hinzuzufügen:

„Seit einigen Monaten hören wir Berichte, dass aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranken auf Anordnung von Berlin Pfleglinge, die schon länger krank sind und vielleicht unheilbar erscheinen, zwangsweise abgeführt werden. Regelmäßig erhalten dann die Angehörigen nach kurzer Zeit die Mitteilung, der Kranke sei verstorben, die Leiche sei verbrannt, die Asche könne abgeliefert werden. Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, dass diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden, dass man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe so genannt lebensunwertes Leben vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert. Eine furchtbare Lehre, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will, die die gewaltsame Tötung der nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranken, Alterschwachen grundsätzlich freigibt.“

Wie ich zuverlässig erfahren habe, werden jetzt auch in den Heil- und Pflegeanstalten der Provinz Westfalen Listen aufgestellt

von solchen Pfleglingen, die als so genannt unproduktive Volksgenossen abtransportiert und in kurzer Zeit ums Leben gebracht werden sollen. Aus der Anstalt Marienthal bei Münster ist im Laufe dieser Woche der erste Transport abgegangen. [...] Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft oder der Polizei ist mir nicht zugegangen. Ich hatte bereits am 26. Juli bei der Provinzialverwaltung der Provinz Westfalen, der die Anstalten unterstehen, der die Kranken zur Pflege und Heilung anvertraut sind, schriftlich ernstestens Einspruch erhoben. Es hat nichts genützt. Der erste Transport der schuldlos zum Tode Verurteilten ist von Marienthal abgegangen. Und aus der Heil- und Pflegeanstalt Warstein sind, wie ich höre, bereits 800 Kranke abtransportiert worden. So müssen wir damit rechnen, dass die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden.

Warum? Nicht, weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben! Nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, so dass diesem nichts anderes übrig blieb, als dass er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegengrat. Das sind Fälle, in denen neben der Tötung des bewaffneten Landesfeindes im gerechten Kriege Gewaltanwendung bis zur Tötung erlaubt und nicht selten geboten ist.

Nein, nicht aus solchen Gründen müssen jene unglücklichen Kranken sterben, sondern darum, weil sie nach dem Urteil irgendeines Amtes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission lebensunwert geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den unproduktiven Volksgenosse n gehören. [...]

Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, dass man den unproduktiven Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozess ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingebüßt haben! Wenn man

die unproduktiven Mitmenschen gewalt-sam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als schwer Kriegs-verletzte, als Krüppel, als Invalide in die Heimat zurückkehren.

Wenn einmal zugegeben wird, dass Menschen das Recht haben, unproduktive Mitmenschen zu töten, und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranke trifft, dann ist grundsätzlich der Mord an allen unproduktiven Menschen, also an den unheilbar Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach und damit unproduktiv werden, freigegeben. [...]

Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volk, wenn das heilige Gottesgebot: Du sollst nicht töten!, das der Herr unter Donner und Blitz auf Sinai verkündet hat, das Gott unser Schöpfer von Anfang an in das Gewissen der Menschen geschrieben hat, nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und ungestraft ausgeübt wird!“

Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Band II, bearb. v. Peter Löffler (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Quellen; Bd 42), 2., erw. Aufl., Schöningh Verlag Paderborn 1996, S. 875ff.



Clemens August Graf von Galen (1878-1946) setzt sich für die Kranken ein.

einen Rückzieher. Auf Weisung Hitlers wurde die „Euthanasie“ an Erwachsenen im Deutschen Reich offiziell gestoppt – und heimlich an Kindern, in den Konzentrationslagern und in den besetzten Gebieten fortgeführt. Etliche „Mordexperten“ aus den Tötungsanstalten wie Christian Wirth, Irmfried Eberl oder Franz Stangl fanden nach wenigen Monaten wieder Anstellung in den Vernichtungslagern im von Deutschland besetzten Polen, wo ihre Kenntnis, Menschen mit Gas zu töten, erneut zum Einsatz kam.

Nach dem Überfall auf Polen töteten SS-Einheiten auch dort kranke und behinderte Menschen, nicht zuletzt, um die Heime, in denen diese Menschen untergebracht waren, als Unterkünfte für sich selbst und für volksdeutsche Siedler zu nutzen. Das SS-Kommando Lange, das sich bei diesen Morden besonders hervortat, entwickelte dazu eine neue Methode: Die Opfer wurden in einen Kastenwagen gepfercht und dort mit CO₂ aus Gasflaschen erstickt. 1941 ließ das Reichssicherheitshauptamt 30 solcher Wagen so umbauen, dass durch einen Schlauch die Motorabgase hineingeleitet werden konnten, sodass die Menschen unter furchtbaren Qualen starben. Diese Gaswagen setzte die SS in der Vernichtungsstätte Kulmhof/Chełmno bei Łódź, im Lager Sajmište bei Belgrad und in Maly Trostenez bei Minsk ein und lieferte sie an die Einsatzgruppen als mobile Tötungsinstrumente.

Deportationen

Im Deutschen Reich wurden die Juden mit dem Kriegsbeginn verschärften Drangsalierungen ausgesetzt. Am 10. September 1939 ordnete Himmler an, dass die jüdischen Gemeinden sich selbst um ihren Schutz vor Bombardierungen zu sorgen und eigene Luftschutzräume zu bauen hätten. Lokale Parteigruppen und kommunale Ämter hatten bereits ihrerseits damit begonnen, Ausgehverbote für Juden zu verhängen oder die Radioapparate zu beschlagnahmen. Zwar verbot die NS-Führung derlei Initiativen von unten, Himmler erließ aber seinerseits ebenfalls am 10. September ein Ausgehverbot für Juden ab 22 Uhr. Wenige Tage später folgte eine Verordnung, die Juden untersagte, ein Radiogerät zu besitzen. Am 23. September sollte die Gestapo „schlagartig“ im ganzen Reich die Radioapparate von Juden einziehen. Lebensmittelkarten für Juden wurden von Januar 1940 an generell mit einem „J“ gekennzeichnet, die Rationen immer weiter eingeschränkt und Zulagen gestrichen.

Konsequent in ihren Bemühungen, die Juden vollständig sozial zu isolieren, machten sich die Nationalsozialisten 1939 daran, auch in Deutschland die jüdische Bevölkerung zu „gettoisieren“. Das hieß, die bestehenden Mietverhältnisse wurden aufgelöst und „Judenhäuser“ eingerichtet, in denen die jüdischen Deutschen von nun an, oftmals auf engstem Raum mit mehreren Familien in einer Wohnung, leben mussten. Darauf hinaus forcierte die NS-Führung Pläne, die noch im Reich lebenden Juden zur Zwangsarbeit heranzuziehen, nachdem schon zuvor arbeitslose Juden arbeitsverpflichtet worden waren. Jetzt wurden Männer und Frauen, die als arbeitsfähig eingestuft wurden – das waren im Sommer 1941 etwa 59 000 Menschen – zur Erntearbeit in der Landwirtschaft, in Industriebetrieben, zum Räumen von Bombardierungsschäden oder Bauen von Straßen und Eisenbahngleisen eingesetzt, oftmals ohne Lohn und Versicherungsschutz. Zudem galt ein Sonder-

arbeitsrecht für Juden, die keine Zulagen oder sonstigen Vergünstigungen, die den nichtjüdischen Arbeitern zustanden, erhalten sollten. Auf die „Wahrung des sozialen Abstandes“ der Volksgenossen zu den jüdischen und polnischen Arbeitern legte das Arbeitsministerium größten Wert.

1940 wurde ein alter antisemitischer Plan zu neuem Leben erweckt: die Deportation der europäischen Juden nach Afrika. Antisemiten wie der deutsche Kulturphilosoph Paul de Lagarde hatten diese Idee seit Ende des 19. Jahrhunderts verbreitet. Auch andere europäische Staaten wie Polen oder Frankreich zogen in den 1930er-Jahren die Deportation ihrer jüdischen Staatsbürger nach Madagaskar ernsthaft in Erwägung. Die polnische Regierung entsandte gar 1937 eine Kommission dorthin, um die Bedingungen für eine Deportation polnischer Juden zu prüfen.

Heydrich ließ im August 1940 drei Exemplare einer vierzehnseitigen Broschüre mit Karte, Lexikon-Auszügen und Organigramm zum „Madagaskar-Projekt“ an das Auswärtige Amt schicken. Detailliert war in diesem RSHA-Plan entwickelt, wie vier Millionen europäische Juden nach Madagaskar deportiert und dort in einem Polizeistaat unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD dahinvegetieren



Sondernummer der antisemitischen Wochenzeitschrift „Der Stürmer“ aus dem Januar 1938. Das antisemitische Hetzblatt des NS-Politikers Julius Streicher erschien erstmals 1923. Obwohl er nie offizielles Parteorgan der NSDAP war, spielte „Der Stürmer“ eine zentrale Rolle in der Propaganda des Nationalsozialismus, nicht zuletzt durch seine öffentliche Verbreitung in den „Stürmerkästen“. Ab 1927 war stets der einprägsame und diffamierende Slogan „Die Juden sind unser Unglück!“ auf der Titelseite angefügt. Dabei handelt es sich um ein Zitat des Historikers Heinrich von Treitschke aus dem Jahr 1879.

sollten. Mit 120 Schiffen – so die Broschüre – könnten täglich etwa 3000 Juden verschifft werden, sodass nach Rechnung des RSHA innerhalb von vier Jahren das „Judenproblem“ gelöst sein sollte. Heydrich selbst sprach im Juni in einem Brief an Reichsaßenminister Joachim von Ribbentrop von einer „territorialen Endlösung“, die jetzt notwendig sei. Auch das Auswärtige Amt arbeitete an einem Madagaskar-Plan.

Faktisch war das Madagaskar-Projekt bereits im Ansatz gescheitert, weil nur dann deutsche Deportationsschiffe auf den Weltmeeren nach Afrika fahren konnten, wenn die Seemacht Großbritannien besiegt war. Trotz seiner mehr als fragwürdigen Umsetzbarkeit wurde der Plan innerhalb der NS-Führung

ernsthaft erwogen. Mitte August, als der Luftkrieg gegen England noch im vollen Gang war, vermerkte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler, dass die Juden „später mal nach Madagaskar verfrachtet“ werden sollten.

Und noch etwas anderes machte der Madagaskar-Plan deutlich. Allen Beteiligten, ob im Reichssicherheitshauptamt oder im Auswärtigen Amt, war klar, dass auf dieser Insel, die nur teilweise landwirtschaftlich zu nutzen war, keinesfalls Millionen Menschen würden überleben können. Der Madagaskar-Plan besaß bereits eine völkermörderische Dimension, auch wenn noch von einer „territorialen Endlösung“ die Rede war.

Überleben in Wien 1941 bis 1943

Lotte Freiberger ist 1923 in Wien geboren. Ihr jüdischer Vater war Großkaufmann in der Garnbranche. Ihre Mutter war geborene Katholikin, aber bei ihrer Heirat zum Judentum konvertiert. Um die Familie zu schützen, trat die Mutter in der NS-Zeit wieder zum katholischen Glauben über.

Der Text wurde im Rahmen eines 1982 begonnenen „Oral-History“-Projektes erhoben.

[...] „Um diese Zeit [1941] verschickten die Nazi junge Mädchen nach Stendal in Norddeutschland zum Spargelstechen. Wir ahnten zu Recht nichts Gutes. Durch einen ‚arischen‘ Geschäftsfreund meines Vaters bekamen wir die Adresse einer Frau Ostermann, die eine Schneiderwerkstatt hatte und jüdische Arbeiterinnen aufnehmen durfte, als Zwangsdiensverpflichtete. Sie war eine sehr brave, anständige Frau. Die Werkstatt war in der Alserstraße. Ich trat am 26. Mai 1941 dort ein und blieb bis Kriegsende. Die Firma lieferte ins ‚Altreich‘, wie man Deutschland damals nannte, das war quasi ein ‚Export‘, und ich war dadurch vor dem Spargelstechen in Stendal geschützt. Ich möchte noch erwähnen, dass keine meiner Freundinnen Stendal überlebte. Ich hörte nie mehr etwas von ihnen. Später hat man erfahren, dass sie nach getaner Arbeit direkt in die Vernichtungslager geschickt wurden.“

Eine ‚arische‘ Firma wie Ostermann durfte jüdische Arbeiterinnen – gegen lächerliche Bezahlung – anstellen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben waren: strengste Isolation von den ‚arischen‘ Mitarbeitern der Werkstatt, extra Klossett, keine Küchenbenutzung. Wir stellten unsere Reindeln [Dosen] aufs Fensterbrett, woanders war kein Platz. Die Arbeiterinnen der ‚arischen‘ Werkstatt spuckten darauf. [...]

Es war bereits die Zeit der Deportationen. Wenn ich in die Werkstatt kam, fehlte täglich die eine oder andere. Sie kamen nie mehr wieder, sie waren deportiert worden. Wir wurden immer weniger, manchmal fehlten gleich vier oder fünf von uns, man wagte sich kaum mehr in die Firma – aus Angst, wer morgen fehlen würde. So passierte es, dass ich eines Tages allein dort war. Alle waren bereits ‚ausgehoben‘ worden, wie man die Abholung durch die SS nannte, und nach Polen deportiert worden. Niemand von den Frauen hat überlebt.

Zu Anfang der Deportationen kam die SS alleine, später mit ‚Aushebern‘, das waren jüdische Männer, die gezwungen wurden – teilweise vielleicht auch freiwillig dabei waren –, diesen Dienst zu machen. Sie waren sehr unangenehm und brutal, aus Selbsterhaltungstrieb, sie dachten damit ihr Leben retten zu können. Dem war aber nicht so. Mit dem letzten Polentransport gingen alle ‚Ausheber‘ mit ihren Familien mit.

Nach der ersten ‚Aushebung‘, bei der meine Tante geholt wurde, kamen sie noch dreimal zu uns, bei Tag und bei Nacht. Immer dieselbe Situation. Nachdem sie unsere Dokumente gesehen hatten, sagten sie zu meinem Vater: ‚Sie können bleiben, die Tochter packt. Wir lassen die Papiere im Lager überprüfen und kommen wieder.‘ Das erste Mal rannte ich zum offenen Fenster, mein Vater zog mich noch an meinen Füßen zurück, der SS-Mann schrie: ‚Soll sie springen!‘ Dann wurde gepackt. Meine Mutter sagte: ‚Du gehst nicht alleine. Entweder wir alle oder keiner.‘ So packten wir drei Koffer, nähten Geld in Mäntel ein und warteten. Nach Stunden kam der SS-Mann mit meinen Papieren und sagte: ‚Sie kann bleiben.‘ Einige Tage später wurde wieder an un-

sere Tür geklopft. Vor der Tür stand ein wütender SS-Mann. Alles wiederholte sich: Packen, Dokumente, Warten – und nach Stunden die Mitteilung, dass ich bleiben kann. Noch ein drittes Mal wiederholte sich diese Szene, da rannte ich zum Gashahn, und wieder drehte mein Vater im letzten Moment ab.

Die Transporte gingen Ende 1942 fast täglich. Es kamen auch die Alten und Kranken aus dem Spital dran, alle, die früher zurückgestellt worden waren. Es passierte mitunter, dass ein Auto nicht vollbesetzt war, da holte man ganz einfach von der Straße Juden, sie trugen ja alle den Stern und waren dadurch als Juden kenntlich. Sie wurden auf die Lastwagen verladen – so, wie sie waren – und direkt zum Bahnhof geführt. Wenn ich also in der Früh in die Arbeit ging, wusste ich nie, ob ich abends wieder nach Hause kam. [...]

Die wenigen jüdischen Jugendlichen, die es in Wien noch gab, trafen sich zum Wochenende am jüdischen Friedhof beim vierten Tor. Dort gab es eine große Fläche ohne Grabsteine, wo Gemüse und Kartoffeln für das jüdische Spital angebaut wurden. Dort spielten wir Ball und andere Spiele und konnten ein wenig die Sorgen vergessen. Leider wurde auch diese Gruppe von Sonntag zu Sonntag immer kleiner, immer wieder fehlte wer, weil er schon am Transport war. [...]

Wien war 1943/44 schon fast judenrein.“ [...]

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Wien 1992, S. 199ff.

Zit. nach Steffens/Lange (s. Lit.), Bd. 2, S. 174ff.

Tatsächlich wurde im Frühjahr 1940 eine andere Gruppe aus Deutschland deportiert: Roma und Sinti. Schon im 19. Jahrhundert waren „Zigeuner“, wie sie abfällig genannt wurden, Opfer polizeilicher Drangsalierung und gesellschaftlicher Vorurteile gewesen. Kommunen hatten ihnen den Aufenthalt verboten, sie waren als Diebe und Spione verdächtigt und vertrieben worden. Das NS-Regime systematisierte die Verfolgung von Roma und Sinti und gründete bei der Kriminalpolizei eine eigene „Reichsstelle für die Bekämpfung des Zigeunerunwesens“. Ebenfalls unterstützte die Kriminalpolizei die sogenannte Rassenhygienische Forschungsstelle unter Dr. Robert Ritter, die in einem groß angelegten Projekt die in Deutschland lebenden „Zigeuner“ rassistisch erfasste. Tausende von Menschen mussten sich vermesse lassen und Auskunft über ihre Familie geben. 1936 begannen die Internierung von Roma und Sinti in eigenen Lagern an den Stadträndern und ihr Einsatz zur Zwangsarbeit.

Ende April 1940 ordnete Himmler die Deportation von insgesamt 2500 „Zigeunern“ aus Norddeutschland und dem Rheinland sowie aus Frankfurt und Stuttgart ins Generalgouvernement an. Im Mai nahm daraufhin die Kriminalpolizei im Reich Hunderte von Roma und Sinti fest, internierte sie in provisorischen Lagern und deportierte sie ins besetzte Polen. Dort mussten sie schwere Zwangsarbeit leisten und waren nur notdürftig untergebracht. Im Verlaufe des Winters 1940/41 wur-



Bundesarchiv, R 165 Bild-244-52

Bewacht von Polizisten warten Frauen, Männer und Kinder in Asperg im Mai 1940 an einer Sammelstelle auf ihren Abtransport; von dort werden die Sinti und Roma nach Polen deportiert.

Verfolgung von Sinti und Roma

Jakob Müller, 1928 geboren, heute in Kaiserslautern.

„Als wir aus Worms abgeholt wurden, wurde uns keine Begründung dafür gegeben. Wir lebten in einem großen Gebiet, wo viele Sinti wohnten. Die haben dann das Areal umstellt und kamen morgens an, in unsere Wohnung in der Kleinen Fischerweide 50, direkt neben der Nibelungenschule. Sie riefen ‚Raus, raus, raus‘, und wir konnten nur das Nötigste mitnehmen. Dann sind wir mit den Lastwagen von Worms direkt nach Frankfurt gekommen. Mein Vater war gar nicht mehr zuhause, er war bei der Deutschen Luftwaffe.“

Der ist dann 1941, aus rassischen Gründen‘ unehrenhaft aus der Armee entlassen worden und kam dann auch ins Frankfurter Lager. Reingekommen in das Lager in der Dieselstraße in Frankfurt sind wir am 10. September 1940 und sind bis zum 13. März 1943, bis wir nach Auschwitz deportiert wurden, dort geblieben. Von da aus sind wir in das Konzentrationslager nach Auschwitz gekommen und danach weiter in verschiedene Lager.

Das Lager in Frankfurt in der Dieselstraße hatte eine Länge von circa 80 Metern und eine Breite von etwa 20 Metern. Wir hatten keine Wohnungen, sondern

mussten in ausrangierten Möbelwagen wohnen. Da waren etwa 25 Möbelwagen drin, und am Anfang so ungefähr 150 bis 180 Personen. Manche Familien, mit acht bis zwölf Personen, mussten auf einem Raum von circa sieben Meter Länge und zwei Meter Breite wohnen. Die mussten also auf circa 14 Quadratmetern hausen, waren auf engstem Raum zusammengepfercht.

Morgens war immer ‚der Appell‘, da sind wir gezählt worden – wir waren ja eingezäunt, vorne dran am Ausgang war eine Wachstube, da war turnusmäßig immer ein Polizist. Insgesamt waren es vier. [...]

Wir durften ein Jahr zur Schule gehen, und zwar in die Riederwaldschule, dann hat sich die Bevölkerung darüber mokiert, zuletzt mussten wir alle ganz hinten in einem Block sitzen. Dann kam der Frankfurter Erlaß, und da durften wir Kinder nicht mehr die Schule besuchen.

Die Familien waren unter sich. Sie konnten kochen und haben sich die Verpflegung selbst gekauft. Die Kinder haben später überhaupt keinen Ausgang gehabt, die Frauen konnten wenigstens morgens einkaufen gehen. Wir konnten das Lager nicht verlassen, wie wir wollten. Nur die arbeitsfähigen Personen, die in der Rüstungsindustrie tätig waren,

sind morgens zur Arbeit gegangen, und abends war wieder Appell.[...]

Das Lager wurde dann im März 1943 zu fünfzig Prozent aufgelöst, die Hälfte von uns kam nach Auschwitz, die andere Hälfte ist im Frankfurter Lager geblieben. [...]

Mein Vater starb 1943 im KZ-Lager von Auschwitz, was man dort so sterben nannte. Von Auschwitz sind wir dann 1944 in ein Lager nach Ravensbrück gekommen. Erst dort haben wir mit den Sterilisationen zu tun bekommen. Wir waren dort mit 191 Männern und 34 Kindern, der jüngste war da fünfeinhalb. Dort wurde dann gesagt, daß, wenn man sich sterilisieren ließe, die Verwandten freikämen. Da mußte man dann Fragebögen ausfüllen, für welchen Angehörigen man das machen ließe, die Mutter, den Bruder oder so. Nur zwei Jungen, darunter ich, wurden nicht sterilisiert. Aber statt der versprochenen Freiheit kamen wir dann ins nächste Lager, nach Oranienburg. Dort wurde dann gesagt: Eure Familienangehörigen kommen frei, wenn ihr Euch zur Waffen-SS meldet. Tatsächlich haben sich etliche gemeldet, aber keiner der Verwandten kam frei.“

Eva von Hase-Mihalik / Doris Kreuzkamp, „Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen“. Zwangslager für Sinti und Roma, während des Nationalsozialismus in Frankfurt am Main, Brandes & Apsel Verlag Frankfurt 1990, S. 23ff.

den die Roma und Sinti weitgehend sich selbst überlassen; viele starben an Kälte, Unterernährung und Krankheiten. Etliche versuchten, sich zurück zu ihren Familien nach Deutschland durchzuschlagen, wenige blieben in Polen zurück, um dort auf irgendeine Weise im Untergrund zu überleben.

Mittlerweile drängten zahlreiche Instanzen des NS-Regimes darauf, sich der Juden zu entledigen. Nachdem Reinhard Heydrich offenkundig seit längerem mit einem Plan zur „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt worden war, dessen Einzelheiten jedoch nicht überliefert sind, erhielt er von Göring am 31. Juli 1941 die Ermächtigung, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.“

Im April 1941 hatte der ehemalige Stellvertreter Heydrichs, Werner Best, der nun als Verwaltungschef der deutschen Besatzung in Paris fungierte, für eine Besprechung mit dem sogenannten Judenkommissar der Vichy-Regierung, Xavier Vallet, die allgemeine Maxime formuliert, dass das deutsche Interesse „in einer progressiven Entlastung aller Länder Europas vom Judentum mit dem Ziel der vollständigen Entjudung Europas“ bestehe, was die Dimension der Planungen innerhalb der SS-Führung markierte. Der „Judenreferent“ in der Deutschen Botschaft in Paris unterbreitete Botschafter Otto Abetz diverse Vorschläge, darunter die Zwangssterilisation sämtlicher französischer Juden, die Abetz bei nächster Gelegenheit mit Ribbentrop und Göring besprechen wollte.

Auch die NSDAP-Gauleiter in Deutschland drängten auf eine rasche Deportation der Juden vor allem aus den Städten, damit die frei werdenden Wohnungen ausgebombten „Volksgenossen“ zur Verfügung gestellt werden könnten. „In der Judenfrage“, so schrieb Goebbels über eine Unterredung mit Hitler am 19. August 1941, „kann ich mich beim Führer vollkommen durchsetzen. Er ist damit einverstanden, daß wir für alle Juden im Reich ein großes sichtbares Judenabzeichen einführen, das von den Juden in der Öffentlichkeit getragen werden muß [...]. Im übrigen sagt der Führer mir zu, die Berliner Juden so schnell wie möglich, sobald sich die erste Transportmöglichkeit bietet, von Berlin in den Osten abzuschieben. Dort werden sie dann unter einem härteren Klima in die Mache genommen.“ Die Behörde von Albert Speer als Generalbauinspektor für Berlin ging zur selben Zeit davon aus, dass demnächst Tausende von Juden bewohnte Wohnungen geräumt würden, um die „Volksgenossen“ mit Wohnungen zu versorgen, und stellte aus seiner Gesamtkartei entsprechende Listen zusammen, die der Berliner Gestapo übergeben wurden.

Im September wurde die Drohung Wirklichkeit: Deutsche Juden mussten von nun an in der Öffentlichkeit einen Stern tragen. Die Polizeiverordnung vom 1. September 1941 legte detailgenau fest: „Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.“



Bundesarchiv, Bild 146-1975-041-07



Laut einer am 19. September 1941 in Kraft getretenen Polizeiverordnung müssen Juden an ihrer Kleidung gut sichtbar einen „Judenstern“ tragen. Eine so gekennzeichnete Jüdin in Berlin Ende September 1941

In den besetzten Gebieten wird gegen die Juden gehetzt. Das Plakat wirbt im September 1941 in Paris für eine antisemitische Propaganda-Ausstellung, für die der „Judenreferent“ der deutschen Botschaft Hilfe aus Berlin angefordert hatte.



Die Karte, die dem zweiten Bericht des Führers der Einsatzgruppe A, Dr. Franz Stahlecker, für die Zeit vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942 beiliegt, zeigt die Zahl der in den jeweiligen Einsatzgebieten verübten Morde.

Victor Klemperer beschreibt die Einführung des „Judensterns“ ...

Victor Klemperer (1881-1960), Romanist, Hochschullehrer, stammte aus einer jüdischen Familie und war 1912 zum Protestantismus übergetreten. Dennoch verfolgten ihn die Nationalsozialisten als „rassischen Juden“. 1935 wurde er als Professor an der Technischen Hochschule Dresden entlassen und konnte nur aufgrund der Ehe mit seiner nicht-jüdischen Frau Eva überleben. Nach 1945 war er wieder als Professor an den Universitäten Halle, Greifswald und Berlin tätig.

Tagebucheintrag am 8. September 1941: „Heute morgen brachte Frau Kreidl (die Witwe) aufgelöst und blaß die Nachricht, im Reichsverordnungsblatt stehe die Einführung der gelben Judenbinde. Das bedeutet für uns Umwälzung und Katastrophe. Eva hofft noch immer, die Maßregel werde gestoppt werden, und so will ich noch nichts weiter darüber schreiben.“

Tagebucheintrag am 15. September: „Die Judenbinde, als Davidsstern wahr geworden, tritt am 19.9. in Kraft. Dazu das Verbot, das Weichbild der Stadt zu verlassen, Frau Kreidl sen. war in Tränen, Frau Voß hatte Herzattacke. Friedheim sagte, dies sei der bisher schlimmste Schlag, schlimmer als die Vermögensabgabe. Ich selber fühle mich zerschlagen, finde keine Fassung. Eva, jetzt gut zu Fuß, will mir alle Besorgungen abnehmen, ich will das Haus nur bei Dunkelheit auf ein paar Minuten verlassen.“

Tagebucheintrag am 19. September: „Heute der Judenstern. Frau Voß hat ihn schon aufgenäht, will den Mantel darüber zurückschlagen. Erlaubt? Ich werfe mir Feigheit vor. Eva hat sich gestern auf Pflasterweg den Fuß übermüdet und soll nun jetzt auf Stadteinkauf und hinterher kochen. Warum? Weil ich mich schäme. Wovor? Ich will von Montag an wieder auf Einkauf. Da wird man schon gehört haben, wie es wirkt.“

Tagebucheintrag am 20. September: „Gestern, als Eva den Judenstern annäh-

te, tobsüchtiger Verzweiflungsanfall bei mir. Auch Evas Nerven zu Ende.“

Victor Klemperer. Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, 2 Bände Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer © Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 1995, Bd. I: 1933-1941, S. 663, 671

... und erlebt die Deportation seiner Bekannten

Tagebucheintrag am 25. Oktober 1941: „Immer wieder erschütternde Nachrichten über Judenverschickungen nach Polen. Sie müssen fast buchstäblich nackt und bloß hinaus. Tausende aus Berlin nach Lodz (Litzmannstadt).“

Tagebucheintrag am 27. Oktober: „Am Sonnabend abend Ida und Paul Kreidl bei uns. Sie haben eine Tochter vel Schwester in Prag, die für Polen registriert ist. Sie waren Sonnabend gefasst als die Tage vorher. Es liegen relativ günstige Nachrichten aus Lodz vor: saubere Baracken, gute Heizung und Verpflegung, anständige Behandlung in den Munitionsfabriken.“

Aus dem Erinnerungsbericht von Chaim Baram

(Heinz Behrendt), geboren 1919, der mit seiner Frau am 14. November 1941 von Berlin nach Minsk deportiert worden war:

„Wir bekamen unsere Behausung zugeteilt. Sieben Leute sind in unserem Zimmer, das eine Bodenfläche von 5 x 5 mtr hat. [...] Die Kälte ist in diesem Winter besonders grausam. Der abends gekochte Tee in einer Kanne ist am Morgen vollkommen zu Eis erstarrt. [...] Im Ghetto gab man uns als Tagesration 200 gr Brot und eine Schöpfkelle, ca. ½ l Wassersuppe. Die sanitären Verhältnisse spotteten aller Beschreibung. Es gab noch keine Latrine. Die erste Arbeit im Berliner Ghetto war daher das Ausgraben von kleinen Gruben. [...] So blieb es nicht aus, dass im Ghetto ungenannte Epidemien ausbrachen. Todesfälle waren jetzt an der Tagesordnung. [...] Im Laufe der kalten Monate konnte man die Toten nicht begraben, die Erde war zu hart gefroren. Unser Schuppen nebenan diente als Sammelstelle für Tote, die aufgeschichtet einer über dem anderen den Raum füllten.“

Ungedruckte Quelle aus dem Archiv von Yad Vashem

Obwohl damit noch nicht ihre Ermordung beschlossen war, so war doch eine entscheidende Grenze überschritten. Denn bislang hatte Hitlers politische Linie gegolten, alle Mittel auf die Erringung des Sieges zu konzentrieren und die „Judenfrage“ nach dem Ende des Krieges gegen die Sowjetunion zu „lösen“. Dass er in diesen Septembertagen die bisherigen Einwände beiseite schob und den Forderungen nach Deportation der deutschen und westeuropäischen Juden in den Osten zustimmte, obwohl der Krieg gegen die Sowjetunion noch nicht gewonnen war, durchbrach die letzte immanente Schranke in der Radikalisierung der Politik. Von diesem Punkt an waren alle Schritte möglich – auch die systematische Vernichtung.

Mord an den polnischen Juden

Seitdem die Juden auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz vom Sommer 1941 an systematisch ermordet wurden, waren auch die polnischen Juden vom Massenmord bedroht. Nachdem sich Generalgouverneur Hans Frank erfolgreich dagegen gesperrt hatte, die Juden aus den besetzten westpolnischen Gebieten in das Generalgouvernement zu deportieren, waren sich die deutschen Besatzungsbehörden unschlüssig, was nun mit den überfüllten Gettos geschehen solle. So waren beispielsweise 140 000 Menschen im Getto Litzmannstadt in Łódź zusammengepfercht. Die Enge, die katastrophale Ernährung und mangelhafte Hygiene ließen Epidemien ausbrechen, die den Deutschen wiederum das Schreckensbild und den Vorwand lieferten, dass die Gettos Seuchenherde seien, die rücksichtslos gesäubert werden müssten. Dass die Täter wie selbstverständlich Mord als „Lösung“ betrachteten und die vorsätzliche Tötung sogar als „human“ gegenüber dem Sterben im Getto, zeigt jenes berüchtigte Telegramm, das der regionale SD-Chef Rolf-Heinz Höppner am 16. Juli 1941 an Eichmann als Zusammenfassung verschiedener Besprechungen zur „Lösung der Judenfrage“ im Warthegau schrieb: Es bestehe im kommenden Winter die Gefahr, „daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist daher ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht

Tagebucheintrag 9. November: „Die Verschickungen nach Polen nehmen ihren Fortgang, überall unter den Juden tiefste Depression. Ich traf am Lehrerseminar in der Teplitzer Straße Neumanns, die sonst tapfer optimistischen Leute waren ganz am Boden, erwogen Selbstmord. Ihnen hatte sich eben die Möglichkeit aufgetan, nach Kuba zu kommen, da trat die absolute Emigrationssperre ein. In Berlin beging der Onkel Frau Neumanns, Achen Finks älterer Bruder, ein tiefer Sechziger, mit seiner Frau Selbstmord, als sie abtransportiert werden sollten. Er möchte lieber tot sein und seine Frau tot wissen, sagte mir Neumann, ehe er sie verlässt beim Aufbau von Minsk‘ sehe. Frau Neumann, in Tränen: „Wir besprachen gerade, wo man sich Veronal beschaffen könnte‘ ... Ich rüttelte an ihnen mit so schönen Worten, daß ich selber davon ganz erbaut war. Fünf Minuten vor zwölf ... unsere besondere Tapferkeit ... Minsk aufzubauen könne nicht un interessant sein, etc.“

Tagebucheintrag 13. Januar: „Paul Kreidl erzählt – Gerücht, aber von verschiedenen Seiten sehr glaubhaft mitgeteilt –, es seien evakuierte Juden bei Riga reihenweis, wie sie den Zug verließen, erschossen worden.“

Tagebucheintrag 20. Januar: „Gestern bis Mitternacht bei Kreidls unten. Eva half Gurte für Paul Kreidl nähen, an denen er seinen Koffer auf dem Rücken schleppt. Dann wurde ein Bettsack gestopft, den man aufgibt (und nicht immer wiedersehen soll). Ihn karrte Paul Kreidl heute auf einem Handwälzchen zum vorgeschriebenen Spediteur.“

Tagebucheintrag 21. Januar: „Vor dem Weggehen des Deportierten versiegelt Gestapo seine ganze Hinterlassenschaft. Alles verfällt. Paul Kreidl brachte mir gestern abend ein Paar Schuhe, die mir genau passen und bei dem furchtbaren Zustand der meinigen höchst willkommen sind. Auch ein bißchen Tabak, den Eva mit Brombeertee mischt und in Zigaretten stopft. Ich bin schon seit vielen Wochen bei purem Brombeertee. – Heute vormittag Art Kondolenzbesuch bei der Mutter.“

[Paul Kreidl verließ Deutschland am 21. Januar 1942 mit dem Transport nach Riga und wurde dort vermutlich gleich am Tag seiner Ankunft erschossen – Anm. d. Red.].

In: Ders., Bd. I, S. 681f, 685, Bd. II: 1942-1945, S. 9, 14



Eva und Viktor Klemperer im Jahr 1940

arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“

Im Oktober 1941 bat Gauleiter Greiser Himmler um die Genehmigung, 100 000 als arbeitsunfähig eingestufte Juden töten zu lassen. Daraufhin wurde im nahegelegenen Kulmhof/Chełmno eine Vernichtungsstätte mit Gaswagen errichtet, in denen ab Anfang Dezember systematisch Menschen ermordet wurden. Unter den ersten Opfern waren Roma, die aus dem österreichischen Burgenland nach Łódź deportiert worden waren. In Kulmhof/Chełmno starben insgesamt mindestens 152 000 Menschen.

Mitte Oktober 1941 hatte Himmler dem SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik, allem Anschein nach den Auftrag erteilt, ein regionales Vernichtungslager in Bełżec für die polnischen Juden im Generalgouvernement zu errichten. Zugleich wurde das T4-Expertenpersonal aus der Mordaktion gegen behinderte und kranke Menschen nach Lublin versetzt, um dort die neuen Vernichtungslager, in denen mit Gas getötet werden sollte, aufzubauen. Im Unterschied zu Kulmhof/Chełmno errichtete man in Bełżec erstmals Gaskammern, an die große Panzermotoren angeschlossen wurden, um die Menschen mit den Abgasen zu töten. Nach diesem Modell entstanden weitere Vernichtungsstätten im Bezirk Lublin: Sobibór und Treblinka.

Die Entscheidung, die deutschen und westeuropäischen Juden in den Osten zu deportieren, warf für die Täter eine

Reihe von Fragen auf, die von den verschiedenen mit der Deportation befassten Instanzen des NS-Regimes gemeinsam abgestimmt werden mussten. Zudem war noch nicht geklärt, ob die – im Warthegau und im Reichskommissariat Ostland bereits gefällten – Entscheidungen, die in den Gettos zusammengeperchten Menschen nach Arbeitsfähigkeit zu selektieren und die angeblich Arbeitsunfähigen mit neuen Tötungsmitteln massenweise und systematisch zu ermorden, von den anderen NS-Institutionen geteilt wurden.

Als dringliches Problem für die NS-Führung erwies sich die Behandlung der deutschen und österreichischen Juden, also der Menschen, die aus dem eigenen Land kamen. Von den etwa 20 000 Juden aus Deutschland, die zwischen dem 15. Oktober und 4. November 1941 nach Łódź deportiert worden waren, starben etliche an Hunger, Krankheiten und Entbehrung, aber noch wurde keiner von ihnen in Kulmhof/Chełmno ermordet. Die 12 000 deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die im November nach Minsk verschleppt worden waren, kamen ins Getto und blieben vorerst am Leben, wohingegen mehr als 6600 weißrussische Juden wenige Tage zuvor erschossen worden waren. Andererseits tötete das SS-Einsatzkommando 3 sämtliche 4934 Juden aus Deutschland und Österreich, die am 25. und 29. November 1941 in Kaunas/Kowno angekommen waren. Gleichfalls ermordeten SS-Einheiten unter dem Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln am 30. November in Riga 1000 Berliner Juden unmittelbar nach ihrer Ankunft.

Wannsee-Konferenz



In der Wannsee-Villa findet am 20. Januar 1942 die sogenannte Wannsee-Konferenz statt. Vertreter von Ministerien und NS-Bürokratie beraten darüber, wie die „Vernichtung der Juden“ koordiniert und organisiert werden soll.

171

- 6 -

Land	Zahl
A. Altreich	151.600
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Niedersachsen - jüdenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	185.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.400
Niederlande	160.000
Norwegen	1.300
 B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Dasezarabisch	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.000
Ungarn	742.800
USSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrussland aus- schl. Bialystok	446.484
 Zusammen:	Über 11.000.000

K210405 372029

Seite 6 aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz, auf der die Zahl der Juden aufgelistet wurde, die innerhalb, aber auch außerhalb des NS-Machtbereichs lebten. Das Protokoll gilt als Schlüsseldokument für die Organisation des Völkermordes. Bis heute wurde nur eins der 30 angefertigten Exemplare aufgefunden. Im Zuge des „Wilhelmstraße-Prozesses“ gegen die Ministerialbeamten wurde es erst 1947 in den Akten des Auswärtigen Amtes entdeckt und hatte dementsprechend nicht im „Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher“ 1946 verwendet werden können.

Am 20. Januar 1942 fand in der einstigen Villa des Industriellen Ernst Marlier, nun Gästehaus des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, jenes Treffen statt, das als Wannsee-Konferenz in die Geschichte eingehen sollte. Neben Reinhard Heydrich, dem Chef der Gestapo Heinrich Müller und Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt nahmen Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart aus dem Reichsinnenministerium, der Leiter der Deutschland-Abteilung im Auswärtigen Amt und Unterstaatssekretär Martin Luther, der Staatssekretär im Justizministerium Dr. Roland Freisler, Erich Neumann, Staatssekretär im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan, und andere hochrangige Vertreter aus dem Staats- und Parteiapparat an dem Treffen teil.

Auf der Wannsee-Konferenz wurde nicht, wie früher angenommen, die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen, sondern vielmehr, wie die nachträgliche Niederschrift es ausdrückte, die „Parallelisierung der Linienführung“ vereinbart,

das heißt, man verständigte sich auf Mord. An die Stelle der Auswanderung sei nunmehr „als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten“. Deren Zahl gab Heydrich, nach den überhöhten statistischen Vorlagen Eichmanns, mit elf Millionen an. Europa sollte „vom Westen nach Osten durchgekämmt“ werden, wobei das Deutsche Reich und das Protektorat Böhmen und Mähren „allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten“ vorweggenommen werden müssten. Über elf Millionen Juden sollten im Zuge der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ getötet werden. Die detaillierte Länderliste führte auch Staaten wie Irland, Portugal, Spanien, England, Schweden, Finnland, die Schweiz und die Türkei auf, die gar nicht unter deutscher Gewalt standen, was zeigt, wie systematisch, umfassend und unerbittlich diese Täter planten.

Ein weiterer, wichtiger Besprechungspunkt war die „Mischlingsfrage“. Die Bestimmungen der Nürnberger Gesetze waren dem Reichssicherheitshauptamt, aber auch der Parteikanzlei und dem Rassepolitischen Amt der NSDAP zu eng gefasst. Sie wollten die „Halbjuden“ den Juden gleichstellen. Für die besetzten Gebiete hatten die Nürnberger Gesetze und deren nachfolgende Durchführungsverordnungen, in denen bürokratisch festgelegt wurde, wer als „Jude“ zu gelten habe, sowieso keine Gültigkeit, aber auch innerhalb des Reichsgebietes wollten die SS und die Polizei Zugriff auf die „Mischlinge“ haben. Das Reichsinnenministerium wie auch Göring lehnten eine Ausweitung der Definition, soweit sie deutsche und österreichische Juden betraf, jedoch ab. Sie fürchteten eine mögliche Unruhe in der Bevölkerung, wenn zum Beispiel Juden, die mit nichtjüdischen Deutschen verheiratet waren, in die Deportationen und Morde einbezogen würden. Die Wannsee-Konferenz sollte hier Klarheit bringen, aber Heydrich konnte sich nicht gegen Stuckart durchsetzen. Die „Mischlingsfrage“ blieb offen.

Dennoch war Heydrich mit dem Ergebnis der Konferenz offensichtlich zufrieden, hatten doch die übrigen Staats- und Parteiinstanzen seine Führung in der „Endlösung der Judenfrage“ anerkannt und den Massenmord als Instrument akzeptiert. Insofern bildet die Wannsee-Konferenz zweifellos einen wichtigen Markstein im Prozess der Radikalisierung der Gewalt (Unter www.ghwk.de/deut/proto.htm ist ein PDF des Gesamtprotokolls eingestellt, zuletzt abgerufen am 30.10.2012).

„Aktion Reinhardt“

Im März 1942 setzten dann die „Räumungen“ der jüdischen Gettos im von Deutschland besetzten Polen ein, zunächst in Lemberg und Lublin, deren jüdische Bewohner in Bełżec ermordet wurden. Anfang Mai 1942 kam Sobibór hinzu und in der zweiten Julihälfte Treblinka, wohin die Menschen des Warschauer Gettos gebracht wurden, um dort sofort in den Gaskammern ermordet zu werden.

Seit dem Frühjahr 1941 hatte der geschäftsführende Ernährungsminister Herbert Backe bei Hitler immer wieder

auf die Lebensmittelkrise im Deutschen Reich aufmerksam gemacht; für den April mussten spürbare Kürzungen der Rationen angeordnet werden, die zu deutlichem Unmut in der Bevölkerung führten – eine gefährliche Situation, in der die NS-Führung stets den Ersten Weltkrieg, in dem die Loyalität der Bevölkerung aufgrund der schlechten Versorgung eingebrochen war, als Warnung vor Augen hatte. Aus dem Generalgouvernement sollten mehr Nahrungsmittel als bisher ins Reich geschafft werden, indem dort die Rationen noch weiter gesenkt würden. Als die deutsche Besatzungsverwaltung einwandte, dass die Rationen für die Polen schon viel zu gering seien, erwiderte Backe, dass es doch im Generalgouvernement noch 3,5 Millionen Juden gebe. Anfang Juli 1942 besprach Backe seine Mordpläne mit Hitler und Göring, zur gleichen Zeit fanden Unterredungen Hitlers mit Himmler statt.

Nach einem Besuch des Vernichtungslagers Auschwitz ordnete Himmler am 19. Juli 1942 an, dass es bis zum Jahresende keine Juden mehr im Generalgouvernement geben

Das Todesurteil für das Warschauer Getto

Marcel Reich-Ranicki erinnert sich:

[...] 1938 war ich aus Berlin nach Polen deportiert worden. Bis 1940 machten die Nationalsozialisten aus einem Warschauer Stadtteil den von ihnen später sogenannten „jüdischen Wohnbezirk“ [...]

Seit dem Frühjahr 1942 hatten sich Vorfälle, Maßnahmen und Gerüchte gehäuft, die von einer geplanten generellen Veränderung der Verhältnisse im Getto zeugten. [...]

Am 22. Juli fuhren vor das Hauptgebäude des „Judenrates“ einige Personenautos vor und zwei Lastwagen mit Soldaten. Das Haus wurde umstellt. Den Personenwagen entstiegen etwa fünfzehn SS-Männer, darunter einige höhere Offiziere. Einige blieben unten, die anderen begaben sich forsch und zügig ins erste Stockwerk zum Amtszimmer des Obmanns, Adam Czerniaków.

[...] Auf der einen Seite des langen, rechteckigen Tisches [im Konferenzzimmer] nahmen acht SS-Offiziere Platz, unter ihnen Höfle*, der den Vorsitz hatte. Auf der anderen saßen die Juden: neben Czerniaków [...] fünf oder sechs Mitglieder des „Judenrates“, ferner der Kommandant des Jüdischen Ordnungsdienstes, der Generalsekretär des „Judenrates“ und ich als Protokollant. [...]

Höfle eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Am heutigen Tag beginnt die Umsiedlung der Juden aus Warschau. Es ist euch ja bekannt, dass es hier zu viel Juden gibt. Euch, den ‚Judenrat‘, beauftrage ich mit dieser Aktion. Wird sie genau durchgeführt, dann werden auch die Geiseln wieder freigelassen, andernfalls werdet ihr alle aufgeknüpft, dort drüber.“ Er zeigte

mit der Hand auf den Kinderspielplatz auf der gegenüberliegenden Seite der Straße. [...]

So schnoddrig und sadistisch Höfle die Sitzung eingeleitet hatte, so sachlich diktierte er einen mitgebrachten Text, betitelt „Eröffnungen und Auflagen für den „Judenrat““. [...] Ich schrieb, dass „alle jüdischen Personen“ die in Warschau wohnten, „gleichgültig welchen Alters und Geschlechts“, nach Osten umgesiedelt würden. Was bedeutete hier das Wort „Umsiedlung“? Was war mit dem Wort „Osten“ gemeint, zu welchem Zweck sollten die Warschauer Juden dorthin gebracht werden? Darüber war in Höfles „Eröffnungen und Auflagen für den „Judenrat““ nichts gesagt. [...]

Höfle diktierte weiter. Jetzt war davon die Rede, dass die „Umsiedler“ fünfzehn Kilogramm als Reisegepäck mitnehmen dürften sowie „sämtliche Wertsachen, Geld, Schmuck, Gold usw.“. Mitnehmen durften oder mitnehmen sollten? – fiel mir ein. Noch am selben Tag, am 22. Juli 1942, sollte der Jüdische Ordnungsdienst, der die Umsiedlungsaktion unter Aufsicht des „Judenrates“ durchführen musste, 6000 Juden zu einem an einer Bahnhlinie gelegenen Platz bringen, dem Umschlagplatz. Von dort fuhren die Züge in Richtung Osten ab. Aber noch wusste niemand, wo hin die Transporte gingen, was den „Umsiedlern“ bevorstand.

Im letzten Abschnitt der „Eröffnungen und Auflagen“ wurde mitgeteilt, was jenen drohte, die etwa versuchen sollten, „die Umsiedlungsmaßnahmen zu umgehen oder zu stören“. Nur eine einzige Strafe gab es, sie wurde am Ende eines jeden Satzes refrainartig wiederholt: „... wird erschossen“.

Wenige Augenblicke später verließen die SS-Führer mit ihren Begleitern das Haus. Kaum waren sie verschwunden, da verwandelte sich die tödliche Stille nahezu blitzartig in Lärm und Tumult: Noch kannten die vielen Angestellten des „Judenrates“ und die zahlreichen wartenden Bittsteller die neuen Anordnungen nicht. Doch schien es, als wüssten oder spürten sie schon, was sich eben ereignet hatte – dass über die größte jüdische Stadt Europas das Urteil gefällt worden war, das Todesurteil.

Ich begab mich schleinigt in mein Büro, denn ein Teil der von Höfle diktierten „Eröffnungen und Auflagen“ sollte innerhalb von wenigen Stunden im ganzen Getto plakatiert werden. Ich musste mich sofort um die polnische Übersetzung kümmern. Langsam diktierte ich den deutschen Text, den meine Mitarbeiterin Gustawa Jarecka sofort polnisch in die Maschine schrieb.

Ihr also, Gustawa Jarecka, diktierte ich am 22. Juli 1942 das Todesurteil, das die SS über die Juden von Warschau gefällt hatte. [...]

Die in den Vormittagsstunden des 22. Juli 1942 begonnene Deportation der Juden aus Warschau nach Treblinka dauerte bis Mitte September. Was die „Umsiedlung“ der Juden genannt wurde, war bloß eine Aussiedlung – die Aussiedlung aus Warschau. Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod.

*SS-Sturmbannführer und Leiter der allgemein „Ausrottungskommando“ genannten Hauptabteilung Reinhard beim SS- und Polizeiführer

Marcel Reich-Ranicki, „Ein Tag in meinem Leben“. Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2012, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Januar 2012, S. 29 und unter www.pbp.de/apuz/141894/ein-tag-in-meinem-leben



ullstein bild - LEONE

Heinrich Himmler (am Tisch re.) Mitte Juli 1942 in Monowitz-Buna, dem Lagerkomplex der I.G. Farben in Auschwitz. Mit dem Ingenieur Max Faust (am Tisch li.) betrachtet er die Baupläne der Industrieanlagen.

dürfe. In nur wenigen Monaten, zwischen Juli und November 1942, fielen so weit über zwei Millionen Menschen dem systematischen Völkermord zum Opfer. Unter der Leitung deutscher Polizei trieben meist einheimische Kräfte die Juden in den Gettos aus ihren Häusern. Kranke und behinderte Menschen wurden gleich an Ort und Stelle erschossen. Die übrigen Opfer mussten sich auf einem zentralen Platz sammeln, auf dem anschließend Selektionen stattfanden und entschieden wurde, wer noch „arbeitsfähig“ sei und deshalb vorerst von der Deportation in den Tod ausgenommen werden sollte. Alle anderen wurden zum Bahnhof gebracht und mit Zügen in die Vernichtungsstätten gebracht. Allein in den drei Lagern der „Aktion Reinhardt“ wurden über 1,4 Millionen Menschen mit Gas ermordet. In Bełżec starben etwa 435 000 Menschen, in Sobibór zwischen 160 000 und 200 000. Im Vernichtungslager Treblinka, in das die Juden aus dem Getto Warschau gebracht wurden, wurden etwa 850 000 Menschen getötet.

Mord in Bełżec

Kurt Gerstein berichtet über den Tötungsprozess:

Kurt Gerstein war ein engagierter Christ, der, um den Verbrechen des NS-Regimes auf die Spur zu kommen, in die SS eintrat und wegen seines Medizinstudiums der Abteilung Hygiene im Sanitätswesen der Waffen-SS zugeordnet wurde. Mehrmals versuchte er, vergeblich, sein Wissen über die Vernichtung der Juden der Vertretung des Vatikans in Deutschland mitzuteilen. Seinen Bericht schrieb er im Mai 1945 in französischer Gefangenschaft und beging kurze Zeit danach im Militärgefängnis in Paris Selbstmord.

„Dicht bei dem kleinen zweigleisigen Bahnhof war eine große Baracke, die so genannte Garderobe, mit einem großen Wertsachenschalter. Dann folgte ein Zimmer mit etwa 100 Stühlen, der Friseurraum. Dann eine kleine Allee im Freien unter Birken, rechts und links von doppeltem Stacheldraht umsäumt, mit Inschriften: Zu den Inhalier- und Baderäumen! – Vor uns eine Art Badehaus mit Geranien, dann ein Treppchen, und dann rechts und links je 3 Räume 5x5 Meter, 1,90 Meter hoch, mit Holztüren wie Garagen. An der Rückwand, in der Dunkelheit nicht recht sichtbar, große hölzerne Rampentüren. Auf dem Dach als sinniger kleiner Scherz‘ der Davidstern!! [...] Nach einigen Minuten kam der erste Zug von Lemberg aus an. 45 Waggons mit 6700 Menschen, von denen 1450 schon tot waren bei ihrer Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauten, entsetzlich bleich und ängst-

lich, Kinder durch, die Augen voll Todesangst, ferner Männer und Frauen. Der Zug fährt ein: 200 Ukrainer reißen die Türen auf und peitschen die Leute mit ihren Lederpeitschen aus den Waggons heraus. Ein großer Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen usw. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden [...]. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scheren-schlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden lässt. „Das ist für irgendwelche Spezialzwecke für die U-Boote bestimmt, für Dichtungen oder dergleichen!“ sagt mir der SS-Unterscharführer, der dort Dienst tut.

Dann setzt sich der Zug in Bewegung. Voran ein bildhübsches junges Mädchen, so gehen sie die Allee entlang, alle nackt, Männer, Frauen, Kinder, ohne Prothesen. Ich selbst stehe mit dem Hauptmann Wirth oben auf der Rampe zwischen den Kammern. Mütter mit ihren Säuglingen an der Brust, sie kommen herauf, zögern, treten ein in die Todeskammern! — An der Ecke steht ein starker SS-Mann, der mit pastoraler Stimme zu den Armen sagt: Es passiert Euch nicht das Geringste! Ihr müsst nur in den Kammern tief Atem holen, das weitert die Lungen, diese Inhalation ist notwendig wegen der Krankheiten und Seuchen. [...] Die Kammern füllen sich. Gut vollpac-ken – so hat es der Hauptmann Wirth befohlen. Die Menschen stehen einander auf den Füßen. 700-800 auf 25 Quadratmetern, in 45 Kubikmetern! Die SS

zwängt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. – Die Türen schließen sich. [...] Aber der Diesel funktioniert nicht! Der Hauptmann Wirth kommt. Man sieht, es ist ihm peinlich, dass das gerade heute passieren muss, wo ich hier bin. Jawohl, ich sehe alles! Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Minuten – der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeßlich. Man hört sie weinen, schluchzen. [...] Der Hauptmann Wirth schlägt mit seiner Reitpeitsche dem Ukrainer, der dem Unterscharführer Heckenholz beim Diesel helfen soll, 12, 13 mal ins Gesicht. Nach 2 Stunden 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen 4 Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! – Von neuem verstreichern 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch das kleine Fensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammer einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten ist alles tot!“

Auszug aus dem Augenzeugenbericht von Kurt Gerstein (1905-1945) über seinen Besuch im Vernichtungslager Bełżec 1942

in: Hans Rothfels, „Augenzeugenberichte zu den Massenvergasungen“, in: Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 177ff.

Auschwitz

Insbesondere Auschwitz steht als Name für das schrecklichste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. 1939 zunächst als Lager für polnische politische Häftlinge eingerichtet, wurde es 1941 für Tausende sowjetische Kriegsgefangene ausgebaut. Morde an Häftlingen hatte es in diesen Jahren stets gegeben, aber in der Planung des neuen Lagers



Bundesarchiv, Bild 183-R69919

Stumme Zeugen der Vernichtung: ein Berg von Brillen in Auschwitz. Mehr als eine Million Menschen werden in diesem Konzentrations- und Vernichtungslager ermordet.

Vernichtung durch Arbeit

Julius Bendorf überlebt Auschwitz-Monowitz:

Julius Bendorf wird am 4. Januar 1915 in Ober-Ramstadt im Odenwald geboren. Bis zu deren Schließung 1938 arbeitet er als Angestellter einer jüdischen Privatbank in Darmstadt. Versuche, mit der Familie in die USA auszuwandern, schlagen fehl. Ab April 1938 wird Julius Bendorf zur Zwangsarbeit herangezogen, zunächst in Darmstadt, dann – gemeinsam mit seinem Bruder Manfred – in Paderborn und Bielefeld. Vor dort werden die beiden Brüder im März 1943 nach Auschwitz deportiert. Julius Bendorf überlebt Lager und Todesmarsch. 1948 wandert er in die USA aus. – Sein Bericht wird 1985 in Ober-Ramstadt aufgezeichnet.

„Wir kamen in Auschwitz mitten in der Nacht an: Scheinwerfer machten die Gegend taghell, dann scharfe Kommandos, Türen auf, aussteigen. Die schrien: sofort raus, sofort raus, raus. Man hat die Koffer gar nicht mehr mitnehmen können. In der Nacht haben die Ärzte schon entschieden, wer in welche Richtung zu gehen hatte. Wir mussten uns alle ausziehen und bekamen so eine Art Häftlingsuniform. Sie haben alte Leute und Kinder aussortiert. Also, wir sind dann herausgestiegen und sofort in Viererreihen losmarschiert und dann an diesen Ärzten vorbei, und die haben dann immer gebrüllt: nach links, nach rechts, nach links, nach rechts. Es war die erste Selektion, und ich stand zusammen mit meinem Bruder Manfred, und die rechte Seite kam nach Monowitz. [...]“

Das Lager Monowitz, das für die IG-Farben Buna erzeugen sollte, bestand noch nicht lange. Die Häftlinge mussten es in Handarbeit aufbauen. [...] Das Lager

diente vorwiegend den Produktionsaufgaben der IG-Farben. Was mich da erwartete, war nun wirklich entsetzlich, etwas ganz anderes, als ich vorher erlebt hatte. Ich sah also z. B. auch Hinrichtungen hier, dem sogenannten Lager IV, in dem weitgehend die IG-Farben für ihre Produktion Menschen durch Arbeit vernichtete.

Der Arbeitstag sah so aus, dass man um 4.00 Uhr morgens geweckt wurde, dann musste man zum Appellplatz gehen. Insassen der einzelnen Wohnblocks wurden abgezählt. Dann kam der Kommandant, und der Stubenälteste meldete, so und so viele Häftlinge angetreten. Das musste übereinstimmen mit der Liste. [...] Dann ging es zur Arbeit mit SS-Begleitung. Wenn die Arbeit so gegen 17.00 oder 18.00 Uhr beendet war, marschierten wir wieder geschlossen herein, mussten dort antreten im Lager, und es wurde wieder gemeldet, wieviele Häftlinge zurückgekommen sind, und dann wurde gezählt und wieder gezählt. Die Toten mussten mitgeschleppt werden; sie wurden dann mitgezählt. Manchmal haben die sich verzählt, und dann musste alles von vorne anfangen. [...]“

Auf die Dauer konnte es in Monowitz nicht gelingen, seine Arbeitskraft zu erhalten, denn man konnte sich der Antreiberei nicht entziehen. Dafür sorgten schon die unmenschlichen Bewacher, die zusätzliche Ängste verursachten durch Bestrafungen oder Drohungen, nach Auschwitz-Birkenau – und das hieß Gaskammer, was jeder wusste – verladen zu werden. Die Bestrafungen, die von uns allen mitangesehen werden mussten, waren Prügel oder Hinrichtungen durch den Strick. [...] An einem einzigen Abend haben sie in Monowitz vier Leute aufgehängt. [...]“

Im Laufe der Zeit erlosch bei sehr vielen Häftlingen der Überlebenswillen, und ich habe gesehen, wie einige Mithäftlinge aus

meiner Bielefelder Zeit an die elektrisch geladenen Zäune sprangen, um ihrem Leben ein Ende zu setzen.

In meinen Unterlagen steht, dass ich im Häftlingskrankenhaus in Monowitz behandelt worden bin, und zwar vom 28. August 1943 bis 20. Oktober 1943. Ich hatte in dieser Zeit eine Reihe von Geschwüren. Meine Behandlung bestand darin, dass auf diese Geschwüre Salz gepackt wurde und ein paar Papierbinden darüber kamen. Um diese Zeit waren für Häftlinge keinerlei Verbandsstoffe mehr zu haben. Hätte ich etwas Ernsteres gehabt, wäre ich also wirklich ins Krankenhaus gekommen, dann wäre das mein Ende gewesen. Ich wäre sofort mit einem Lastwagen ins Todeslager Auschwitz-Birkenau überführt worden und dort vergast worden. Meinem Bruder ist es so ergangen. Manfred hatte eine Verletzung am Bein, und die war nicht richtig behandelt worden. So konnte er seinen Fuß überhaupt nicht mehr belasten. Er konnte also nicht mehr laufen. Sein Schicksal hat sich dann in Auschwitz vollendet, er ist dort vergast worden. Ich habe das, als er abgeholt wurde, nicht sicher gewusst, weil ich immer noch einen Funken Hoffnung hatte, dass er vielleicht zurückkommen würde, um hier weiterarbeiten zu können. Da jeder in Monowitz wusste, was in Auschwitz passiert, gab es nur eine einzige Parole: Gehe nicht ins Krankenlager! Und so haben die Menschen, die erkrankt waren, bis zuletzt versucht, ihre Krankheit zu vertuschen, nur um nicht auf diesen Weg geschickt zu werden. Meine Krankenbehandlung hatte mich nicht arbeitsunfähig gemacht, und so blieb mir dieser Weg erspart. [...]“

Helmut Beier, Ober-Ramstadt und seine Juden. Dokumente und Berichte. Hg. vom Magistrat der Stadt Ober-Ramstadt 1988, S. 255ff.

in Auschwitz-Birkenau ab September 1941 waren auch zwei Krematorien vorgesehen. Erste Morde mit Zyklon B wurden an sowjetischen Kriegsgefangenen im September 1941 verübt. Ab Juli 1942 liefen dann regelmäßig Züge mit deportierten Juden aus ganz Westeuropa ein. An der Rampe in Birkenau selektierten SS-Ärzte die Menschen in „arbeitsfähig“ und „arbeitsunfähig“, wobei die „Arbeitsunfähigen“, in erster Linie alte Menschen und Mütter mit ihren Kindern, in zwei umgebauten Bauernhäusern, deren Räume als Gas-Kammern dienten, sogleich ermordet wurden. Später, im Frühjahr 1943, wurden zwei neue große Krematorien, die jeweils über eigene Gaskammern verfügten, fertiggestellt. Ein drittes Lager, Monowitz, entstand in Auschwitz, als der Chemiekonzern I.G. Farben einen Produktionsstandort für ein neues Werksgelände suchte, das kriegswichtiges synthetisches Gummi herstellen sollte. Zwar wurde in Auschwitz kein einziges Kilogramm synthetischer Kautschuk produziert, aber es wurden Pläne für eine deutsche Musterstadt mit einem gigantischen Zwangsarbeitslager entwickelt. Siedlungsvisionen und Vernichtungspolitik gingen stets Hand in Hand.

Die wohl am wenigsten zutreffende Metapher für die Vernichtungslager ist die der „Todesfabrik“. So industriell das Verfahren des Tötens in den Gaskammern erscheinen mag, so wenig griff hier ein Rädchen ins andere. Weder in Auschwitz noch in Bełżec, Sobibór oder Treblinka funktionierte eine „saubere“, anonyme Vernichtungsmaschinerie; vor und in den Gaskammern spielten sich grauenvolle Szenen ab. Das Ermorden der Menschen, das Lüften der Gaskammern, das Verbrennen der Leichen, das Sortieren der Habseligkeiten dauerte mehrere Stunden. Hunderte von jüdischen Zwangsarbeitern wurden für diese „Arbeit“ eingesetzt. Die Vorstellung einer „Todesfabrik“, des reibungslosen Ineinandergreifens vieler Teile einer großen Maschine, verschleiert das tatsächliche, brutale Geschehen und entlastet die Phantasie, sich das Unvorstellbare vor Augen zu führen. Die Ordnung, die das Bild von der Vernichtungsmaschinerie suggeriert, hat es jedenfalls nie gegeben.



Bundesarchiv, Bild 183-6831-0005
Yad Vashem

Aus allen von den Nationalsozialisten besetzten Ländern Europas und aus dem Deutschen Reich rollen die Züge in die Vernichtungslager.

Holocaust in West- und Südeuropa

Der erste Deportationszug aus Westeuropa verließ am 27. März 1942 mit über tausend jüdischen Menschen das Lager Compiègne bei Paris in Richtung Auschwitz. Die französische Polizei beteiligte sich an der Verhaftung von Juden. In Frankreich hielten sich 1940 etwa 300 000 Juden auf, zu einem großen Teil Menschen aus Deutschland und anderen Ländern Europas, die vor den Nationalsozialisten dorthin geflüchtet waren. Annähernd 75 000 von ihnen wurden deportiert und ermordet. Viele wurden noch ergriffen, als Deutschland im November 1942 nach der Landung der Alliierten in Westafrika auch in die bislang unbesetzte Zone einmarschierte.

In den Niederlanden war es das Lager Westerbork, aus dem die holländischen Juden nach Auschwitz in den Tod deportiert wurden. Von den 140 000 Anfang 1941 in den Niederlanden lebenden Juden traf dieses Schicksal 107 000 Menschen, von denen nicht mehr als 5200 überlebten. Aus Belgien, wo zahlreiche Juden untertauchen konnten, wurden etwa 25 000 Menschen deportiert; in Norwegen gelang es vielen, rechtzeitig ins neutrale Schweden zu flüchten, sodass dort nur ein Bruchteil der jüdischen Gemeinde den Nationalsozialisten in die Hände fiel. Und in Dänemark konnten die Juden auf die Solidarität und den Widerstandswillen ihrer nichtjüdischen Nachbarn bauen, denn kurz vor der geplanten Deportation im Oktober 1943 gelang es den meisten, mit Booten nach Schweden zu entkommen. Nur 500 der knapp 8000 jüdischen Dänen gerieten in deutsche Hände und wurden nach Theresienstadt deportiert, wo der größte Teil von ihnen überlebte.



Die Juden aus den Niederlanden werden über das Lager Westerbork nach Auschwitz deportiert. Das Bild aus dem Jahr 1943 entstammt dem persönlichen Bilderalbum des Lagerkommandanten von Westerbork, Albert Konrad Gemmekker.



ullstein bild

In Sarajewo wirbt ein Plakat für die kroatische Freiwilligen-Legion der SS ausdrücklich mit Gewaltanwendung. Der Vasallenstaat unter Führung der faschistischen Ustascha geht gegen die serbische Minderheit sowie Roma und Juden mit großer Härte vor.

Im besetzten Serbien begegneten die Militärs dem aufflamgenden Partisanenkampf mit dem Befehl, für jeden getöteten Deutschen 100 Juden zu ermorden. Bis zum Jahresende 1941 lebte fast keiner der 6000 jüdischen Männer mehr, die etwa 8500 Frauen und Kinder wurden in das Lager Sajmište in Belgrad verschleppt und dort im Frühjahr 1942 von SS und Polizei in Gaswagen qualvoll umgebracht. Der kroatische Ustascha-Staat, der gleichermaßen mörderisch gegen die serbische Minderheit im Land wie gegen die Roma vorging, raubte die kroatischen Juden gnadenlos aus und tötete sie dann im Lager Jasenovac. War der Süden Kroatiens zunächst noch von italienischen Truppen besetzt, die sich weigerten, Juden an die deutschen Behörden auszuliefern, so fiel auch dieser Schutz weg, als das faschistische Regime Italiens im September 1943 zusammenbrach. Auch die Juden, die dort bislang überlebt hatten, wurden nun von den Deutschen in den Tod deportiert.

Griechenland geriet mit dem Balkanfeldzug im Frühjahr 1941 ebenfalls unter deutsche und italienische Gewalt. Hier agierte die Militärbesatzung mit äußerster Härte gegen Widerstandsbewegungen. Als zum Beispiel in der Region Kalavryta im Dezember 1943 kommunistische Partisanen eine deutsche Kompanie angegriffen und dabei etwa 80 deutsche Soldaten erschossen, befahl der kommandierende Wehrmachtsgeneral, Kalavryta sowie all diejenigen Orte, die angeblich die Partisanen unterstützt hätten, „dem Erdboden gleichzumachen“. Innerhalb weniger Tage wurden 24 Ortschaften und drei Klöster niedergebrannt und deren Bewohner erschossen. Insgesamt wurden während der deutschen Besatzungszeit 180 000 Griechen getötet; von den etwa 71 000 griechischen Juden wurden 55 000, nachdem sie systematisch

ausgeraubt worden waren, nach Auschwitz und Treblinka deportiert, zunächst aus den von Deutschland besetzten Westteilen Griechenlands, später, nach Mussolinis Sturz im September 1943, auch aus den übrigen, vordem italienisch besetzten Landesteilen.

Bulgarien und Rumänien als verbündete Mächte erließen harte antisemitische Gesetze, lieferten aber ihre jüdischen Minderheiten, soweit sie die jeweilige Staatsbürgerschaft besaßen, nicht aus – im Unterschied zur Slowakei, die ihre Juden in die Gewalt der Deutschen übergab. Gegenüber den Juden in den eroberten und besetzten Gebieten dagegen verhielten sich die Rumänen äußerst brutal. Zehntausende wurden aus Czernowitz und der Bukowina nach Transnistrien verschleppt und dort entweder erschossen oder dem Tod durch Hunger, Kälte und Seuchen preisgegeben. Über 211 000 jüdische Menschen fielen der Verfolgung zum Opfer.



Yad Vashem

Bulgarien, ein Verbündeter des NS-Staates, geht im von ihm besetzten Mazedonien gegen die jüdische Bevölkerung vor. Deportation von Juden unter Aufsicht bulgarischer Soldaten 1943



Yad Vashem

Auch in der mit dem Deutschen Reich verbündeten Slowakei werden Juden schikaniert und verfolgt. Slowakisches Militär demütigt einen slowakischen Juden vor dessen Deportation

Von den 3,3 Millionen polnischen Juden wurden mehr als zwei Millionen in den Vernichtungslagern Chełmno, Sobibór, Bełżec, Treblinka, Auschwitz und Majdanek ermordet. Weitere etwa 700 000 Menschen starben in Gettos, Arbeitslagern und durch Erschießungen. Aber in Polen und der Sowjetunion gab es auch Widerstand durch Partisanen, und der jüdische Aufstand im Getto Warschau im Mai 1943 zeigte, obwohl er brutal niedergeschlagen wurde, dass die Macht der Deutschen nicht uneingeschränkt und unverwundbar war.

Im März 1944 marschierte die Wehrmacht in Ungarn ein, weil die NS-Führung zum einen befürchtete, Ungarn könne wegen der militärisch aussichtslosen Lage aus dem Bündnis mit Deutschland ausscheren. Zum anderen war die deutsche Kriegswirtschaft dringend auf die dortigen Rohstoffe, Nahrungsmittel und vor allem Arbeitskräfte angewiesen.

Ein Sonderkommando unter Adolf Eichmann organisierte zusammen mit der ungarischen Polizei die Deportation von über 430 000 ungarischen Juden nach Deutschland, nachdem sie all ihrer Habe beraubt worden waren. Etwa 100 000 wurden zur Sklavenarbeit auf die wichtigsten Rüstungsbetriebe verteilt, während alle anderen in Auschwitz ermordet wurden. Als im Oktober sowjetische Truppen auf Budapest vorrückten, unterstützten die deutschen Besatzer einen Putsch der faschistischen „Pfeilkreuzler“ gegen den ungarischen Diktator Miklós Horthy und trieben mit ihren ungarischen Helfershelfern, da Züge nicht mehr fahren konnten, über 75 000 Menschen auf Todesmärschen zum Arbeitseinsatz in Richtung Deutsches Reich. Von den über 700 000 Juden, die im März 1944 in Groß-Ungarn gelebt hatten, überlebten nur 293 000.



Eine Seite aus dem ersten sogenannten Auschwitz-Album, das 193 Fotos umfasst, die vermutlich im Mai oder Juni 1944 von SS-Männern aufgenommen wurden. Die Bilder zeigen die Abläufe im Inneren des Vernichtungslagers, vor allem die Ankunft und „Selektion“ von ungarischen Juden, und galten bis 2006 als die einzigen Aufnahmen aus

Auschwitz vor der Befreiung am 27. Januar 1945. Die ehemalige Lagerinsassin Lilly Jacob entdeckte das Album in einer verlassenen SS-Kaserne im befreiten Lager Dora-Mittelbau und stellte es 1980 der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zur Verfügung.

Die Fotos zeigen den Selektionsprozess auf der „Rampe“ in Auschwitz-Birkenau,

der unmittelbar nach Ankunft der Deportationszüge beginnt. Die ankommenden Menschen werden auf dem Bahnsteig der Rampe in „arbeitsfähig“ und „arbeitsunfähig“ aufgeteilt. „Arbeitsunfähige“ werden, wie die Menschen oben links im Hintergrund und rechts oben, direkt in die Gaskammern geschickt und ermordet.

Die „Auschwitzlüge“

Das Ausmaß des nationalsozialistischen Völkermords, die Massenerschießungen von Juden zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 und die spätere fabrikmäßige Tötung mit Giftgas haben die Vernichtung der europäischen Juden zu einem einzigartigen Phänomen in der Geschichte Europas gemacht, mit dem es sich nach Kriegsende auseinanderzusetzen galt. Gerichtsprozesse, wissenschaftliche Forschungen und Erinnerungsberichte führten zu immer differenzierteren und umfangreicheren Kenntnissen über den Holocaust bzw. die Shoah. Die Öffnung der Archive in den ehemaligen Ostblockstaaten gab der Forschung neue Impulse und brachte insbesondere auf dem Gebiet der Täterforschung weitere und detailliertere Erkenntnisse über die Vernichtungsmaschinerie.

*Obgleich eine unglaubliche Fülle von wissenschaftlichen Publikationen, autobiografischen Zeugnissen und Zeitungsartikeln zum Thema erschienen ist und es selbst vor bundesdeutschen Gerichten seit einigen Jahren eines Nachweises über die Zahl der jüdischen Opfer – zwischen 5,1 und 6 Millionen – nicht mehr bedarf, funktionieren in Teilen der deutschen Bevölkerung noch immer Verharmlosungs- und Verdrängungsmechanismen, die zugunsten eines Schlussstriches eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ausblenden wollen. Eine Minderheit allerdings gibt sich damit nicht zufrieden, sie verharmlost nicht nur durch Aufrechnung mit anderen Verbrechen, sondern stellt den Genozid an den Juden insgesamt in Frage. In der Öffentlichkeit vertreten wird diese Methode durch ein Netzwerk von Publizisten, die behaupten, die historischen Erkenntnisse über den Holocaust müssten einer grundlegenden Revision („Revisionisten“) unterzogen werden, deren Ergebnis sei, dass der Holocaust nicht stattgefunden habe, sondern von jüdischer Seite als **der Betrug des 20. Jahrhunderts** lanciert worden sei. Dieses Phänomen allerdings beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern es ist längst über seine Grenzen hinaus zu beobachten und insbesondere im internationalen Rechtsextremismus zum einigen ideologischen Faktor geworden. [...]*

Die Holocaust-Leugnung hatte vor allem in den 70er- und 80er-Jahren Konjunktur, blieb jedoch weitgehend auf einen kleineren Kreis von Alt- und

Neonazis beschränkt. [...] Erst der Erfolg des World Wide Web verhalf den Revisionisten zu neuen, bisher unbekannten Möglichkeiten, ungehindert ihre Propaganda international zu verbreiten und mit den technischen Errungenschaften attraktiv insbesondere für junge Leute zu werden.

Die meisten rechtsextremen Internet-Pages beschäftigen sich mit dem Versuch, den Holocaust zu leugnen, Zahlen Spiele zu betreiben, deren Ergebnis entweder ein Bruchteil der tatsächlichen Opferzahl wiedergibt oder durch unterschiedliche Angaben seriöser Institutionen oder abweichender Forschungsresultate den Genozid an den Juden überhaupt bezweifelt, wobei die angebliche Nichtexistenz von Gaskammern eine zentrale Rolle spielt. Die Vorgehensweise entspricht der bekannten Taktik der Holocaust-Leugner, vermeintliche Spezialisten und Pseudowissenschaftler ins Feld zu führen, diese immer wieder wechselweise zu zitieren, sodass sich ein Zirkelschluss ergibt, der angeblich wissenschaftlich fundierte Tatsachen vermitteln soll. Die vordergründig naive Frage, ob es schon Antisemitismus sei, wenn man die Geschichte des Holocaust hinterfragt, will auf Wissenschaftlichkeit abheben. [...]

Die Revisionisten vermitteln den Anschein, wissenschaftlich zu arbeiten, einige unter ihnen bedienen sich des wissenschaftlichen Umfelds, aus dem sie kommen, um auf ihre vermeintliche Seriosität abzuheben. [...] Das Negieren von Quellen und ihre selektive Auswahl als Beleg für eine vorab intendierte These, die Verfälschung von Dokumenten, die Diskreditierung von Zeugenaussagen der Täter (etwa des Kommandanten von Auschwitz Rudolf Höß) wie der Opfer und der wissenschaftlichen Forschung zum Nationalsozialismus, das Stützen auf un seriöse Gutachten, all dies hat mit Wissenschaft nichts gemein, es sind vielmehr Methoden einer politischen Propaganda, der jeglicher Wille einer wissenschaftlichen Erkenntnis fehlt und deren alleiniger Zweck die Verbreitung antisemitischer Stereotypen ist. [...]

Durch bewusste Entstellungen der historischen Tatsachen werden scheinbare Widersprüche in den Forschungen und Darstellungen der seriösen Historiografie produziert. Die Revisionisten bezweifeln: die Zahl der Ermordeten; die Techniken der Ermordung; die Existenz der Gaskammern – ein Thema, das in den letzten Jahren den zentralen Platz im revisionistischen Umfeld einnimmt;

einzelne Dokumente und Abbildungen; die Orte der Vernichtung; den Holocaust überhaupt; die Verantwortung Hitlers (Hitler habe nichts gewusst, es gebe schließlich keinen Befehl).

Der Genozid wird in revisionistischen Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus nicht erwähnt oder nur als eines von vielen Kriegsereignissen eingestuft und gegen die angeblichen „Kriegsverbrechen der Alliierten“ aufgerechnet. [...] Ähnliche Ziele verfolgen die Revisionisten auch mit dem Hinweis auf die „Vertreibungsopfer“. Die Verbrechen an den Juden werden zwar zugegeben, aber als Kriegsfolge eingestuft, als legitime Abwehrmaßnahme gegen die Angriffe des „Internationalen Judentums“, die schließlich Deutschland den Krieg erklärt hätten. Wenn Revisionisten den Judenmord und den Einsatz der Vernichtungsmaschinerie als Fakten anerkennen, dann geben sie zumindest die Zahl der Opfer deutlich geringer an. [...]

Im europäischen Rechtsextremismus nimmt die Holocaust-Leugnung eine zentrale Rolle ein, hier wird unterstellt, der Holocaust habe nie stattgefunden, die „Auschwitzlüge“ werde aber von jüdischer Seite benutzt, um mit Hilfe ihres Opferstatus moralischen Druck vor allem auf europäische Regierungen auszuüben (Restitution, Unterstützung der israelischen Politik), aber auch Einfluss auf die Israelpolitik der USA zu nehmen. Zudem negiert die These von der „Auschwitzlüge“ natürlich auch die Behauptung, die Gründung des Staates Israel sei historisch notwendig gewesen, um den Überlebenden des Holocaust und Juden generell eine sichere Heimstätte zu schaffen. [...]

In Deutschland [...] ist die gewalttätige Umsetzung antisemitischer, verschwörungstheoretischer Indoktrination, also dessen, was rechtsextreme Parteien und Druckerzeugnisse des Spektrums regelmäßig thematisieren, noch immer im Wesentlichen auf die rechtsextreme Szene begrenzt. Angriffe auf Mahnmale und Gedenkstätten sind Versuche, die deutsche Geschichte reinzuwaschen und die Erinnerung an die Vergangenheit auszulöschen. Dies gilt ebenso für die Schändung jüdischer Friedhöfe, Ersatzhandlungen also, die besonders perfide anmuten, weil sie sich gegen die Toten richten, obwohl die Lebenden gemeint sind.

Juliane Wetzel, „Die Auschwitzlüge“, in: Wolfgang Benz / Peter Reiß-Spirek (Hg.), Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus, 2. Aufl., Metropol-Verlag Berlin 2005, S. 27ff.

Michael Wildt

Krieg im eigenen Land

Mit allen Mitteln sucht das NS-Regime die Kriegswirtschaft und den Durchhaltewillen der heimischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Doch bedrückende Nachrichten von den Kriegsfronten, verheerende Luftangriffe auf deutsche Städte und Angst vor den Siegern tun ihre Wirkung – mit mörderischen Folgen für die entreteten Juden, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter.



bpk / Kunstsammlungen SMB

Mit Plakaten wie diesem sucht die Reichspropagandaleitung die Bevölkerung während des Krieges zu disziplinieren. Drakonische Strafen treffen all jene, die sich unbotmäßig oder kritisch verhalten.

Strafverschärfungen

Gleich zu Kriegsbeginn im September 1939 hatte Reinhard Heydrich einen Befehl an die Polizei ausgegeben: „Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt.“ Ähnlich hieß es in einer internen Denkschrift des Reichsjustizministeriums aus dem Januar 1940, Aufgabe der Justiz sei die „Aussonderung heterisch und verbrecherisch eingestellter Elemente, die in kritischer Zeit einen Dolchstoß von hinten gegen die Front versuchen könnten (vgl. die Arbeiter- und Soldatenräte von 1918)“.

Zwischen 1939 und 1941 traten etliche neue Strafbestimmungen in Kraft, mit denen Deutsche, die feindliche Sender

hörten, die sich kritisch über den Krieg äußerten oder Kontakt zu Kriegsgefangenen aufnahmen, verfolgt werden konnten. Mit der Todesstrafe konnten sogar Diebstähle während der Verdunkelungszeiten oder der Bombenangriffe belegt werden, weil, wie es in der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939 hieß, „dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat erfordert“. Auf Initiative von Hitler wurden sechzehnjährige Jugendliche wie erwachsene Straftäter verurteilt. Zwischen 1940 und 1945 verhängten die Strafgerichte, insbesondere die Sondergerichte und der Volksgerichtshof, etwa 15 000 Todesurteile, von denen mehr als drei Viertel vollstreckt wurden. Auch die Zahl der Gefangenen in den Strafanstalten nahm drastisch zu, von 109 685 Ende Juni 1939 auf 196 700 Ende Juni 1944.



Bundesarchiv Bild 183-R58126

Der Bombenkrieg soll nicht nur strategische Ziele treffen, sondern auch die Zivilbevölkerung zerstören. Tagesangriff der US-Luftwaffe auf Bremen im Januar 1944



bpk / Arthur Grimm

Fassungslosigkeit vor brennenden Häusern in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin 1945

Luftkrieg

Auch die „Volksgemeinschaft“ an der „Heimatfront“, die bislang vom Krieg weitgehend verschont geblieben war, wurde nun in Mitleidenschaft gezogen. Die alliierten Luftangriffe nahmen immer verheerendere Ausmaße an. Der Wechsel des Kommandos der britischen Bomberflotte zu Marschall Arthur Harris im Februar 1942 markierte den Beginn eines neuen militärischen Konzepts des Luftkrieges der Alliierten. Ziel war jetzt die Zivilbevölkerung in den Industrieregionen, die mit großen Flotten schwerer Bomber angegriffen wurden. Mit Luftminen und Sprengbomben sollten Kommunikations- und Versorgungsleitungen zerstört und die Häuser in den Wohngebieten aufgebrochen werden, damit die nachfolgenden Brandbomben ihre verheerende Wirkung entfalten konnten. Erste Angriffe trafen Lübeck Ende März und Rostock Ende April 1942, bei denen die Innenstädte fast vollständig in Schutt und Asche gelegt wurden.

In der Nacht zum 31. Mai 1942 starteten mehr als 1000 britische Bomber in Richtung Köln und warfen über 1300 Tonnen Bomben ab, das Dreifache der bis dahin üblichen Menge. Nach dieser Nacht war Köln nicht wiederzuerkennen. Nahezu 500 Tote und mehr als 5000 Verletzte waren zu beklagen, rund 12 800 beschädigte Häuser wurden gezählt, was einem Totalverlust von 13 000 Wohnungen und 30 000 schwer oder leicht beschädigten Wohnungen entsprach. Große Teile des alten Kölns mit seinen historischen Bauten waren zerstört. In der Nacht hätten zahlreiche Kölner, so der Schweizer Konsul in seinem Bericht, „Kopf und Nerven vollständig verloren“, die „sonst als musterhaft bezeichnete deutsche Ordnung und Disziplin“ sei komplett zusammengebrochen. „Gleichgültigkeit, Apathie, vollständige Mutlosigkeit und Verzweiflung“ hätten in den Tagen danach in der Stadt geherrscht.

Die kommunalen Behörden in Köln waren angesichts dieser Katastrophe völlig überfordert, und so übernahm die NSDAP die Initiative. Notverpflegung musste sofort organisiert werden, was mit Hilfe von Feldküchen der Wehrmacht so weit gelang, dass vier Tage nach dem Angriff bereits etwa 35 000 Personen verpflegt werden konnten. Zwei Tage später setzte die Lebensmittelrationierung wieder ein. Darauf hinaus gab es Sonderzuteilungen, beispielsweise für Kleidung und Schuhe, an rund 30 000 besonders bedürftige Personen, die sich buchstäblich nur mit ihren Sachen am Leib hatten retten können. Ebenso mussten Notunterkünfte bereitgestellt bzw. Evakuierungen organisiert werden. Laut offiziellen Angaben gab es nach dem Angriff in Köln etwa 60 000 Obdachlose, realistische Schätzungen gingen von 100 000 Menschen ohne Wohnung aus. Nur etwa 3000 Notquartierplätze standen sofort zur Verfügung; bis zum Jahresende wurden in öffentlichen Gebäuden, zumeist Schulen, rund 29 500 sogenannte Liegestätten zusätzlich geschaffen. An einen raschen Wiederaufbau der zerstörten Häuser war nicht zu denken, sodass etliche Kölner zu Verwandten nach außerhalb zogen oder zusätzlich in bereits belegte Wohnungen in der Stadt einquartiert werden mussten.

Nicht zufällig setzten Mitte Juni 1942 erneute Deportationen Kölner Juden ein, die gleichermaßen unter den Angriffen gelitten hatten, schutzloser sogar noch als ihre nichtjüdischen Nachbarn, da ihnen der Zutritt zu den Luftschutzräumen verwehrt war. Der Grund für die Wiederaufnahme der Deportationen war dem Schweizer Konsul völlig klar: Es gehe darum, schrieb er in seinem Bericht, „weitere freie Wohnungen zu erhalten“. Bis zum Herbst 1942 verließen die Deportationszüge mit Kölner Juden die Stadt in Richtung der Vernichtungslager im Osten.

Und noch auf eine andere Weise wurden Juden für die Schäden und zur Linderung der Not der „Volksgemeinschaft“ aus-

geplündert. Der NSDAP-Gauleiter Josef Grohé äußerte sich in seinem Bericht nach dem Angriff, dass es in Zusammenarbeit mit dem Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich gelungen sei, „große Mengen bezugsscheinfreier Textilman- gelwaren auf den Weg nach Köln zu bringen“, sprich: die geraubte Kleidung deportierter belgischer und französischer Juden in Köln an deutsche „Volksgenossen“ zu verteilen. Schon nach den ersten Deportationen im Herbst 1941 hatte die Kölner Kommunalverwaltung Möbel, Hausrat und Kleidung der jüdischen Opfer beschlagnahmt und in den Messehallen eingelagert. Nach dem „1000-Bomber-Angriff“ griffen die Behörden nicht nur auf diese Bestände zurück, sondern sie schafften im Juli 1942 zusätzlich geraubtes jüdisches Eigentum aus Antwerpen in mehreren hundert Waggonen per Schiff und Bahn nach Köln, um es zu verteilen. Die NSDAP zog dabei bewusst die Verteilung dieser Güter an sich. Insgesamt gelangten rund 1260 Bahnwaggons mit jüdischem Eigentum aus Westeuropa nach Köln, das in öffentlichen, oft täglichen Versteigerungen in den Messehallen oder in Gaststätten von den „Volksgenossinnen und Volksgenossen“ für wenig Geld erworben wurde.

Das katastrophale Jahr 1943 stand der deutschen Zivilbevölkerung noch bevor, zumal nun auch amerikanische Flugzeuge von Großbritannien aus die Bombenangriffe unterstützten. Auch Ziele in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten, vor allem in Frankreich, wurden nun von den westalliierten Bomberverbänden angegriffen. Nachdem Anfang November 1942 britische und amerikanische Truppen in Marokko und Algerien gelandet waren und sich die deutsch-italienische Panzerarmee unter Generalfeldmarschall Erwin Rommel auf dem Rückzug befand, gerieten dann auch Ziele in Italien ins Visier. Amerikanische Flugzeuge bombardierten im Frühjahr 1943 Neapel, Cagliari, Palermo und Catania ebenso wie die französischen Renault-Werke in Billancourt am 4. April, wobei 228 Menschen getötet und 500 verletzt wurden. Noch verheerender war der alliierte Luftangriff auf Industriegebiete in Antwerpen am folgenden Tag, bei dem mehr als 2000 Menschen ums Leben kamen.



Städte in Trümmern: Blick von der Marienkirche auf die Innenstadt von Rostock nach dem alliierten Luftangriff vom 26. April 1942

bpk / Hans Brunswig



Notverpflegung für Betroffene der Bombenangriffe vom 20. Juli 1940 auf den Hamburger Stadtteil Rothenburgsort

bpk / Joseph Schorler



Entschädigung auf Kosten anderer: Das Bild aus dem Stadtarchiv Lörrach zeigt eine öffentliche Versteigerung von Hausrat deportierter Juden in der Stadt.

Stadtarchiv Lörrach, Signatur: Sta.Ö2.437

Anfang März 1943 begann die „*Battle of the Ruhr*“, bei der systematisch die Städte an Rhein und Ruhr zerstört und die dort lebende Bevölkerung getroffen werden sollten, um das schwerindustrielle Zentrum der deutschen Rüstungsproduktion zu vernichten. In der Nacht zum 17. Mai zerstörten britische Bomber die Möhne- und die Edertalsperre, woraufhin die Flutwellen mehrere Ortschaften unter sich begruben und rund 1600 Menschen in den Tod rissen, darunter auch 500 Zwangsarbeiterinnen eines Barackenlagers bei Neheim. Ende März kamen bei einem Flächenangriff auf Wuppertal aufgrund des Feuersturms mehr als 3500 Menschen ums Leben, 80 Prozent der Wohnfläche wurden zerstört; im Juni war Köln erneut Ziel eines schweren Angriffs, bei dem über 4000 Menschen getötet wurden.

Zwischen dem 25. Juli und dem 3. August 1943 flogen britische und amerikanische Bomber unter dem kennzeichnenden Codewort „Unternehmen Gomorrha“ verheerende Angriffe auf Hamburg, bei denen insgesamt mehr als 35 000 Menschen, vor allem durch die entfachten Feuerstürme, ums Leben kamen. „Die Straßen waren mit Hunderten von Leichen bedeckt“, hieß es im amtlichen Bericht des Hamburger Polizeipräidenten. „Mütter mit ihren Kindern, Männer, Greise, verbrannt, verkohlt, unversehrt und bekleidet, nackend und in wächserner Blässe wie Schaufelsterpuppen ...“ Noch sechs solche Angriffe, soll Rüstungsminister Speer danach gesagt haben, und der Krieg sei zu Ende.

Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung gab es anfangs kaum; erst nachdem Ende August 1940 Berlin bombardiert worden war und sich erheblicher Schrecken verbreitet hatte, erließ Hitler ein großes „Führer-Sonderprogramm“ zum Bau von Luftschutzbunkern. Für eine „1. Bauwelle“ waren 61 große Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern ausgewählt worden, die besonders gefährdet waren und wichtige Rüstungsanlagen besaßen. Doch verzögerte sich die erste Bauwelle wie die zweite, die im Sommer 1942 einsetzen sollte, und die dritte im Jahr

1943 kam aufgrund von mangelnden Baumaterialien und Arbeitskräften gar nicht erst in Schwung, obwohl Zehntausende von Zwangsarbeitern für den Bunkerbau eingesetzt wurden. Bis Mai 1943 waren nicht mehr als 1343 Bunker „betonfertig“ gemeldet worden, viel zu wenig, um die Zivilbevölkerung vor den Bombenangriffen zu schützen. Die lauthals verkündete Absicht des Regimes, jedem „Volksgenossen“ einen „bombensicheren“ Schutzplatz zu verschaffen, erwies sich als pure Propaganda.



Bundesarchiv, Bild 183-H46953

Immer wieder zwingt Fliegeralarm zum eiligen Rückzug in Luftschutzräume und Keller – ein Schutz, der Zwangsarbeitern und Juden verwehrt bleibt.



In der Nacht zum 17. Mai 1943 zerstören britische Bomber die Möhnetalsperre. Mehrere Ortschaften und ihre Bewohner werden unter der Flutwelle, die sich über die Möhne bis weit ins Ruhtal ergießt, begraben. Im Innern der Staumauer ist heute ein Nachbau der speziell dafür konstruierten Bombe dargestellt.

Einsatz von KZ-Häftlingen

Die Kommunen waren mit den Aufräumarbeiten gänzlich überfordert und begannen zunächst Kriegsgefangene, ab dem Herbst 1942 zunehmend KZ-Häftlinge für die Bergungs- und Aufräumarbeiten einzusetzen. Himmler selbst besuchte mehrere betroffene Städte wie Köln, Düsseldorf, Münster, Bremen, Hamburg und Lübeck und ordnete anschließend an, dass in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Lublin und Stutthof Fenster- und Türrahmen gefertigt, in Neuengamme verstärkt Dachziegel hergestellt sowie Häftlingskommandos für Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten eingesetzt werden sollten. Düsseldorf, Dortmund und Köln erhielten sogenannte SS-Baubrigaden mit jeweils tausend Häftlingen, ebenso Bremen mit rund 750 und Osnabrück mit 250 Häftlingen, welche die gefährlichsten und abstoßendsten Arbeiten wie das Suchen und Sprengen nicht gezündeter Bomben oder das Bergen der Leichen verrichten mussten. Im Sommer 1943 arbeiteten Sprengkommandos aus KZ-Häftlingen überall im Reichsgebiet, wobei viele von ihnen tödlich verunglückten oder schwere Verletzungen erlitten.

Selbstverständlich gehörten diese Häftlingskommandos zum Stadtbild und wurden von vielen „Volksgenossen“ gesehen und auch misshandelt. Der damals 17-jährige Jan Suznowicz erinnerte sich an die Zwangsarbeit in Köln 1942/43: „Als wir zur Arbeit gingen, ist es passiert, dass die Menschen uns angespuckt haben, und die jungen Leute, Hitlerjugend,

konnten zum Beispiel mit einem Stein nach uns werfen.“ Bei anderen Deutschen regte sich dagegen auch Betroffenheit. „Schon bald nach den ersten Bombardierungen“, schilderte nach dem Krieg der damals 36-jährige Emil Pascha aus Düsseldorf, „sah ich häufig, wenn ich mit der Straßenbahn von der Arbeit nach Hause fuhr, eine Kolonne von etwa 30 bis 40 KZ-Häftlingen auf dem Weg zurück ins Lager. Von der Straßenbahn aus habe ich sie gesehen. [...] Wenn man dann mit der überfüllten Bahn langsam daran vorbeifuhr, sah man zwangsläufig die Gesichter der Elenden, deren Schädel kurzgeschoren, gelblich und bis auf die Knochen abgemagert waren.“ Der damals 13-jährige Egon Bauerett erlebte im Winter 1943/44 in Köln, wie ein SS-Mann einen Häftling, der erschöpft zusammengebrochen war, auf offener Straße mit dem Gewehr erschoss.

KZ-Häftlinge wurden zunehmend in die Rüstungsproduktion eingespannt. Während der Kriegsjahre stieg ihre Zahl sprunghaft von 90 000 Ende 1942 auf 300 000 Ende 1943 und 700 000 Ende 1944. Es waren vor allem Häftlinge aus den besetzten Gebieten, zunächst Polen und Tschechen, dann Russen, die die Konzentrationslager füllten. Bei Kriegsende machte der Anteil der deutschen und österreichischen Häftlinge in den KZ-Lagern kaum noch mehr als fünf bis zehn Prozent aus. Die Nationalitätenstruktur und -hierarchie erhielten für die Überlebensbedingungen in den Lagern eine zunehmend stärkere Bedeutung. Etwa 400 000 KZ-Häftlinge arbeiteten im Sommer 1944 in der Rüstungsindustrie. Zunächst hatte die SS-Führung den Plan, die Produktion in die Konzentrationslager zu holen, aber rasch setzte sich mehr und mehr die Auslagerung von KZ-Häftlingen in die Betriebe durch. Dadurch entstand an zahlreichen Produktionsstandorten überall in Deutschland eine wachsende Zahl von KZ-Außenlagern, die von SS-Kommandos bewacht wurden. Die Häftlinge litten unter extrem schlechten Versorgungsbedingungen, die Sterblichkeitsrate war enorm hoch.



KZ-Häftlinge werden zu Bergungs- und Räumungsarbeiten nach Bombenangriffen gezwungen, hier 1944 in der Contrescarpe, einer Straße in Bremen.



Im „Mittelwerk“, einer Stollenanlage im Harz, müssen Häftlinge aus dem KZ Mittelbau-Dora Halbschalen für V2-Raketen fertigen.

Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen

[...] Als die ersten Konzentrationslager errichtet wurden, spielten sie ökonomisch eine untergeordnete Rolle. Zwar wurden Gefangene zur Erhaltung und zum Betrieb der Lager herangezogen. Die Arbeiten, zu denen die Häftlinge zwangsverpflichtet wurden, dienten jedoch vornehmlich dazu, deren Widerstand zu brechen. [...] Bis Kriegsende blieb der Arbeitseinsatz immer auch ein Mittel, um die Gefangenen zu terrorisieren. Die SS erkannte jedoch frühzeitig, dass KZ-Gefangene auch produktiv eingesetzt werden konnten. [...]

Unter [Oswald] Pohl als Verwaltungschef der SS wurden seit 1938 die wirtschaftlichen Unternehmungen zusammengeführt. [...]

Vor dem Hintergrund des Rüstungsbooms und der daraus resultierenden Arbeitskräfteknappheit musste selbst die SS die Neueinweisungen [von Häftlingen] ökonomisch rechtfertigen. Zu diesem Zweck ging Himmler 1938 eine Kooperation mit Albert Speer ein, der im Namen Hitlers als Generalbauinspektor die Neugestaltung Berlins plante und absehbar mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baustoffen zu kämpfen hatte. Himmler versprach, Ziegel und Natursteine zu liefern, Speer wollte für die Anschubfinanzierung der hierfür zu errichtenden Betriebsstätten sorgen. Beide profitierten: Speer meinte, einen Engpass zu umgehen, Himmler konnte die KZ-Häftlinge für Aufgaben einsetzen, die letztlich von Hitler angeordnet waren.

Das Leben und die Gesundheit der Gefangenen spielten bei der Abmachung keine Rolle. Beim Aufbau und Betrieb der Anlagen, insbesondere in den Steinbrüchen der speziell für diese Arbeiten neu errichteten KZ Flossenbürg in der Oberpfalz sowie Mauthausen nahe Linz, wurden die Häftlinge unter zum Teil mörderischen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. In Oranienburg, in der Nähe von Weimar und in Neuengamme bei Hamburg entstanden drei riesige Ziegelwerke, die jedoch aufgrund der Unfähigkeit der SS-Bauherren zunächst technisch völlig falsch ausgestattet worden waren und komplett umgebaut werden mussten. Auch wenn die Deutsche Erd- und Steinwerke, zu der die KZ-Betriebsstätten gehörten, betriebswirtschaftlich ein Verlustgeschäft blieb und horrende Kredite Speers und der Dresdner Bank verschlang, war das Unternehmen aus Sicht Himmlers und Pohls erfolgreich. Denn die Neueinweisung von KZ-Häftlingen konnte ökonomisch gerechtfertigt und das KZ-System bis August 1939 auf 21 400 Häftlinge ausgedehnt werden.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 wurden zunächst polnische Staatsbürger und dann die Angehörigen anderer erobter Staaten in die Konzentrationslager verschleppt. Um die Gefangenen aufzunehmen, ließ Himmler neue Lager errichten. [...]

In allen Lagern richtete Pohl SS-Betriebe ein, in denen KZ-Insassen zur Arbeit gezwungen wurden. Im März 1942 unterstellte Himmler folgerichtig die Konzentrationslager dem kurz zuvor zum SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) zusammengefassten Behördenkonglomerat Pohls. [...]

Seit 1943 forderten private Wirtschaftsbetriebe immer mehr KZ-Häftlinge an. Zwar wurden sie auch verstärkt in SS-Unternehmen eingesetzt. So arbeiteten 1943 und 1944 allein in den Handwerksbetrieben der Deutsche Ausrüstungswerke GmbH weit über 15 000 Gefangene. Die Mehrzahl der KZ-Zwangsarbeiter stand aber der privaten Industrie zur Verfügung. Die Liste der Unternehmen, die Häftlinge ausbeuteten, liest sich wie ein „Wer ist Wer“ der deutschen Wirtschaft. Krupp, Rheinmetall, Siemens, Bosch, Volkswagen, BMW, Daimler-Benz, Heinkel, Messerschmitt und Dutzende weiterer Firmen gehörten dazu, nicht zuletzt die I.G. Farbenindustrie AG, deren Werk in Monowitz von Häftlingen aus Auschwitz aufgebaut wurde.

Infolge der Forderungen der Rüstungsunternehmen und da die SS weiterhin eine wichtige Rolle in der Kriegswirtschaft spielen wollte, wurden immer mehr Menschen in die Konzentrationslager verschleppt und an Hunderten Betriebsstätten KZ-Außenlager errichtet. Die exorbitante Ausdehnung des KZ-Systems in der zweiten Kriegshälfte lässt sich an der steigenden Zahl der Gefangenen ablesen. Im August 1943 saßen 224 000 Häftlinge in den Lagern ein, ein Jahr später waren es bereits über 524 000, und am 15. Januar 1945 listete eine SS-Aufstellung 714 211 Insassen auf. Dieser Anstieg beruhte im Wesentlichen auf der Ausbeutung der Gefangenen als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie.

Im selben Zeitraum, als die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen langsam erkannt wurde, baute die SS in Auschwitz und Lublin-Majdanek Vernichtungseinrichtungen auf, in denen Menschen systematisch ermordet wurden. In Auschwitz-Birkenau hielt die Lager-SS noch an der Fiktion des Arbeitseinsatzes fest, indem sie oberflächlich nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen unterschied. Doch nur wenige wurden für

Arbeiten ausgewählt. Die meisten der seit 1942 aus rassistischen Gründen nach Auschwitz Verschleppten starben unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Gaskammern. Bis Kriegsende kam über eine Million Menschen im Lagerkomplex von Auschwitz um, die meisten hiervon Juden.

Neben den KZ und außerhalb der Kontrolle des WVHA entstanden 1941/42 weitere Vernichtungslagern der SS. Sie können kaum als Lager bezeichnet werden, da fast alle der ebenfalls überwiegend jüdischen Deportationsopfer sofort nach ihrer Ankunft umgebracht wurden. Zu diesen Orten des Völkermords gehörten Kulmhof (Chełmno) im sogenannten Reichsgau Wartheland und die Mordanlagen der „Aktion Reinhard“ in Belzec, Sobibor und Treblinka, die ebenfalls im besetzten Polen lagen. [...]

Die Vernichtungsaktionen wurden auch dann nicht völlig aufgegeben, als in der letzten Kriegsphase der KZ-Arbeitseinsatz nochmals wichtiger wurde. Es bedeutet auch nicht, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gefangenen verbesserten. Denn als aufgrund der immer schwerer werdenden Luftangriffe auf deutsche Städte und Industrieunternehmen Rüstungsfertigungen unter Tage verlagert wurden, mussten KZ-Kommandos unter häufig mörderischen Bedingungen und ohne ausreichende Werkzeuge die Schachtarbeiten übernehmen. Im Harz wurden seit 1943 in Höhlen und Stollen unter anderem Produktionsstätten für die „Vergeltungswaffe 2“ (V 2) errichtet. Hier leisteten so viele Häftlinge Zwangsarbeit, dass die SS ein neues KZ aufbaute: Mittelbau-Dora. Die Bauarbeiten bei den Untertage-Verlagerungen überwachte der Leiter des SS-Bauwesens im WVHA, der promovierte Ingenieur und SS-Obergruppenführer Hans Kammler. Seine leitenden Mitarbeiter rekrutierte er vornehmlich aus dem Luftwaffen-Bauwesen, dem er selbst angehört hatte. Die rücksichtslose Beschäftigung von KZ-Häftlingen verschaffte Kammler im zusammenbrechenden Reich weitgehenden Einfluss. Zuletzt befahlte er sogar den Abschuss der V-2-Rakete.

Durch den Vormarsch alliierter Truppen wurden seit 1944 auch KZ-Standorte befreit. Vorher hatte die Lager-SS allerdings alle irgendwie marschfähigen Gefangenen evakuiert. [...] Während der „Todesmärche“ starben so noch Hunderttausende KZ-Insassen.

Jan Erik Schulte, „KZ-System als Wirtschaftsfaktor“, in: Damals – Das Magazin für Geschichte, Nr. 2/2012: Die SS. Macht des Schreckens, S. 23ff.

Zwangsarbeit

Zwangsarbeiter in der deutschen Wirtschaft 1941-1944

(in Mio.; jeweils Ende Mai)

Zeitpunkt	Insgesamt	Davon in den Sektoren				
		Landwirtschaft	Industrie	Handwerk	Verkehr	Übrige
1941	3,0	1,5	1,0	0,3	0,1	0,1
1942	4,2	2,0	1,4	0,3	0,2	0,3
1943	6,3	2,3	2,8	0,4	0,3	0,5
1944	7,1	2,6	3,2	0,5	0,4	0,4

Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945*. Duncker & Humblot, Berlin 1963, S. 46

Arbeitskräfte in Deutschland 1939-1944

(Deutsches Reich in den Grenzen von 1937, einschl. Österreich, Sudetenland und Memelgebiet; in Mio.; jeweils Ende Mai)

Zeitpunkt	Zivile deutsche Arbeitskräfte			Ausländer und Kriegsgefangene	Wehrmacht		
	Männer	Frauen	Insgesamt		Insgesamt einberufen	Kumulierte Verluste	Aktivbestand
1939	24,5	14,6	39,1	0,3	1,4	-	1,4
1940	20,4	14,4	34,8	1,2	5,7	0,1	5,6
1941	19,0	14,1	33,1	3,0	7,4	0,2	7,2
1942	16,9	14,4	31,3	4,2	9,4	0,8	8,6
1943	15,5	14,8	30,3	6,3	11,2	1,7	9,5
1944	14,2	14,8	29,0	7,1	12,4	3,3	9,1
1944 (Ende September)	13,5	14,9	28,4	7,5	13,0	3,9	9,1

Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945*. Duncker & Humblot, Berlin 1963, S. 139

Ohne den Einsatz von Millionen Zwangsarbeitern wäre die deutsche Rüstungswirtschaft nicht in der Lage gewesen, den Krieg bis 1945 fortzusetzen. Die Wehrmacht war gezwungen, die männlichen Jahrgänge stark zu mustern, um Soldaten zu gewinnen, und konnte nur einer Minderheit erlauben, als Industriearbeiter in kriegswichtigen Betrieben für den Wehrdienst unabkömmlich zu sein. Wer Soldat wurde, fehlte in der Wirtschaft, deren Produktionskapazität wiederum entscheidend zum Krieg beitrug. Zur vollen Mobilisierung von Frauen für die Produktion mochte sich die NS-Führung aus ideologischen Gründen nicht entschließen. Daher versuchte das Regime mit aller Kraft, aus den besetzten Gebie-

ten Arbeitskräfte zu bekommen – aus freien Stücken oder mit Gewalt.

Aus Polen wurden gleich 1939 Arbeitskräfte geworben, die zunächst noch freiwillig nach Deutschland kamen, ganz in der Tradition der Saisonarbeit. Als aber bekannt wurde, welchen Verhältnissen die polnischen Arbeiter im Reich ausgesetzt waren, versiegte der freiwillige Zustrom rasch, und die deutschen Behörden setzten allein auf Zwang und Gewalt. Im April 1940 ordnete die Besatzungsverwaltung des Generalgouvernements die Arbeitspflicht in Deutschland für alle Jahrgänge zwischen 1915 und 1925 an. Rund 700 000 Polen arbeiteten im Frühjahr 1940 in Deutschland, vornehmlich auf

dem Land. Zu dieser Zeit kamen britische und vor allem französische Kriegsgefangene hinzu: Ende des Jahres arbeiteten rund 1,2 Millionen Kriegsgefangene ebenfalls überwiegend in der Landwirtschaft, aber auch im Baugewerbe. Damit waren zu diesem Zeitpunkt bereits zehn Prozent aller im Reich beschäftigten Arbeitskräfte Ausländer. Zusätzlich bemühten sich die deutschen Arbeitsämter, im westeuropäischen Aus-

land, in Holland, Belgien, Frankreich und Italien, Arbeiter anzuwerben. Formal waren diese Zivilarbeiter den Deutschen gleichgestellt, in der Praxis sah dies jedoch anders aus. Die deutschen Versprechungen erwiesen sich als falsch, und die hohen Erwartungen, mit denen diese ausländischen Arbeiter ins Reich kamen, wurden vielfach enttäuscht.

Das Arbeitskräfteproblem verschärfte sich immens, als Ende 1941 deutlich wurde, dass der „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion gescheitert war und man sich auf einen langen Krieg würde einrichten müssen. Damit zerstob die Illusion, die deutschen Soldaten rasch wieder in die Produktion zurückbringen zu können. Stattdessen wurden dringend große Mengen von Arbeitern gebraucht, und die NS-Führung sah sich genötigt, eine Kehrtwendung zu vollziehen. Nachdem sie zuvor bewusst den Tod von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener geplant und herbeigeführt hatte, galt es nunmehr, wie es in einer Weisung des OKW vom 31. Oktober 1941 hieß, „die Arbeitskraft der russischen Kriegsgefangenen durch ihren Großeinsatz für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft weitgehend auszunutzen“. Im März 1942 ernannte Hitler den thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitsmarkt. Für die meisten der sowjetischen Kriegsgefangenen kam die Umorientierung der NS-Führung jedoch zu spät.

Von nun an versuchten die deutschen Behörden in den sowjetischen Gebieten, Polizei und Wehrmacht, mit Versprechungen, administrativem Druck und nicht zuletzt durch gewaltsame Zwangsausbürgungen, die sich zu regelrechten Menschenjagden entwickeln konnten, Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft zu rekrutieren. Ende 1942 arbeiteten etwa 4,6 Millionen Ausländer im Deutschen Reich, im September 1944 waren es 5,9 Millionen, darunter knapp zwei Millionen Frauen. Russen stellten mit über 2,1 Millionen den größten Anteil dar. Damit war etwa jeder zweite Beschäftigte in der Landwirtschaft ein Ausländer, darunter vor allem Polen, aber auch Russen und Franzosen. Im Bergbau sowie im Metall- und Baubereich stellten die ausländischen Arbeiter ein Drittel; insgesamt betrug ihr Anteil mehr als 26 Prozent.

Als 16-jähriger wurde Stanislaw Masny verhaftet und zur Zwangsarbeit deportiert. Er schrieb im Jahr 2005 seine Erinnerungen an das Jahr 1944 nieder.

„Das Pech wollte es, dass ich an dem für mich tragischen Freitag, dem 19. Mai 1944, [...] in den Paderewski-Park fuhr, um mich ein bisschen vom alltäglichen Tumult zu erholen. Ich setzte mich gemütlich auf eine hinter Büschen versteckte Bank [...]. Nach knapp zwanzig Minuten hörte ich Schüsse und Gebrüll in deutscher Sprache. Schnell wurde mein verborgener Platz in den Büschen entdeckt, und mit Tritten und Schlägen mit dem Gewehrkolben trieb man mich zum Tor auf der Seite des Rondo Waszyngtona. Dort teilten die Gendarmen die Leute ein. Unter den Zusammengetriebenen sah ich einen Kameraden aus der Berufsschule. Wir hatten die gleichen Dokumente: Kennkarten, Schulbescheinigungen und Bescheinigungen, dass wir ein Berufspraktikum in der deutschen Fabrik 'Brunnwerke' absolvieren. Wir machten aus, dass, falls einer von uns freigelassen wird, er die Eltern des anderen informiert. Und so kam es. Ihn schickten sie zu der Gruppe, die freigelassen wurde, und mich luden sie zusammen mit den anderen Festgehaltenen auf Lastwagen und brachten uns in die Skaryszewska-Straße. [...] Die Skaryszewska-Straße war allen Warschauern bekannt, weil die Deutschen in einem Gebäude, das vor dem Krieg eine Schule gewesen war, einen Sammelpunkt organisierten. Hier wurde die Abfahrt der Transporte zur Zwangsarbeit nach Deutschland organisiert. [...] Am Dienstag, dem 23. Mai, lud man uns auf Autos und brachte uns zum Ostbahnhof.“

Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, Warschau



Mit allen Mitteln will das NS-Regime Arbeitskräfte für die heimische Wirtschaft gewinnen. Bei französischen Fremdarbeitern versucht man es 1942 mit Erpressung: „Ihr habt die Schlüssel zu den Lagern. Französische Arbeiter – Ihr befreit die Gefangenen, indem Ihr in Deutschland arbeitet.“



In der Ukraine werden zur Zwangsarbeit vorgesehene Frauen vor dem Weitertransport nach Deutschland erkennungsdienstlich erfasst.



Stadtarchiv Eisenach, Bestand 41:3 | 553:01

Unter teils katastrophalen Lebensbedingungen, Willkür und harten Strafen leisten die Zwangsarbeiter Schwerstarbeit. Kontakte zur einheimischen Bevölkerung werden bei Entdeckung beiden Seiten zum Verhängnis. Am 15. November 1940 werden auf dem Marktplatz von Eisenach eine deutsche Frau und ein polnischer Fremdarbeiter an einen Schandpfahl gefesselt. Der Frau wurden die Haare geschoren, und sie muss ein Schild mit der Aufschrift: „Ich habe mich mit einem Polen eingelassen“ halten. Auf dem Schild des Mannes, der ins KZ Buchenwald kommt, steht: „Ich bin ein Rasseschänder.“

Im Reich unterstanden diese Arbeiter einem drakonischen Zwangsregiment, und das Reichssicherheitshauptamt war sehr bestrebt, von der Justiz die Strafgewalt über die ausländischen Arbeiter zu erhalten. Im September 1942 traf Himmler mit dem neu ernannten Justizminister Otto Georg Thierack zusammen, um das Verhältnis zwischen SS und Justiz neu zu bestimmen. Beide kamen rasch überein, dass „nicht genügende Justizurteile durch polizeiliche Sonderbehandlung [...] korrigiert“ werden sollten. Außerdem sollten sämtliche „asozialen Elemente“ – wörtlich wurden genannt: „Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahren Strafe, Tschechen oder Deutsche über 8 Jahren Strafe“ – an die SS zwecks „Vernichtung durch Arbeit“ übergeben werden. Am 5. November 1942 teilte das RSHA in einem Runderlass mit, dass „die Justiz auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren gegen Polen und Angehörige der Ostvölker verzichtet“ habe und diese „fremdvölkischen Personen“ ebenso wie „Juden und Zigeuner“ zukünftig an die Polizei abgeben würden – eine Vereinbarung, die von Hitler selbst gebilligt worden sei. Mit der Begründung, diese ausländischen Arbeiter seien „fremdvölkische und rassistisch minderwertige Menschen“, von denen „für die deutsche Volksordnung erhebliche Gefahrenmomente“ ausgingen und deren Taten „nicht unter dem Gesichtswinkel der justizmäßigen Sühne, sondern unter dem Gesichtswinkel der polizeilichen Gefahrenabwehr“ zu betrachten seien, wurden Millionen von Menschen der Möglichkeit beraubt, sich vor einem Gericht gegen Beschuldigungen zu wehren, und sie waren wehrlos der Willkür der Polizei ausgeliefert.

„Arbeitsbummelei“ – so nannten die deutschen Behörden mangelnde Arbeitsleistung von Ausländern – stellte das weit-aus am meisten verbreitete Delikt dar und wurde mit einer ganzen Bandbreite von Strafen, von der Rationskürzung über Arrest, Prügel bis zur Einweisung in ein „Arbeitserziehungs-“ oder gar Konzentrationslager, geahndet. In den späteren Kriegsjahren hatte die Gestapo überwiegend mit der Verfolgung und Bestrafung von ausländischen Arbeitern zu tun.

Die Lebensbedingungen waren vor allem für die „Ostarbeiter“ katastrophal. Sie wurden wie Arbeitssklaven gehalten, zu Anfang in stacheldrahtumzäunten Lagern, die oftmals nicht mehr als notdürftige Hütten oder gar Erdlöcher darstellten. Zwar wurden Stacheldraht und Bewachung 1942 wieder abgeschafft, weil die Betriebe und die Behörden damit überfordert waren, eine reale Fluchtchance besaßen die Zwangsarbeiter aber ohnehin nicht. Zu essen gab es dünne Suppen, sogenanntes Russenbrot aus Roggenschrot, Zuckerrübenschnecken, Zellmehl und Laub, Kartoffeln und Kohlrüben. Die Kleidung war zerschlissen und im Winter viel zu dünn; von einer ärztlichen Versorgung konnte nicht die Rede sein – und das alles bei vielen Stunden schwerer Arbeit am Tag. Erst als auch die NS-Führung an dem logischen Zusammenhang von ausreichender Ernährung und Arbeitsleistung nicht mehr vorbeikam, wurden ab Mitte 1944 die Rationen erhöht.

Tauschgeschäfte und Schwarzhandel waren für die Zwangsarbeiter überlebenswichtig, und es gab trotz zahlreicher Erlasse zum „verbetenen Umgang“ eine Vielzahl von Kontakten mit deutschen Arbeitern im Betrieb, um Lebensmittel, Kleidungsstücke oder sonstige Dinge zu erlangen. Wie verbreitet diese Alltagsbeziehungen waren, zeigt die Tatsache, dass nahezu drei Viertel aller politischen Urteile in den Jahren 1940/41 den „verbetenen Umgang mit Ausländern und Kriegsgefangenen“ betrafen. Oftmals verhängten die Gerichte hohe Strafen für Bagatellvorfälle. Im Frühjahr 1942 wurde zum Beispiel ein Arbeiter bei Krupp von einem Kollegen denunziert: Er habe einem französischen Kriegsgefangenen zweimal seine Tabaksdose gereicht, damit der sich eine Zigarette drehen könne. Dafür wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Besonders hart wurden sexuelle Beziehungen geahndet. Die ausländischen Arbeiter wurden in der Regel mit dem Tod bestraft und zur Abschreckung vor den Augen der übrigen Arbeiter in den Lagern gehängt; die Frauen wurden unter dem Vorwurf, die „deutsche Ehre besudelt“ zu haben, beschimpft und misshandelt, öffentlich gedemütigt und in ein Konzentrationslager gebracht.



bpk

Die Niederlage der 6. Armee im Kessel von Stalingrad im Januar 1943 bildete eine tiefe Zäsur im Bewusstsein der Deutschen und nahm dem NS-Regime den Nimbus der Unbesiegbarkeit. Die Reste der geschlagenen Armee ziehen in die sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Kriegsende

Der Krieg war durch den japanischen Angriff auf die amerikanische Marinebasis Pearl Harbor auf Hawaii am 7. Dezember 1941, dem vier Tage später die Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die USA folgten, zum Weltkrieg geworden. Der Rüstungsproduktion Deutschlands und der mit ihm verbündeten Mächte stand zu diesem Zeitpunkt auf Seiten der Alliierten bereits die doppelte kriegswirtschaftliche Kapazität gegenüber. Und das ökonomische Potenzial der USA war damit noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Die deutsche Führung versuchte intensiv, durch Mobilisierung aller Kräfte, den Abstand zu verringern. Als am 8. Februar 1942 der bisherige Minister für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt, bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam, ernannte Hitler Albert Speer zu dessen Nachfolger. Speer führte die von Todt begonnene Rationalisierung der Rüstungsproduktion weiter, setzte eine „Zentrale Planung“ ein, die Rohstoffe und Transportkapazitäten verteilte, überwand die verschiedenen rivalisierenden Instanzen und erzielte noch einmal beachtliche Produktionszahlen, die dennoch nie an die amerikanischen heranreichen konnten. Die Kehrseite des Erfolgs bestand in der rücksichtslosen, mörderischen Ausbeutung von KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte.

Der Versuch, 1942 im Osten wieder die militärische Initiative zu ergreifen und die südrussischen Ölfelder zu erobern, endete mit der Einkesselung der 6. Armee in Stalingrad. Deren Kapitulation im Januar 1943 bedeutete nicht die militärische Wende des Krieges – schon nach dem Scheitern des „Blitzkrieges“ vor Moskau im Dezember 1941 war ein Sieg nicht mehr zu erringen gewesen –, aber die dramatischen Umstände dieser Niederlage hinterließen in Deutschland den tiefen Eindruck, dass der Krieg nun unwiederbringlich verloren sei.

„Stalingrad“ bildete die deutliche Zäsur im Bewusstsein der Deutschen; von nun an ging es nicht mehr dem Sieg als vielmehr dem Ende entgegen. Es war kennzeichnend, dass von Hitler nach der Niederlage kein einziges öffentliches Wort zu hören war und Göring sich durch eine fade Durchhalte-Rede öffentlich eher blamierte. Goebbels musste alle seine Künste aufbringen, um mit seiner Rede im Berliner Sportpalast am 18. Februar noch einmal die Emotionen im Land aufzuputschen. Letztere verglühten aber, wie die SD-Berichte meldeten, rasch wieder. Der Höhepunkt der Loyalität war überschritten, die Niederlage vor Stalingrad, vor allem aber die Bombardierungen der Städte hatten die Verwundbarkeit des NS-Regimes gezeigt, dessen Nimbus des ewigen Erfolgs nun zerbrach.

Tagebuchauszug der Journalistin Ursula von Kardorff vom 25. Januar 1943:

„Groteskes Leben: Abgründe der Trauer, und dann wieder stundenweise so, als gäbe es ein friedliches Dasein, in dem unsere Bequemlichkeit wichtig ist. Zugleich vollzieht sich in Stalingrad etwas Unbeschreibliches. Radio und Zeitung tun das Ihre mit einem Trommelfeuer der Stalingrader Leiden. Eine Tragödie, die bereits wieder als Propaganda frisiert wird. Schließung aller Bars und Luxusläden, dazu Frauendienstverpflichtung als Gesetz. Sie sollen genauso eingezogen werden wie die Männer. Das wird die Stalingrader Strategie auch nicht wieder gutmachen. Es ist grotesk. In der Redaktion allgemeine Hysterie, weil dauernd andere Befehle aus dem Promi [Propagandaministerium] kommen. Alle blaß, nervös, mager und verzweifelt.“

Walter Kempowski, *Das Echolot. Ein kollektives Tagebuch. Januar und Februar 1943, Band II*. Albrecht Knaus Verlag in der Verlagsgruppe Random House GmbH München 1993

Rede von Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943

[...] „Das im Nationalsozialismus erzogene, geschulte und disziplinierte deutsche Volk kann die volle Wahrheit vertragen.

[..] Das große Heldenopfer, das unsere Soldaten in Stalingrad brachten, ist für die ganze Ostfront von einer ausschlaggebenden geschichtlichen Bedeutung gewesen.

[..] Hier ist eine Bedrohung des Reiches und des europäischen Kontinents gegeben, die alle bisherigen Gefahren des Abendlandes weit in den Schatten stellt. Würden wir in diesem Kampf versagen, so verspielten wir damit überhaupt unsere geschichtliche Mission. Alles, was wir bisher aufgebaut und geleistet haben, verblaßt angesichts der gigantischen Aufgabe, die hier der deutschen Wehrmacht unmittelbar und dem deutschen Volke mittelbar gestellt ist.

Ich wende mich in meinen Ausführungen zuerst an die Weltöffentlichkeit und proklamiere ihr gegenüber drei Thesen unseres Kampfes gegen die bolschewistische Gefahr im Osten. Die erste dieser Thesen lautet: Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus verfallen.

Die zweite dieser Thesen lautet: Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen.

Die dritte dieser Thesen lautet: Gefahr ist im Verzuge. Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät. [...]

Ich habe heute zu dieser Versammlung nun einen Ausschnitt des deutschen Volkes im besten Sinne des Wortes eingeladen. Vor mir sitzen reihenweise deutsche Verwundete von der Ostfront, Bein- und Armamputierte, mit zerschossenen Gliedern, Kriegsblinde, die mit ihren Rote-Kreuz-Schwestern gekommen sind, Männer in der Blüte ihrer Jahre, die vor sich ihre Krücken stehen haben. Dazwischen zähle ich an die fünfzig Träger des Eichenlaubes und des Ritterkreuzes, eine glänzende Abordnung unserer kämpfenden Front. Hinter ihnen erhebt sich ein Block von Rüstungsarbeitern und -arbeiterinnen aus den Berliner Panzerwerken. Wieder hinter ihnen sitzen Männer aus der Parteiorganisation, Soldaten aus der kämpfenden Wehrmacht, Ärzte, Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure und

Architekten, Lehrer, Beamte und Angestellte aus den Ämtern und Büros, eine stolze Vertreterschaft unseres geistigen Lebens in all seinen Schichtungen, dem das Reich gerade jetzt im Kriege Wunder der Erfindung und des menschlichen Genies verdankt. Über das ganze Rund des Sportpalastes verteilt sehe ich Tausende von deutschen Frauen. Die Jugend ist hier vertreten und das Greisenalter. Kein Stand, kein Beruf und kein Lebensjahr blieb bei der Einladung unberücksichtigt. Ich kann also mit Fug und Recht sagen: Was hier vor mir sitzt, ist ein Ausschnitt aus dem ganzen deutschen Volk an der Front und in der Heimat. Stimmt das? Ja oder nein!

Ihr also, meine Zuhörer, repräsentiert in diesem Augenblick die Nation. Und an euch möchte ich zehn Fragen richten, die ihr mir mit dem deutschen Volke vor der ganzen Welt, insbesondere aber vor unseren Feinden, die uns auch an ihrem Rundfunk zuhören, beantworten sollt:

[..] Ich frage euch: Glaubt ihr mit dem Führer und mit uns an den endgültigen Sieg des deutschen Volkes? Ich frage euch: Seid ihr entschlossen, mit dem Führer in der Erkämpfung des Sieges durch dick und dünn und unter Aufnahme auch schwerster persönlicher Belastungen zu folgen?

Zweitens: [...] Ich frage euch: Seid ihr bereit, mit dem Führer als Phalanx der Heimat hinter der kämpfenden Wehrmacht stehend, diesen Kampf mit wilder Entschlossenheit und unbeirrt durch alle Schicksalsfügungen fortzusetzen, bis der Sieg in unseren Händen ist?

Drittens: [...] Ich frage euch: Seid ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zehn, zwölf und – wenn nötig – vierzehn und sechzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Letzte herzugeben für den Sieg?

Viertens: [...] Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?

Fünftens: [...] Ich frage euch: Ist euer Vertrauen zum Führer heute größer, gläubiger und unerschütterlicher denn je? Ist eure Bereitschaft, ihm auf allen seinen Wegen zu folgen und alles zu tun, was nötig ist, um den Krieg zum siegreichen Ende zu führen, eine absolute und uneingeschränkte?

Ich frage euch als sechstens: Seid ihr bereit, von nun ab eure ganze Kraft ein-

zusetzen und der Ostfront die Menschen und Waffen zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, um dem Bolschewismus den tödlichen Schlag zu versetzen?

Ich frage euch siebtens: Gelobt ihr mit heiligem Eid der Front, daß die Heimat mit starker Moral hinter ihr steht und ihr alles geben wird, was sie nötig hat, um den Sieg zu erkämpfen?

Ich frage euch achtens: Wollt ihr, insbesondere ihr Frauen selbst, daß die Regierung dafür sorgt, daß auch die deutsche Frau ihre ganze Kraft der Kriegsführung zur Verfügung stellt, und überall da, wo es nur möglich ist, einspringt, um Männer für die Front frei zu machen und damit ihren Männern an der Front zu helfen?

Ich frage euch neuntens: Billigt ihr, wenn nötig, die radikalsten Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von Drückbergern und Schiebern, die mitten im Kriege Frieden spielen und die Not des Volkes zu eigensüchtigen Zwecken ausnutzen wollen? Seid ihr damit einverstanden, daß, wer sich am Krieg vergeht, den Kopf verliert?

Ich frage euch zehntens und zuletzt: Wollt ihr, daß, wie das nationalsozialistische Programm es gebietet, gerade im Krieg gleiche Rechte und gleiche Pflichten vorherrschen, daß die Heimat die schwersten Belastungen des Krieges solidarisch auf ihre Schultern nimmt und daß sie für hoch und niedrig und arm und reich in gleicher Weise verteilt werden?

Ich habe euch gefragt; ihr habt mir eure Antworten gegeben. Ihr seid ein Stück Volk, durch euren Mund hat sich damit die Stellungnahme des deutschen Volkes manifestiert. Ihr habt unseren Feinden das zugerufen, was sie wissen müssen, damit sie sich keinen Illusionen und falschen Vorstellungen hingeben. [...]

Der Führer hat befohlen, wir werden ihm folgen. Wenn wir je treu und unverbrüchlich an den Sieg geglaubt haben, dann in dieser Stunde der nationalen Besinnung und der inneren Aufrichtung. Wir sehen ihn greifbar nahe vor uns liegen; wir müssen nur zufassen. Wir müssen nur die Entschlußkraft aufbringen, alles andere seinem Dienst unterzuordnen. Das ist das Gebot der Stunde. Und darum lautet die Parole: Nun, Volk, steh auf, und Sturm brich los!“

Im November 1942 waren amerikanische und britische Truppen in Nordafrika gelandet, im Mai 1943 musste die Heeresgruppe Afrika nach schweren Niederlagen kapitulieren, am 10. Juli landeten amerikanische und britische Truppen auf Sizilien, was zum Sturz des „Duce“ Benito Mussolini wenige Tage später führte. König Viktor Emanuel ließ ihn am 25. Juli verhaften und ernannte Marschall Pietro Badoglio zum Ministerpräsidenten. Am 8. September 1943 vereinbarte Italien mit den Westalliierten einen Waffenstillstand. Die deutsche Seite reagierte mit der Besetzung Mittel- und Oberitaliens einschließlich Roms. Nach der spektakulären Befreiung Mussolinis durch ein deutsches Kommandounternehmen wurde im Norden Italiens eine faschistische Marionettenregierung, die *Repubblica Sociale Italiana* (R.S.I.), gegründet. Unter tatkräftiger Mithilfe der R.S.I.-Milizen wurden, in Rom unter den Augen des Vatikans, die bisher verschont gebliebenen italienischen Juden nach Auschwitz deportiert. Die italienische Armee wurde entwaffnet, über 600 000 italienische Soldaten nach Deutschland als Zwangsarbeiter verschleppt.

Gegen die erstarkende Partisanenbewegung in Italien ging die deutsche Besatzungsmacht mit großer Brutalität vor. Als „Vergeltung“ für Angriffe auf deutsche Soldaten verübten Wehrmachtseinheiten wie SS- bzw. SD-Kommandos Massaker unter italienischen Zivilisten. Doch auch der Terror gegen die Zivilbevölkerung konnte den Sieg der Alliierten nicht aufhalten. Im Laufe des Jahres 1944 wurden Rom und Florenz befreit, Ende April 1945 kapitulierten die in Ita-

lien stationierten deutschen Wehrmachtsverbände vor den Alliierten.

Im Westen veränderte die Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 die militärische Lage entscheidend. Der Vormarsch der überlegenen amerikanischen und britischen Truppen war nicht zu stoppen. Der Versuch einer Offiziersgruppe um Claus Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944, mit einem Attentat auf Hitler den Krieg zu beenden, scheiterte. Die ausgeklügelte „Operation Walküre“, die versuchte, einen Notfallplan, demzufolge die Wehrmacht nach einem Anschlag auf die Führung des Landes die Macht übernehmen sollte, in einen Staatsstreich umzukehren, wäre womöglich geglückt, wenn das Attentat erfolgreich gewesen und Hitler umgekommen wäre. In Paris setzten Wehrmachtseinheiten die dortige SS-Führung für mehrere Stunden fest. Während Stauffenberg aus Ostpreußen nach Berlin flog, um die Kommandogewalt dort zu übernehmen, verloren die Verschwörer in der Zentrale im Reichskriegsministerium viel Zeit. NS-loyale Militäreinheiten übernahmen im Laufe des Abends wieder die Gewalt in der Reichshauptstadt; die Offiziere um Stauffenberg wurden noch in der Nacht im Hof des Bendler-Blocks erschossen. In der nachfolgenden Verhaftungs- und Verfolgungswelle ging die NS-Führung mit aller Rachsucht gegen die Verschwörer und deren Familien vor. Wäre das Attentat geglückt, hätten durch eine Kapitulation Deutschlands zu diesem Zeitpunkt Millionen von Menschenleben gerettet werden können. Auf deutscher Seite starben in den folgenden



Durchhalteparolen an der Heimatfront: Frauen sollen die Arbeit ihrer Männer übernehmen, um ihnen so „den Rücken zu stärken“, ...



... oder durch Schreckensbilder von der Roten Armee, die seit Sommer 1944 offensiv vorrückt, in Angst um ihre Familien versetzt werden.

Befehlsverweigerung in Italien

[...] Bis Sommer 1943 waren Adolf Hitler und Italiens Diktator Benito Mussolini Verbündete.

[...] Nachdem im Juli die Alliierten auf Sizilien gelandet waren und langsam den Norden vorrückten, bildete die Wehrmacht mit vier Armeekorps eine neue Front quer durch Süditalien. Jedem Korps wurde eine Pionierkompanie zugeteilt. [Martin] Graßnick wurde zum Chef der neuen „Pionierkompanie z.B. V. 4“ auf der Adriaseite ernannt und nach Pescara beordert, wo zwei weitere Züge seine Kompanie vervollständigten.

Gegen die deutsche Besatzung bildete sich eine immer stärker werdende Widerstandsbewegung. Die Deutschen antworteten mit Strafaktionen gegen die Bevölkerung. Während der zwanzig-monatigen Besatzungszeit starben rund 10 000 Männer, Frauen, Kinder. Ganze Ortschaften wurden abgebrannt und zerstört. An die 600 000 entwaffnete Soldaten und Männer im arbeitsfähigen Alter verschleppte man zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Viele kamen dabei in konzentrationslagerähnlichen Lagern ums Leben. [...]

Der Kompaniechef richtete sein Hauptquartier in einem leerstehenden, heruntergekommenen Adelspalast in San Filomena bei Pescara ein. Italien galt nun als besetztes Feindesland, nachdem die aus Rom geflohene Badoglio-Regierung Deutschland den Krieg erklärt hatte. Bei ersten Kämpfen, als die Engländer in Termoli landen, musste die Kompanie Graßnick starke Verluste hinnehmen. Hilfskräfte wurden gebraucht. Pescara und die Orte an der Küste waren wegen der Kämpfe an der Gustav-Linie, einem quer über die Halbinsel führenden Sperrriegel der Wehrmacht, von den meisten Einwohnern verlassen worden. Es kamen jedoch Flüchtlinge aus südlich gelegenen Gebieten, wo in den Wochen zuvor der Krieg getobt hatte.

Leutnant Graßnick half diesen völlig mittellosen und verzweifelten Leuten und den wenigen zurückgebliebenen Einwohnern der Stadt, so gut er konnte. Er suchte vor allem Handwerker, Schlosser, Schuster und Küchenpersonal. Dann siedelte er sie mit ihren Familien in verlassenen Häusern rund um den Palazzo von San Filomena an, verpflegte sie und setzte die Männer zur Arbeit ein.

Oft ging es nur um kleine Dinge, die aber wichtig waren. Als die nahe Eisenbahnstrecke nach Chieti demontiert werden sollte, verhandelte er mit dem

Bürgermeister des Ortes. Wenn der die Arbeitskräfte stellen würde, könnten die Männer als Lohn die Holzschwellen behalten, Oberleitungen und Schienen müssten die Pioniere verladen und ans Korps abgeben. Es klappte, die Männer kamen in Scharen, fehlte ihnen und ihren Familien doch dringend Brennmaterial für ihre Öfen.

Wie aus heiterem Himmel, im Frühjahr 1944, tauchten Leute der Organisation Todt auf, zuständig für den Bau von Rüstungsstätten und militärischen Anlagen. Leutnant Graßnick sollte einen Trupp männlicher Arbeitskräfte unter „seinen“ Italienern zusammenstellen und der Organisation zum Einsatz in Deutschland übergeben. Der Kompaniechef weigerte sich mit dem Hinweis auf die „kriegsnötige Bedeutung“ seiner Hilfskräfte, ohne die er seine Soldaten angeblich nicht an der Front einsetzen könnte. Die Todt-Leute zogen sich erst einmal zurück. Es kann als sicher gelten, dass der Deutsche auf diese Weise vielen Italienern das Leben gerettet hat – angesichts der Zehntausenden Todesopfer unter den nach Deutschland verschleppten Arbeitskräften. Seine Weigerung blieb ohne Folgen.

Denn kurz darauf erhielt er per Funk-spruch einen Marschbefehl Richtung Mittelitalien nach Perugia. Die Pionierzüge sollten zu ihren Stammeinheiten nach Russland zurückkehren. [...]

Doch was würde aus den italienischen Familien werden, die er um sein Hauptquartier angesiedelt hatte? Um ihnen zu helfen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig abzusetzen, spielte er erst einmal auf Zeit. „Ich sprach mit ihnen und ließ sie auf unseren Lastwagen mit all ihrem Hausrat dorthin bringen, wohin sie wollten. Meist in die Berge oder zu Verwandten.“

Dann kam ein zweiter, mahnender Funkspruch. Auch den unterschlug er. „Wir waren fast abmarschbereit, hatten die Italiener – ein wenig unter Tränen – nach Wunsch versorgt, als ein Gendarmeriefeldwebel auf seinem Motorrad erschien.“ Der polterte los, wieso die Kompanie noch nicht verladen habe? „Uns dummstellend beteuerte ich, keinen Funkspruch erhalten zu haben. Doch am nächsten Tag, so versicherte ich dem Feldwebel, könnten wir verladen.“

[...] [Im Oktober 1984] wurde Prof. Dr. Ing. Martin Graßnick im Auftrag von Staatspräsident Sandro Pertini [...] mit

dem Grad eines Cavaliere Ufficiale des Verdienstordens der Republik Italien ausgezeichnet. [...]

Er ist der einzige deutsche Soldat der Wehrmacht, der vom demokratischen Nachkriegsitalien geehrt wurde – unter einem Staatspräsidenten, der zur Zeit der deutschen Besatzung ein führender Kopf der Widerstandsbewegung war. [...] Die Zivilcourage und der Anstand eines einzelnen Leutnants können nicht die Schuld vergessen machen, die sich Teile der Wehrmacht und der Waffen-SS bei Übergriffen gegenüber der italienischen Zivilbevölkerung aufgeladen haben.

Ortsnamen wie Boves, Marzabotto oder Sant’Anna di Stazzema stehen symbolisch für die Blutspur, die Deutsche in Italien hinterlassen haben. Aber die Geschichte von Martin Graßnick ist eine jener kleinen Geschichten, die zeigen, dass man sich anders verhalten konnte – und vielleicht gibt es viele Unbekannte, die das getan haben.

Henning Kluever, „Der gute Feind“, in: Süddeutsche Zeitung vom 19./20. Mai 2012



picture-alliance / Paul Mayall

Die andere Realität des Krieges: Die Gedenktafel auf dem Friedhof von Monte Sole erinnert an Opfer des Massakers von Marzabotto, das deutsche SS-Truppen 1944 verübt.



ullstein bild

Ohne Skrupel mobilisiert das Regime die letzten Reserven: Jugendliche, wie die HJ-Mitglieder, die Hitler noch im März 1945 im Garten der Reichskanzlei mit dem Eisernen Kreuz auszeichneten, ...



ullstein bild - Heinrich Hoffmann

... und alte Männer, die hier 1944 in Ostpreußen, zur Verteidigung der Heimat in Volkssturmbataillonen zusammengefasst werden.

Kriegsmonaten noch einmal etwa 2,4 Millionen Soldaten, nahezu die Hälfte aller im ganzen Krieg Gefallenen.

An der Ostfront ging die sowjetische Armee im Sommer 1944 zur Offensive über, die zum Zusammenbruch der gesamten Heeresgruppe Mitte führte. Allein in den Monaten Juni bis August 1944 fielen in den Rückzugskämpfen im Westen wie im Osten über 746 000 deutsche Soldaten. Im Herbst rechtfertigte Himmler, der nach dem Juli-Attentat 1944 zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt worden war, die Einberufung des Jahrgangs 1928, das heißt von Sechzehnjährigen, mit den Worten: „Es ist besser, es stirbt ein junger Jahrgang, und das Volk wird gerettet, als dass ich den jungen Jahrgang schone und ein ganzes 80-90 Millionenvolk stirbt aus.“

Im Januar 1945 überschritt die Rote Armee die deutsche Reichsgrenze und setzte mit sechs Millionen Soldaten zum Angriff an, dem die deutsche Wehrmacht mit zwei Millionen Soldaten mit ungenügender Ausbildung, unzureichender Ausrüstung und keinerlei Reserven kaum etwas entgegenzusetzen hatte. Am 31. Januar erreichten die Verbände unter Marschall Georgi Konstantinowitsch Schukow Küstrin an der Oder, während zum gleichen Zeitpunkt sowjetische Truppen Oberschlesien besetzten. Wenige Tage zuvor, am 27. Januar, waren die überlebenden Häftlinge in Auschwitz von der Roten Armee befreit worden.

Millionen von Menschen flüchteten vor den herannahenden sowjetischen Truppen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Nicht bloß die nationalsozialistische Propaganda, die ein Schreckensszenario von den Grausamkeiten des bolschewistischen Feindes gezeichnet hat, war Auslöser für den heillosen Schrecken unter der Zivilbevölkerung. Auch die entfesselte Soldateska selbst, die Erschießungen, Massenvergewaltigungen, Plünderungen und Deportationen zur Zwangsarbeit lösten panikartige Fluchten aus. Die Brutalität des Vernichtungskrieges, den die Deutschen geführt hatten, schlug jetzt auf Deutschland zurück.

Die Flüchtenden waren weitgehend auf sich allein gestellt, weil die nationalsozialistischen Funktionäre im Osten Deutschlands zwar bis zum Schluss Durchhalteparolen ausgaben, aber keinerlei Evakuierungsmaßnahmen vorbereiteten und, als die Rote Armee herannahte, die ihnen anvertraute Zivilbevölkerung im Stich ließen. Zudem hatte das Militär Vorrang. „Die Trecks müssen von den Straßen herunter“, hieß es in den Wehrmachtsbefehlen, und noch Ende Januar hatten Hitler und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Karl Dönitz vereinbart, dass Flüchtlingstransporte über die Ostsee nur durchzuführen seien, wenn das Heranbringen von deutschen Truppen dadurch nicht behindert werde. Dass dennoch etwa 900 000 Flüchtlinge und 350 000 verwundete deutsche Soldaten im Frühjahr 1945 mit Schiffen in Sicherheit gebracht werden konnten, ist vor allem den Marineoffizieren vor Ort zu verdanken.

Das Vorrücken der Roten Armee bewirkte auch, dass die SS die Konzentrationslager im Osten auflöste und die Gefangenen in entsetzlichen Fußmärschen in die westlicher gelegenen Lager brachte. Hunderttausende waren unterwegs durch das vom Krieg gezeichnete Deutschland; allein aus dem KZ Auschwitz wurden Mitte Januar etwa 67 000 Menschen in Marsch gesetzt. Diese „Todesmärsche“ erfolgten bei Eis und Schnee, ohne ausreichende Verpflegung, oftmals ohne Pause und führten in aller Öffentlichkeit durch die Ortschaften.

Zehntausende, die nicht mithalten konnten, wurden von den SS-Wachmannschaften erschossen oder starben

Von Siegesgewissheit zu Ernüchterung – aus deutschen Soldatenbriefen

Auszüge aus Feldpostbriefen deutscher Soldaten 1941 bis 1943

„Wir kennen nur noch den Angriff“, Leutnant P.G., 23. Juni 1941:

[...] „Ich sage voraus, daß in vier bis fünf Wochen die Hakenkreuzfahne auf dem Kreml in Moskau wehen wird, daß wir noch in diesem Jahr im Anschluss an Russland uns den Tommy vorknöpfen werden. Es ist ja schließlich kein Geheimnis, wie, ob, und daß man in vier Wochen mit unserer unschlagbaren Wehrmacht nach Moskau kommt. Luftlinie sind es doch von Suwalki nur 1000 Kilometer. Wir lassen uns nur noch auf Blitzkriege ein und kennen nur noch den Angriff. Ran, ran und nochmals ran unter Mitarbeit der schweren Waffen. Feuer, Pulver, Eisen, Bomben und Granaten, das alles dem Russen an den Kopf, das genügt, um ihn den ‚schnellsten‘ Soldaten der Welt zu nennen [...]“

Ortwin Buchbender / Reinhold Sterz (Hg.), *Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945*, Br. 99. 2. Aufl. C.H. Beck Verlag, München 1983, S. 72

„Bald ist der Krieg schon zu Ende“, Unteroffizier H.B., 14. Oktober 1941:

[...] „Wir liegen in Ruhe, und vom bösen Feind ist nicht mehr viel zu sehen und zu hören. Bald ist es uns so, als ob der Krieg schon zu Ende sei. Ich nehme ja an, daß, wenn dieser Brief in Deinen Händen ist, die Glocken im ganzen deutschen Lande den Sieg über den mächtigsten Feind der Zivilisation verkündet haben. Denn lange kann es nicht mehr dauern, und für uns sind die Führerworte ein Evangelium. Wir sind nun am Raten, was man jetzt mit uns hier vor hat. Kommen wir nach Deutschland, oder bleiben wir hier als Besatzung? [...]“

Dies., Br. 134, S. 84

„Es kann noch schlimmer kommen“ Soldat K.P., Stalingrad 14. Dezember 1942:

[...] „Die ganze Zeit haben wir nicht schreiben können. Seit dem 22. November sind wir eingekesselt. Die schlimmste Lage ist jetzt vorbei. Wir hoffen alle, daß wir bis Weihnachten aus dem Kessel heraus sind. Wir sind noch z.Zt. eingekesselt, aber der Russe ist schon wieder eingekesselt von deutschen Truppen. General von Manstein ist noch

30 km von uns entfernt. Wir haben schon schwere Stunden mitmachen müssen, das könnt Ihr mir schon glauben. Ich habe das Lachen verlernt. Mein Wagen hat vor acht Tagen einen Bombenvolltreffer erhalten. Ich selber war Gott sei Dank zehn Meter davon entfernt. Wo man hinfährt, bekommt man Artilleriefeuer. Ihr könnt mir schon glauben, ich habe mir eingebildet, es ist nicht so schlimm, aber es kann noch schlimmer kommen.

Ihr müsst schon entschuldigen, wenn ich so schlecht schreibe und ohne Zusammenhang. Wenn Ihr sehen würdet, wo ich schreibe, dann könnet Ihr es verstehen. Ich sitze hier in einem Erdbunker, links und rechts Einschläge, hinten und vorne. Ich muss schnell schreiben, ich weiß nicht, wann ich hier wieder flüchten muss. An dem Brief schreibe ich schon das vierte Mal. Jetzt muss ich aufhören, es ist Essenempfang.

Liebe Eltern, der Krieg wird jetzt auch bald ein Ende nehmen. Wenn die Einkreisungsschlacht vorbei ist, wird der Krieg in Russland fertig sein. [...]

Dies., Br. 168, S. 99

„Rußland ist unser Schicksal“

Obergefreiter F.B., 24. Januar 1943:

[...] „Wir Soldaten dürfen über militärische Dinge nichts schreiben. Wir sehen nur unseren kleinen Frontabschnitt und kennen die Absichten nicht, die im großen vorbereitet werden. Über eines sind wir uns aber allesamt klar: Hier geht es um Leben oder Sterben. Rußland ist unser Schicksal – so oder so! Der Kampf hat eine Härte und Unerbittlichkeit erreicht, daß alle Worte schweigen müssen. Keiner von euch hat das Recht, lebend nach Hause zu kommen!“

Dieser Spruch wird uns Soldaten oft wiederholt, und wir wissen, daß er ernstgemeint ist. Wir sind auf alles vorbereitet, für meinen Fall möchte ich heute auch einige private Dinge regeln. [...]

Dies., Br. 304, S. 151

„Ich kann nicht verstehen, daß das Volk so schreien kann“

Gefreiter H.W., 27. Februar 1943:

[...] Was bei Euch zuhaus los ist, kann ich mir gut vorstellen. Daß das ganze weibliche Personal des Großdeutschen Reiches in Unruhe ist, ist verständlich nach

der Rede von Goebbels. Ich habe sie gehört und kann nicht verstehen, daß das Volk bei so einer Gelegenheit noch so schreien kann. So z.B. ,Wollt ihr, daß der totale Krieg mit aller Schärfe weitergeführt wird?‘ Alles ruft ‚Ja, ja, ja‘. Oh, ich habe bloß gedacht, Ihr solltet mal so einen Rückmarsch sehen, wie er heuer der Fall ist, Ihr könnt Euch keine Vorstellung machen. Wenn ich jetzt nach Hause käme, was gäbe es da zu erzählen. Ich möchte Euch bloß mal schildern, was ich z.Zt. für Gepäck habe: einen Tornister, zwei Wäschetaschen, eine Kiste und ein Bündel. Die Hälfte davon sind Beutesachen [...].“

Dies., Br. 206, S. 114

„Die Zeit des Fanatismus ist vorbei“

Obergefreiter H.H., 12. Juni 1943:

[...] Es geht nun bald ins fünfte Kriegsjahr, und an ein Ende ist nicht zu denken. In den Leuten wird allmählich eben ein Gleichgültigkeitsgefühl großgezogen. Bei der Besichtigung bei uns hat der Chef feststellen müssen, daß mehr als die Hälfte der Männer nicht wußte, wann der Führer im Reich die Macht übernommen hatte. Es kümmert sich eben keiner mehr darum. Unter uns Kameraden darf man auch alles reden. Die Zeit des Fanatismus und der Nichtduldung anderer Ansichten ist vorbei, und allmählich beginnt man klarer und nüchterner zu denken. Wollen wir den Krieg gewinnen, dann müssen wir auch vernünftiger werden und dürfen nicht mehr so großsprecherisch und prahlreich alle Welt abstoßen. [...] Es ist richtig, wir müssen den Krieg gewinnen, um nicht der Rache der Juden ausgeliefert zu werden, aber die Träume von einer Weltherrschaft sind dahin. [...]“

Dies., Br. 216, S. 117f.

Todesmarsch

„[E]ines Morgens im Januar 1945 [wurden wir] von Lautsprecherbefehlen geweckt. In jenem groben deutschen Kommando-ton, an den ich mich nie gewöhnen konnte, hieß es: „Das Lager wird geräumt!“ Wir mussten uns mit unseren Decken und anderen Habseligkeiten vor der Baracke in Reih und Glied aufstellen. [...] Als Nächstes wurde uns befohlen, durch das Haupttor von Birkenau zu marschieren. Auf der Straße vor dem Tor hatten sich bereits Tausende von Lagerinsassen in Reihen aufgestellt, immer etwa acht oder zehn Leute nebeneinander. [...] Es war eiskalt, und ein schneidender Wind fuhr durch unsere dünnen Kleider. Als wir Aufstellung genommen hatten und auf den Abmarsch warteten, bekamen wir eine Laib Schwarzbrot zugeworfen. Dann kam der Befehl: ‚Vorwärts, marsch!‘ Der Todestransport von Auschwitz hatte begonnen. [...]“

Die Straßen waren mit Schnee und Eis bedeckt, denn es war Januar, in einem typischen polnischen Winter. Als die Sonne langsam unterging, wurde es kälter und kälter. Die Bäume am Straßenrand schützten uns zeitweilig gegen den eisigen Wind, der uns entgegenwehte und unsere unzulängliche, dünne Häftlingskleidung durchdrang. [...]

Es war schon dunkel, als die SS der Kolonne Einhalt gebot. Wir bekamen die Erlaubnis, uns an Ort und Stelle zum Schlafen hinzulegen, entweder mitten auf die Straße oder in die Gräben links und

rechts davon. Zu diesem Zeitpunkt waren einige in der Kolonne bereits gestorben. Wer nicht weitergehen konnte und sich entweder am Straßenrand hingesetzt hatte oder zusammenbrach, war von den SS-Wachen erschossen worden. Die Leichen wurden einfach in die Gräben geworfen. [...] Je größer meine Müdigkeit wurde und je mehr mir die bittere Kälte und der Wind zusetzten, desto öfter fragte ich mich, ob es nicht leichter wäre, sich einfach am Straßenrand auszustrecken und sich töten zu lassen. Doch ich unterdrückte den Gedanken, sobald er in mir aufstieg und zwang mich, weiterzugehen. [...]

Nach einem Marsch von drei Tagen erreichten wir Gleiwitz (Gliwice), ein etwa siebzig Kilometer von Birkenau entfernt liegendes Städtchen [...], und dort sammelten wir uns an einem Ort, der aussah wie ein leeres Arbeitslager. [...] Eine Gruppe von SS-Männern stand in der Mitte des Platzes, der von einer großen Anzahl schwerbewaffneter SS-Wachen mit Hunden umringt war. Ich brauchte nicht lange, um zu erkennen, dass uns eine weitere Selektion erwartete: Diejenigen unter uns, die in der Lage waren, den Weg zur anderen Seite des Platzes im Laufschritt zurückzulegen, würden weiterleben, die anderen würden beseitigt werden. [...] Wir konnten das unbändige Lachen der SS-Männer hören, als wir an ihnen vorbeikamen. Der Hass auf ihre Stimmen stärkte uns. Ein paar Minuten zuvor hätten wir es kaum für möglich gehalten, aber nun schafften wir es tatsächlich, quer über den Platz zur anderen Seite zu rennen.

[...] Als ich schon zu glauben begann, dass wir in Gleiwitz bleiben würden, kam der Befehl, das Lager zu verlassen und zu einem nahgelegenen Bahnhof zu marschieren. Dort erwarteten uns offene Waggons, wie man sie zum Transport von Kohle oder Sand verwendet. In diesen Waggons wurden wir mit so vielen Häftlingen zusammengepfercht, dass wir uns kaum noch bewegen konnten. [...]

Nach ein, zwei Tagen gelang es uns, einen Platz in der Ecke des Waggons zu ergattern, was uns davor rettete, niedergetrampelt zu werden. Um uns herum waren viele Sterbende, und als unser SS-Posten gefragt wurde, was mit den Leichen geschehen sollte, sagte er, wir sollten sie hinauswerfen. Das geschah nun immer häufiger. Der Waggon leerte sich allmählich, bis es ohne weiteres möglich war, ihn von einem Ende zum anderen zu durchqueren. [...]

Die Nächte im Waggon waren das nackte Grauen. Hunger und Kälte zermürbten die Menschen nicht nur körperlich, sondern auch seelisch. [...]

Gerade als ich zu dem Schluss kam, dass es nur noch ein, zwei Tage dauern könnte, bevor auch ich sterben und meine Leiche aus dem Waggon hinausgeworfen würde, geschah ein Wunder. Der Zug fuhr in langsamem Tempo und mit häufigen Aufenthalten durch die Tschechoslowakei, als wir Leute auf den Brücken stehen sahen, unter denen wir hindurchfuhren. Es waren Männer, Frauen und Kinder. Sie winkten und riefen uns etwas zu, und dann begannen die Brotlaibe in unseren Waggon zu fallen. [...] Ohne dieses tschechoslowakische Brot hätten wir nicht überlebt. [...]

Nach einer Fahrt von über zehn Tagen erreichten wir Deutschland. [...] Unser Ziel war das Konzentrationslager Sachsenhausen, in Oranienburg. [...]

Aber der Weg führte uns nicht direkt nach Sachsenhausen, sondern zunächst in die Flugzeugfabrik Heinkel. Dort verbrachten wir etwa zwei Wochen, vielleicht in Quarantäne; wenigstens wurde uns das gesagt. [...]

Eines Morgens befahl man uns, zu Fuß nach Sachsenhausen aufzubrechen. [...] Ich hatte zunehmend Schwierigkeiten zu gehen, aber meine beiden Freunde halfen mir und stützten mich. Der Weg von Heinkel nach Sachsenhausen – es war nicht sehr weit –, führte über Oranienburg. Die deutschen Bewohner starrten uns an oder drehten uns den Rücken zu, als wir an ihnen vorbeikamen. Ein paar Kinder bewarfen uns mit Steinen. Ich war erleichtert, als ich endlich den Eingang des Konzentrationslagers Sachsenhausen mit der Inschrift „Arbeit macht frei“ erblickte.

Diese Parole, die in diesem Zusammenhang völlig aberwitzig klingt, war nicht aberwitziger als die Anordnung, die uns nach Sachsenhausen brachte. Im Januar 1945 kämpfte Deutschland um sein Überleben, und doch setzte das Naziregime seine rasch abnehmenden Ressourcen – Bahnanlagen, Treibstoff und Truppen – bereitwillig dafür ein, halbverhungerte und sterbende Häftlinge von Polen nach Deutschland zu bringen.“ [...]

Thomas Buergenthal wurde am 11. Mai 1934 in Ľubochňa, in der heutigen Slowakei, geboren. 1940 bis 1944 lebte er im Getto Kielce und im Arbeitslager Henrykow. Im August 1944 kam er nach Auschwitz.

Thomas Buergenthal, Ein Glückskind. Wie ein kleiner Junge zwei Ghettos, Auschwitz und den Todesmarsch überlebte und ein neues Leben fand. Aus dem Amerikanischen von Susanne Röckel, S. Fischer Verlag GmbH Frankfurt am Main: 2007, S. 105f.



Unter aller Augen: Im Frühjahr 1945 durchqueren Häftlinge des KZ Dachau auf ihrem Weg nach Bad Tölz die Starnberger Würmstraße.

unterwegs an Erschöpfung. Aber auch deutsche Zivilisten beteiligten sich an den Gewalttaten. Als ein Trupp mit etwa 3000 überwiegend jüdischen Frauen aus dem KZ Stutthof bei Danzig – 2000 Menschen waren schon in den Tagen zuvor auf dem Weg getötet worden – Ende Januar den kleinen ostpreußischen Ort Palmnicken an der Ostsee erreichte, verhinderte ein beherzter Ortskommandant zunächst, dass die Frauen unmittelbar in einen Bergwerksstollen gejagt und dort bei lebendigem Leib eingemauert wurden. Stattdessen aber trieben die Männer des SS-Begleitkommandos, Gestapoangehörige und örtliche Nationalsozialisten, darunter etliche HJ-Jugendliche, die erschöpften Frauen in die eisige Ostsee, erschlugen oder erschossen sie. Nur 14 Frauen und zwei Männer überlebten das Massaker am Bernsteinstrand. Über die Gesamtzahl der bei den „Todesmärschen“ Ermordeten liegen nur Schätzungen vor, die zwischen 200 000 bis 350 000 der gegen Kriegsende noch inhaftierten über 700 000 KZ-Häftlinge schwanken.

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem löste sich zunehmend auf. Die zentralen Behörden und Ministerien in Berlin waren entweder evakuiert oder besaßen nur noch eingeschränkten Kontakt zu den regionalen Dienststellen. Im Reich errichteten die örtlichen Gestapostellen ein Schreckensregiment und führten Massenerschießungen von Gefangenen durch. Mobile Standgerichte fällten reihenweise Todesurteile gegen Menschen, die, um ihre Stadt, ihre Gemeinde vor der Zerstörung zu retten, den sinnlosen Kampf beenden wollten. Während noch

ein „Volkssturm“ aus alten Männern und Jugendlichen für eine völlig aussichtslose Verteidigung aufgeboten wurde, ließen die NS-Verantwortlichen ihre Stellungen im Stich und versuchten, mit ihrem geraubten Hab und Gut zu flüchten.

Am 11. April 1945 erreichten amerikanisch-britische Truppen die Elbe, am 18. eroberten sie Magdeburg, einen Tag später Leipzig, am 20. April wurde Nürnberg eingenommen, zwei Tage danach marschierten französische Truppen in Stuttgart ein. Am 16. April hatte der sowjetische Großangriff auf Berlin begonnen, am 25. April schloss sich der Ring um die Hauptstadt, am selben Tag trafen amerikanische und sowjetische Truppen bei Torgau an der Elbe zusammen. Die meisten Spitzen des NS-Regimes wie Göring, Speer oder Ribbentrop hatten bereits am Abend von Hitlers 56. Geburtstag am 20. April Berlin verlassen. Zehn Tage später nahm sich Hitler in seinem unterirdischen Bunker unter der von Speer erbauten pompösen Reichskanzlei, die die Größe der NS-Herrschaft zeigen sollte, das Leben. Ebenso tötete das Ehepaar Goebbels erst die eigenen sechs Kinder und dann sich selbst.

Am 2. Mai 1945 kapitulierte Berlin, fünf Tage später unterschrieb Generaloberst Alfred Jodl im Hauptquartier General Dwight D. Eisenhowers in Reims die Gesamtkapitulation der Wehrmacht; tags darauf, am 8. Mai, wiederholten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und andere Generäle im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst den Kapitulationsakt. Die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, die Millionen Menschen in Europa den Tod gebracht hatte, war zu Ende.



Bedingungslose Kapitulation: Die Abordnung eines bayerischen Dorfes ergibt sich den alliierten Siegern.

Michael Wildt

Verdrängung und Erinnerung

Das Ende des Zweiten Weltkriegs hinterlässt Deutschland in Trümmern. Die Staatsgewalt übernehmen zunächst die Alliierten. Die Täter sollen bestraft werden, und den Opfern soll Gerechtigkeit und Genugtuung widerfahren. Doch die Folgejahrzehnte zeigen, welche Hürden dem im Wege stehen.

Am Ende des NS-Regimes war von der „Volksgemeinschaft“ eine „Trümmergesellschaft“ übrig geblieben. Über fünf Millionen deutsche Soldaten waren getötet worden, der Luftkrieg hatte in Deutschland etwa 570 000 Todesopfer gefordert, rund 14 Millionen Deutsche flüchteten aus den damaligen deutschen Ostgebieten oder wurden aus ihnen vertrieben.

Insgesamt kostete der Zweite Weltkrieg geschätzt etwa 55 Millionen Menschen das Leben, die meisten von ihnen Zivilisten. Am stärksten war die Sowjetunion mit geschätzten 24 Millionen Toten betroffen. Annähernd sechs Millionen Juden waren ermordet worden, ebenso waren Hunderttausende Roma und Sinti, behinderte und kranke Menschen der rassistischen Politik des NS-Regimes zum Opfer gefallen.

Rund 15 000 Juden hatten in Deutschland überlebt, hinzu kamen Zehntausende, die aus den verschiedensten Lagern befreit worden oder aus Osteuropa in den Westen geflohen waren. Über 150 000 jüdische „Displaced Persons“ (DPs) wurden im Sommer 1946 in diversen Lagern, vor allem in Bayern, von den Besatzungsmächten und jüdischen Hilfsorganisationen versorgt. Hunderttausende von Häftlingen hatten die alliierten Armeen aus den Konzentrationslagern befreit, allein in Buchenwald 35 000 Menschen. Millionen von ausländischen Zwangsarbeitern ebenso wie Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa befanden sich auf deutschem Gebiet. Allein auf dem Gebiet der späteren westlichen Besatzungszonen fanden die alliierten Armeen zwischen 6,5 und sieben Millionen DPs vor.



Jubel in Paris: Schon am 25. August 1944 wird die französische Hauptstadt durch die einmarschierende US-Armee befreit.

ullstein bild - Roger-Viollet

Die totale Niederlage des NS-Regimes bedeutete, dass es keinen deutschen Staat und keine deutsche Regierung mehr gab. Stattdessen teilten die Alliierten Deutschland in vier Besatzungszonen auf, in denen sie die Macht übernahmen. Auf der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 bestimmten Stalin, Harry S. Truman, der Nachfolger des im April 1945 verstorbenen US-Präsidenten Roosevelt, und Churchill, der, nachdem die Konservativen Anfang Juli 1945 die Wahlen in Großbritannien verloren hatten, vom britischen Labourpolitiker Clement Richard Attlee abgelöst wurde, dass Deutschland entnazifiziert, demokratisiert und entmilitarisiert werden sollte. Bis auf weiteres bestimmten die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich in einem gemeinsamen Kontrollrat die Geschicke Deutschlands. Bald jedoch brachen die politischen Gegensätze auf, und die sowjetische Besatzungszone auf der einen und die drei westlichen Zonen auf der anderen Seite verfolgten eine gegensätzliche Politik.

Die Teilung Deutschlands, die bis 1990 anhalten sollte, war eine der schwerwiegendsten Konsequenzen des Nationalsozialismus. Durch die Teilung zerriss nach Kriegsende auch der bisherige Zusammenhang der Ernährungswirtschaft, und die Versorgung der westdeutschen Bevölkerung hing zum entscheidenden Teil von den Getreideimporten aus den USA und Kanada ab. Jetzt erst wurde deutlich, wie sehr die Ernährung der „Volksgemeinschaft“ durch die rücksichtslose Ausplündерung der besetzten Gebiete sichergestellt worden war. Nicht während des Krieges mussten die Deutschen hungern, sondern danach.



ullstein bild - LEONE

Auch den Überlebenden der Konzentrationslager bringen die Befreier die Erlösung. Bergen-Belsen nach Ankunft der britischen Truppen am 15. April 1945

Nürnberger Prozesse

Die nationalsozialistischen Verbrechen sollten nach dem Willen der Alliierten in einem umfassenden Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg abgeurteilt werden. Anklagepunkte waren laut Statut für den Internationalen Militägerichtshof vom 8. August 1945 unter anderem:

- Verbrechen gegen den Frieden, das hieß in erster Linie die Planung und Durchführung eines Angriffskrieges;
- Kriegsverbrechen wie die Ermordung, Misshandlung, Deportation zur Zwangsarbeit von Zivilisten oder Kriegsgefangenen, das Töten von Geiseln, Plünderungen, die Zerstörung von Städten und Dörfern, und
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit, worunter vor allem Mord, Ausrottung, Versklavung der Zivilbevölkerung und Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen fielen.

Ausgeklammert ließen die Nürnberger Ankläger die Verbrechen vor 1939, insbesondere auch die Verfolgung der deutschen Juden, weil es sich in der Logik des Verfahrens um einen Fall Deutscher gegen Deutsche vor dem Krieg handelte. Dass jedoch erstmals der Straftatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor einem internationalen Gericht verhandelt wurde, war in der Tat neu und sollte die völkerrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig beeinflussen. Drei Jahre später, im Dezember 1948, verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) in New

York die Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

21 Männer saßen auf der Anklagebank im Nürnberger Gerichtssaal, darunter Hermann Göring, Julius Streicher, Albert Speer, Fritz Sauckel, Joachim v. Ribbentrop, Hans Frank, Franz v. Papen und die Generäle Keitel, Jodl, Raeder und Dönitz. Am 18. Oktober 1945 begann der Gerichtshof seine Arbeit, hörte zahlreiche Zeugen, sichtete unzählige Beweisdokumente, unter ihnen auch Filmaufnahmen aus den Konzentrationslagern, und gab den Angeklagten Gelegenheit, zu ihren Taten Stellung zu nehmen. Am 1. Oktober 1946 fällte er die Urteile: Der einstige Vizekanzler v. Papen, der Abteilungsleiter im Reichspropagandaministerium Hans Fritzsche und der ehemalige Reichsbankchef Hjalmar Schacht wurden freigesprochen; zu lebenslanger Haft verurteilte das Gericht Rudolf Heß, den Vorgänger Dönitz' als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Erich Raeder und NS-Wirtschaftsminister Walther Funk; langjährige Gefängnisstrafen erhielten Albert Speer, Reichsjugendführer Baldur v. Schirach, der einstige Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Konstantin von Neurath und Großadmiral Karl Dönitz; alle übrigen wurden zum Tode verurteilt und, bis auf Göring, der sich selbst vergiftete, am 16. Oktober 1946 hingerichtet. Dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher folgten zwölf weitere Prozesse gegen die Eliten aus Wirtschaft, Verwaltungen und NS-Organisationen, die die Verbrechen des Regimes unterstützt, initiiert und gebilligt hatten.



bpk

Das Gericht in Nürnberg: rechts die Richter, gegenüber die Angeklagten, dazwischen links die Verteidiger, rechts die Gerichtssekretäre und Stenografen. Im Vordergrund die Anklagevertretung der Alliierten.



ullstein bild - LEONE

Die Angeklagten beim Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46: 1.R., v.li.: Hermann Göring, Rudolf Heß, Joachim v. Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walther Funk, Hjalmar Schacht; 2.R., v.li.: Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur v. Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz v. Papen, Arthur Seyß-Inquart, Albert Speer, Konstantin v. Neurath, Hans Fritzsche

Entnazifizierung

Nach dem Willen der Alliierten sollte die deutsche Gesellschaft in einem umfassenden Maß entnazifiziert werden. Allein in der amerikanischen Zone wurden 13 Millionen Fragebögen mit insgesamt 131 Fragen ausgegeben, aber nur ein Bruchteil konnte bearbeitet werden. Um zunächst die Minderbelasteten vom Verdacht der Mittäterschaft freizusprechen, schoben die Spruchgerichte die Fälle der Hauptschuldigen häufig nach hinten, was im Laufe der Zeit den gegenteiligen Effekt hatte. Denn als die Reihe an die Hauptbelasteten hätte kommen müssen, erschien die Praxis der Entnazifizierung im sich verschärfenden Kalten Krieg zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion nicht mehr so wichtig, da die Deutschen nicht als Gegner behandelt, sondern jeweils Bündnispartner werden sollten. Und so erreichten auch Hauptschuldige sehr milde Urteile. „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, hieß es dann treffend im Volksmund. Mit sogenannten Persilscheinen stellten sich ehemalige Nationalsozialisten untereinander Entlastungszeugnisse aus. Was als politische Säuberung gedacht war, geriet ganz im Gegenteil zu einer Weißwäsche für ehemalige Mittäter und Mitläufer.

In der britischen Zone herrschte ohnehin von Anfang an eine Politik, die angesichts der immensen Probleme, die die Aufrechterhaltung des Alltagslebens und die Versorgung der Besatzungszone aufwarfen, an den alten Funktionseliten festhielt, insbesondere am Verwaltungs- und Polizeiapparat, und nur die jeweiligen Spitzenbeamten aus politischen Gründen entließ.

Konsequenter ging die Sowjetunion in ihrer Zone vor. Dort wurden alle Richter, Lehrer und Polizisten weitgehend ausgetauscht und auch der Verwaltungsapparat stärker von Nationalsozialisten gesäubert als in den Westzonen. Nach einer kurzen und nachhaltigen Phase der Entnazifizierung jedoch erklärte die Führung der herrschenden Sozialistischen Einheitspartei (SED), aus der Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten 1946 entstanden, dass es nun um den Aufbau ginge, an dem sich auch ehemalige Nationalsozialisten beteiligen könnten, wenn sie sich loyal zum sowjetischen System verhielten. Jedoch existierten in der DDR noch bis 1950 sogenannte Speziallager, in denen die sowjetischen Stellen etwa 50 000 Häftlinge, zu einem großen Teil ehemalige Nationalsozialisten, aber auch politische Oppositionelle wie Sozialdemokraten, die sich geweigert hatten, der SED beizutreten, sowie gänzlich Unbeteiligte mit nur unzureichender Versorgung gefangen hielten. Tausende starben oder wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. 1950 wurden in der DDR auch noch einmal etwa 300 Menschen in Prozessen, die nicht rechtsstaatlich waren, zu hohen Haftstrafen verurteilt, gegen 32 die Todesstrafe verhängt, die in 24 Fällen auch vollstreckt wurde. Danach jedoch ging auch in der DDR die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern merklich zurück.

Hatte die Zahl der Urteile gegen NS-Täter in Westdeutschland 1949 noch bei über 1500 gelegen, sank sie bis auf 21 Verur-



Entnazifizierung durch Konfrontation: Im Mai 1945 müssen Einwohner einer niederbayerischen Ortschaft Häftlinge betrachten, die auf dem Todesmarsch in das KZ Dachau umkamen.

ullstein bild



Den deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischem Gewahrsam werden die NS-Greuel filmisch vor Augen geführt.

ullstein bild - dpa



Die Bevölkerung der US-Besatzungszone soll auf Fragebögen den Grad ihrer Verwicklung in das NS-Regime offenbaren. Fragebogenabgabe vor einem Polizeirevier im Sommer 1946

ullstein bild

teilungen im Jahr 1955 ab. Erst als gegen Ende der 1950er-Jahre mit dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess gegen den ehemaligen Gestapochef von Tilsit, Bernhard Fischer-Schweder, und andere das Ausmaß der Verbrechen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit bekannter wurde, setzte auch die Strafverfolgung gegen die Täter wieder ein. Vor allem die Gründung

einer zentralen Ermittlungsstelle, der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg, im Jahr 1959 trug erheblich dazu bei, dass sich in den kommenden Jahren einstige Gewalttäter des NS-Regimes vor Gericht verantworten mussten, auch wenn die Urteile selbst häufig äußerst milde ausfielen.

Mangelnde Aufarbeitung

[...] „Sollte wirklich das deutsche Volk so von allen guten Geistern verlassen gewesen sein, daß ihm etwa bei den Anstaltsmorden gar nie der Gedanke gekommen wäre, daß es sich hier trotz des gesetzlichen Führerbefehls um gesetzliches Unrecht handelte?“ Übereinstimmend mit diesem Gedanken des deutschen Rechtsphilosophen Gustav Radbruch führte das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom Dezember 1945 den Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ein.

Den Alliierten war es damit möglich, in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen NS-Täter anzuklagen, ohne mit den nationalsozialistischen Rechtsnormen argumentieren zu müssen, die zur Zeit der Tat galten. „Der Dolch des Mörders“, hieß es 1947 im Urteil des Nürnberger Juristenprozesses, „war unter der Robe des Juristen verborgen.“ So wurde das NS-Recht als ein System „bürokratischer Rechtlosigkeit“ delegitimiert.

Während des Prozesses gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher 1945/46 empfanden die Deutschen dieses Vorgehen noch mehrheitlich als gerecht oder wenigstens fair [...].

Als die Alliierten Ende 1946 ankündigten, die Verfahren auszudehnen, kippte [...] die Stimmung. In den Nürnberger Nachfolgeprozessen klagten die Alliierten nun gegen die bürgerlichen Funktionseliten des NS-Staates, gegen die Ärzteschaft und die Wehrmachtskommandeure, gegen Unternehmer und Bankiers, nicht zuletzt gegen die Juristen des „Dritten Reiches“.

Hinzu kamen zahlreiche Prozesse in den einzelnen Besatzungszonen. 1949 saßen in den alliierten Gefängnissen in Landsberg, Werl und Wittlich rund 1800 Gefangene ein. Den Deutschen wurden sie zu Galionsfiguren ihrer Aufführung gegen die Alliierten – und ihrer Abwehr der jüngsten Vergangenheit. [...]

Ehemalige NS-Juristen, die Nürnberger Verteidiger, die Kirchen und die Presse formierten sich damals zu einer regel-

rechten „Gnadenlobby“ und plädierten dafür, die Kriegsverbrecher aus der Haft zu entlassen.

[...] Meinungsumfragen belegen, dass diese aggressive Lobbyarbeit große Zustimmung in der Bevölkerung fand. [...]

Die meisten Deutschen standen den Nürnberger Verfahren daher am Ende der vierziger Jahre stark ablehnend gegenüber – wohl auch, weil sie sich in ihrer Opposition gegen die Nachfolgeprozesse indirekt selbst entlasten und den angeblichen Kollektivschuldvorwurf der Alliierten abwehren konnten. Dieser Vorwurf war zwar nie explizit erhoben worden, der Eindruck vieler Deutscher aber, kollektiv am Pranger zu stehen, gedieh auf dem Boden realer Erfahrungen: der Entnazifizierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Entlassung von weit mehr als 400 000 Beamten und Berufssoldaten durch die Alliierten.

Als im Herbst 1949 die erste deutsche Bundesregierung unter Konrad Adenauer ihre Arbeit aufnahm, widmete sie sich denn auch als einer ihrer ersten Aufgaben genau diesen drei Themen: der Frage nach der Begnadigung der Kriegsverbrecher, nach dem endgültigen Abschluss der Entnazifizierung – und der Wiedereinstellung der „verdrängten“ Beamenschaft. Innerhalb weniger Jahre sollte sie dabei den Weg ebnen für eine systematische Verneblung der NS-Vergangenheit und die Abschaffung der Radbruchschen Formel in der deutschen Strafgesetzgebung. [...]

[1951 beschloss] die Bundesregierung [...] mit knapper Zustimmung der Länder [...], den Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ – die sogenannte Nürnberg-Klausel aus der Europäischen Menschenrechtskonvention – nicht ins neu zu kodifizierende Strafrechtsregister der Bundesrepublik aufzunehmen. Dem stehe, so hieß es, das Rückwirkungsverbot „nulla poena sine lege“ (Keine Strafe ohne Gesetz) entgegen. In der Folge wurden vor deutschen Gerichten denn auch „einige Menschen“ eher weniger als mehr verurteilt. [...]

Die Gesamtbilanz: In den knapp fünfzig Jahren bis 1998 wurden rund 106 000 Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen eingeleitet. Nur 6494 endeten mit einem Strafurteil. Historiker schätzen, dass die Zahl der unmittelbar am Holocaust beteiligten Täter bei etwa einer viertel Million liegt; dazu kommen Zehntausende weitere politische Mordtaten. Weit mehr als 150 000 nie von der Justiz auch nur ins Visier genommene Mörder und eine, wie es der Politikwissenschaftler Joachim Perels formuliert, über Jahrzehnte währende „Umdeutung der NS-Diktatur in einen Rechtsstaat“ – dies war der Preis, mit dem sich die junge Bundesrepublik die oft fadenscheinige Loyalität von Millionen Nazifizierten erkauft.

Erst vor zehn Jahren [1999] entschied der Bundestag, den Unrechtsurteilen der NS-Herrschaft rückwirkend die Rechtmäßigkeit abzusprechen und damit das Grundgesetz in vollem Umfang für die Verfolgung von NS-Tätern heranzuziehen – zwei Generationen zu spät.

Die Geschichtsmythen, die im Treibhaus der fünfziger Jahre gediehen, versperren unterdessen oft noch heute wie dichtes Gestrüpp den Blick auf die NS-Vergangenheit – die Mythen vom Befehlshotstand und vom unterdrückten, unschuldigen deutschen Volk, Mythen, die ehemalige NS-Richter über Jahrzehnte hinweg in deutschen Gerichtssälen für Recht erklärt hatten.

Christian Staas, „Was damals Recht war ...“, in: ZEIT Geschichte Nr. 1/2009, S. 76ff.

Debatte um Verjährung

Einen großen Raum in der öffentlichen Diskussion nahm daher die Frage ein, ob juristisch ein „Schlussstrich“ gezogen werden solle, indem Straftaten aus der NS-Zeit ab einem bestimmten Zeitpunkt verjährt sein sollten. So verjährten bereits 1960 bestimmte Verbrechen wie Raub, Körperverletzung, Vergewaltigung und konnten danach nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Allein Mord und Beihilfe zum Mord blieben als Straftaten übrig, in denen weiterhin von Staatsanwälten ermittelt werden musste. Doch auch hier wurde die Frage der Verjährung 1965 wieder aufgerührt, als nach der damaligen Rechtslage auch Mordtaten verjährt sein sollten. Da einerseits die staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren deutlich machten, dass die Zahl der NS-Täter weit höher lag als bislang angenommen, und andererseits die Stimmen derer, die einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ziehen wollten, in der Bundesrepublik noch recht vernehmbar waren, entschied sich der Bundestag für einen Kompromiss. Die Verjährungszeit für Mord wurde nicht verändert, aber der Zeitpunkt, von dem an sie gelten sollte. Statt des Kriegsendes 1945, das bislang den Berechnungen zugrunde lag, wurde jetzt das Jahr 1949 als Gründungsdatum der Bundesrepublik genommen. Die Debatte wurde damit aber nicht gelöst, sondern nur um vier Jahre verschoben.



ullstein bild - Schütt

Die Debatte um die Verjährung von NS-Mordtaten beschäftigt die Öffentlichkeit in den 1960er-Jahren. Verjährungs-Gegner protestieren im Februar 1965 vor der Berliner Gedächtniskirche.

„Keine Verjährung für Mord“

Aus der Rede des Bundestagsabgeordneten Ernst Benda am 10. März 1965:

„Der Deutsche Bundestag hat bei vielen Gelegenheiten in einer so eindeutigen Weise und im ganzen Haus über einstimmend seinen Abscheu vor den Verbrechen des Nationalsozialismus und seinen Willen zur Wiedergutmachung und Ablehnung jedes Nationalismus oder jedes Neonazismus in unserem Volke bekundet [...].

Für die Antragsteller (gegen die Verjährung, Anm. d. Red.) steht über allen Erwägungen juristischer Art ganz einfach die Erwägung, daß das Rechtsgefühl eines Volkes in unerträglicher Weise korrumptiert werden würde, wenn Morde ungesühnt bleiben müßten, obwohl sie gesühnt werden könnten. Ich habe hier unter vielen Briefen, die ich bekommen habe, den Brief eines mir ganz unbekannten Mannes, eines Sozialinspektors aus Hamburg, der mit

Jugendlichen, die gefährdet sind, straffällig zu werden, zusammenarbeitet. Er schreibt, daß ihn die Jungen, die Dummheiten gemacht haben und nun im Jugendgefängnis sitzen, [...] fragen, wie es mit der Gerechtigkeit sein könne in einem Staat, in dem für Jungensstreiche jemand ins Gefängnis kommt und Leute, die Morde begangen haben, unbestraft herumspazieren. [...] [D]as ist einfach der Kern des Problems. [...]

Ich komme zum Schluß mit einem anspruchsvollen Wort, das mir ein Kollege gesagt hat, der in dieser Sache einer völlig anderen Meinung ist als ich. Er hat mir gegenüber gemeint, man müsse um der Ehre der Nation willen mit diesen Prozessen Schluß machen. Meine Damen und Herren, Ehre der Nation – hier ist für mich einer der letzten Gründe, warum ich meine, daß wir hier die Verjährungsfrist verlängern bzw. aufheben müßten. [...]

Das gehört für mich zur Ehre der Nation, daß der, wie ich weiß, unvollkommen bleibende, aber redliche Versuch unter-

nommen wird, das zu tun, daß man von sich sagen kann: Man hat das, was möglich ist, getan. [...]

Und es gibt dann schließlich das Wort, das ich an den Schluß setzen möchte, es gibt dieses Wort an dem Mahnmal in Jerusalem für die sechs Millionen ermordeten Juden, das in einer eindrucksvollen Form in einer ganz schlichten Halle den Satz zitiert, der nicht aus diesem Jahrhundert stammt, der von einem jüdischen Mystiker des Anfangs des 18. Jahrhunderts stammt – ich sage ihn gleich in Deutsch, er steht dort in Englisch und Hebräisch – : Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 265, Bonn 1988, S. 522ff.*

1969 entzündete sie sich erneut, nun aber innerhalb einer deutlich veränderten Öffentlichkeit, die der Frage des Umgangs mit dem Nationalsozialismus weit größere Bedeutung zumaß als noch wenige Jahre zuvor. Nachdem die UNO-Vollversammlung im November 1968 eine Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angenommen hatte, erhöhte der Bundestag nun die Verjährungsfrist von Mord auf 30 Jahre und gab damit der Justiz die Möglichkeit, bis zum Ende des Jahres 1979 gegen bislang noch unentdeckte NS-Täter zu ermitteln. Im Juli 1979 schließlich folgte der Bundestag der internationalen Norm und beschloss, dass Mordverbrechen nicht mehr verjähren, also auch strafrechtlich zu verfolgen sind, wenn die Tat Jahrzehnte zurückliegt und der Täter selbst inzwischen ein alter Mensch geworden ist.

Integration der Täter und Mitläufer

Artikel 131 des Grundgesetzes bestimmte, dass die Rechtsverhältnisse von Personen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet wurden, durch ein Bundesgesetz zu regeln seien. Damit war es der Beamtenlobby als einziger gesellschaftlicher Gruppe gelungen, im Grundgesetz ihre Entschädigungsansprüche zu verankern. Insgesamt handelte es sich gemäß der Zählung der Bundesregierung um etwa 430 000 Personen, darunter rund 55 000, die aus politischen Gründen, das heißt wegen ihres nationalsozialistischen Engagements, nach dem Krieg entlassen worden waren.

Das „131er“-Gesetz, das 1951 nach langen Debatten vom Bundestag verabschiedet wurde, sah vor, dass bis auf die in den

Entnazifizierungsverfahren in den Kategorien I (Hauptschuldige) und II (Belastete) eingestuften Beamten – deren Anteil betrug insgesamt weniger als ein halbes Prozent – alle anderen als „Beamte auf Wiedereinstellung“ galten. Allein die ehemaligen Beamten der Gestapo und Berufssoldaten der Waffen-SS waren von diesen gesetzlichen Regelungen ausdrücklich ausgenommen – mit einer bezeichnenden Ausnahmebestimmung. Denn im Schlusskapitel des Gesetzes hieß es, dass es auch auf Gestapobeamte Anwendung finden könnte, wenn diese „von Amts wegen“ zur Gestapo versetzt worden seien. Die öffentlichen Arbeitgeber waren gehalten, 20 Prozent ihres Besoldungsaufwandes für die „131er“ bereitzuhalten.

Viele Angehörige auch aus eng mit dem NS-Staat verbundenen Beamtengruppen wie den Richtern oder der Polizei konnten mittels des „131er“-Gesetzes wieder im öffentlichen Dienst angestellt werden und zum Teil auch Karriere machen. So erreichten zum Beispiel im Bundeskriminalamt mehrere ehemalige Abteilungsleiter des Reichssicherheitshauptamtes erneut führende Positionen. Ein NS-Täter wie Rudolf Bilfinger, der 1953 wegen seiner Tätigkeit als Gestapochef in Toulouse von einem französischen Militärgericht in Abwesenheit zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, stieg bis zum Oberverwaltungsgerichtsrat am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg auf.

Entschädigungen

Neben der strafrechtlichen Verfolgung der Täter ging es im Nachkriegsdeutschland auch um die Entschädigung der Opfer. Gleich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus verhängten die Alliierten eine Vermögenskontrolle, um geraubtes jüdisches Eigentum wieder an die ursprünglichen Besitzer zurückgeben zu können. 1947 erließ die amerikanische Besatzungsmacht ein Rückerstattungsgesetz, aufgrund dessen vor allem jüdische Opfer die Rückgabe ihres gestohlenen Eigentums einfordern konnten. Frankreich und Großbritannien folgten mit ähnlichen gesetzlichen Bestimmungen.

Diese Restitution betraf hauptsächlich „ariserte“ Immobilien, Häuser und Unternehmen. Der größte Profiteur der Enteignung jüdischen Vermögens nicht nur in Deutschland, sondern überall im besetzten Europa war jedoch der NS-Staat gewesen, gegen den bis 1949, da es bis dahin keinen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gab, nicht geklagt werden konnte. Die Alliierten verpflichteten deshalb die Bundesrepublik Deutschland, die diese Rechtsnachfolge beanspruchte, die Rückerstattungspflichten zu übernehmen. In der DDR, die sich in keiner Verbindung zum NS-Regime sah, unterblieb dagegen eine Rückerstattung jüdischen Vermögens, sie musste jedoch, anders als die Bundesrepublik, erhebliche Reparationen an die Sowjetunion leisten.

Israel, das eine halbe Million jüdische Flüchtlinge aus Europa aufgenommen hatte, war der erste Staat, der zu Beginn der 1950er-Jahre finanzielle „Wiedergutmachungsleistungen“ von der Bundesrepublik erhielt. Im September 1952 unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Abkommen, das Israel drei Milliarden DM zubilligte, die zu einem Teil in Warenlieferungen abgegolten wurden, sowie die Jewish Claims Conference, die die Ansprüche der ermordeten deutschen Juden vertrat, mit 450 Millionen DM bedachte.



Hans Globke (li.), maßgeblicher Mitverfasser der Kommentare zu den antisemitischen Nürnberger Rassegesetzen, konnte als Chef des Bundeskanzleramts unter Konrad Adenauer (re.) seine Karriere nahtlos fortsetzen.



ullstein bild - AKG

Bundeskanzler Adenauer (3.v.l.) und der israelische Außenminister Moshe Sharett (4.v.r.) unterzeichnen 1952 in Luxemburg das „Wiedergutmachungsabkommen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.

Zwar bestimmte das Londoner Schuldenabkommen von 1953, dass erst im Rahmen eines allgemeinen Friedensvertrages auch die Frage der Entschädigungszahlungen an ehemals von Deutschland besetzte Länder geregelt werden sollte. Aber nach dem israelischen Verhandlungserfolg forderten auch andere westliche Staaten wie Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, die Niederlande oder Norwegen finanzielle Entschädigungsleistungen von der Bundesrepublik für Zerstörungen und Gewalttaten der deutschen Besatzungsmacht. In mehreren bilateralen Abkommen zwischen 1959 und 1964 verpflichtete sich die Bundesrepublik zu Zahlungen in Höhe von insgesamt 876 Millionen DM. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 konnten auch die osteuropäischen Staaten, die ja in weit stärkerem Maße von dem Terror und der Vernichtungspolitik des NS-Regimes betroffen gewesen waren, Entschädigungsansprüche geltend machen. Polen erhielt 1991 für die noch lebenden NS-Opfer eine Zahlung von 500 Millionen DM, Russland, Weißrussland und die Ukraine 1992 insgesamt eine Milliarde DM, Tschechien 140 Millionen DM.

Auch innenpolitisch konnten die Verfolgten des NS-Regimes allmählich durchsetzen, für die Leiden, die sie erlitten hatten, finanziell entschädigt zu werden. 1956 wurde vom Bundestag das Bundesentschädigungsgesetz erlassen, das bis 1965 mehrfach erweitert wurde. Etwa eine Million Personen, vor allem deutsche Juden, die in Konzentrationslager und Gettos gesperrt worden waren und den Holocaust überlebt hatten, erhielten nun Entschädigungsleistungen von rund 43 Milliarden DM. Insgesamt wurden von der Bundesrepublik an Verfolgte des NS-Regimes bis 2002 etwa 60 Milliarden DM gezahlt. Zum Vergleich: Die finanziellen Leistungen, die nach dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten erhalten hatten, betrugen 104 Milliarden DM.

Doch nicht allen Verfolgten des NS-Regimes wurde eine Anerkennung ihrer Leiden zuteil. Die Gewaltmaßnahmen gegen Roma und Sinti vor 1942 galten den Gerichten in den 1950er-Jahren als durchaus legitim, da es sich ja um „asoziale Zigeuner“ gehandelt habe. Weder die Internierung in „Zigeunerlagern“ ab 1936 noch die Deportationen von Roma

und Sinti ins besetzte Polen im Frühjahr 1940 wurden von den Gerichten als Verfolgung anerkannt. Erst im Erlass Heinrich Himmlers vom Dezember 1942, alle Roma und Sinti nach Auschwitz zu deportieren, mochte die bundesdeutsche Rechtsprechung einen Verfolgungsgrund sehen, der den Anspruch auf Entschädigung begründete. Bis in die 1960er-Jahre mussten Roma und Sinti warten, bevor der Bundesgerichtshof die bisherige Rechtsprechung aufhob und auch die Gewaltmaßnahmen vor 1942 in die Entschädigungsleistungen einbezogen wurden. Die Neuregelung galt jedoch nur für diejenigen, die schon in den 1950er-Jahren einen Antrag auf Entschädigung gestellt hatten, der damals abgelehnt worden war. Es bedurfte daher noch erheblichen langjährigen politischen Drucks bis in die 1980er-Jahre hinein, damit alle betroffenen Roma und Sinti Entschädigungen bekommen konnten.

Die größte Gruppe, die von den Wiedergutmachungszahlungen ausgeschlossen blieb, waren die Millionen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Jahrzehntelang hatten sich die Unternehmen, die von der Zwangsarbeit profitiert hatten, beharrlich geweigert, Entschädigungen zu zahlen. Auch die Bundesregierung wies die Forderungen mit Hinweis auf das Londoner Schuldenabkommen ab, wonach solche Zahlungen erst im Rahmen eines allgemeinen Friedensvertrages zu regeln seien. Erst als in den 1990er-Jahren in den USA Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter gegen deutsche Firmen drohten, lenkte die Industrie ein und suchte die damalige rot-grüne Bundesregierung nach einem Verfahrensweg für Entschädigungsleistungen. Nach langen, zähen, immer wieder vom Scheitern bedrohten Verhandlungen wurde 2000 die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gegründet, deren Stiftungskapital in Höhe von zehn Milliarden DM zur einen Hälfte von deutschen Unternehmen, darunter Allianz, BMW, Volkswagen, Bayer, BASF, Krupp, Siemens, Deutsche Bank und Dresdner Bank, zur anderen Hälfte aus Steuermitteln bezahlt wurde. Mit einem komplizierten Auszahlungsmodus konnten nun endlich rund 1,6 Millionen noch lebende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor allem in Osteuropa eine bescheidene Entschädigungszahlung zwischen 5000 und 15 000 DM erhalten.



Menschen, die Zwangsarbeit leisteten, mussten am längsten auf Entschädigungszahlungen warten. Aleksej Semenowitsch Deschtscha, ehemaliger Zwangsarbeiter im Bremer Hafen, kehrt nach einer Projektwoche der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVS) von Bremen nach Kiew zurück.

Erinnerung

Die 1950er-Jahre gelten als eine Zeit des Schweigens über die nationalsozialistische Vergangenheit. Auch wenn es stimmt, dass in vielen Familien über den Nationalsozialismus und die Beteiligung der Eltern, Großeltern und anderer Verwandter nicht gesprochen wurde, so war der Zweite Weltkrieg keineswegs tabu – es wurde jedoch nur auf spezielle Weise über ihn gesprochen.

Große Auflagen bis zu 500 000 Exemplare monatlich erreichten zum Beispiel die „Landser“-Hefte, in denen der Kriegsalltag der einfachen Soldaten verklärt und die ungeborene Tapferkeit und Kameradschaft deutscher Soldaten beschworen wurden. Die Verbrechen der Wehrmacht, der Mord an den Juden in den besetzten Gebieten kamen in den „Landser“-Heften nicht zur Sprache. Ebenso unkritisch schilderte der Bestsellerautor Heinz G. Konsalik in weit über 100 Romanen, die insgesamt eine Millionenauflage erfuhren, den Soldatenalltag im Zweiten Weltkrieg.

Etliche Spielfilme behandelten den Weltkrieg. In „Des Teufels General“ (1955), nach dem Theaterstück von Carl Zuckmayer, unter der Regie von Helmut Käutner und in der Hauptrolle Curd Jürgens, erkennt der legendäre Fliegergeneral Harras, der sich über die Nazis lustig macht, zu spät, dass er einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hat, und begeht Selbstmord. 1959 kam „Hunde, wollt ihr ewig leben“ in die deutschen Kinos, der in realistischer Weise den katastrophalen Kampf um Stalingrad 1942/43 darstellte. In dem Antikriegsfilm „Die Brücke“ von Bernhard Wicki (1959) verteidigen 16-jährige Soldaten im April 1945 eine Brücke gegen die herannahende amerikanische Armee, weil sie glauben, der „deutschen Ehre“ verpflichtet zu sein und nicht „feige“ sein zu dürfen. Bis auf einen Jugendlichen kommen alle in diesem völlig sinnlosen Kampf um. Ebenso wurden in Ostdeutschland Filme produziert, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen. Der wohl berühmteste ist „Die Mörder sind unter uns“ (1946) von Wolfgang Staudte, unter anderen mit Hildegard Knef. Der ehemalige Militärarzt Mertens trifft in Berlin seinen einstigen Vorgesetzten wieder, der an der Ostfront Zivilisten erschießen ließ und nun als geachteter Bürger lebt. Zunächst will Mertens ihn töten, besinnt sich jedoch und übergibt ihn dem Gericht. In Konrad Wolfs Film „Sterne“ (1959) entschließt sich ein deutscher Unteroffizier in einem besetzten bulgarischen Dorf nach langem Zögern, verfolgten Juden zu helfen und die Partisanen zu unterstützen.

Schriftsteller wie Heinrich Böll, Alfred Andersch und Günter Grass sowie andere, die sich in der „Gruppe 47“ zusammenfanden, behandelten in ihren Büchern die Kriegs- und Nachkriegszeit. „Wir schrieben“, notierte Heinrich Böll 1952, „also vom Krieg, von der Heimkehr und dem, was wir im Krieg gesehen hatten und bei der Heimkehr vorfanden: von Trümmern“. In einem der wichtigsten Bücher der deutschen Nachkriegsliteratur, „Die Blechtrommel“ (1958), schildert Günter Grass aus der Perspektive von Oskar Matzerath, der seit seinem dritten Lebensjahr nicht mehr wächst, deutsche Geschichte in den 1920er- und 1930er-Jahren. Auch in



ullstein bild - Tollkühn

Formen der Erinnerung: In einigen ehemaligen Konzentrationslagern befinden sich heute Gedenkstätten, die auch zur kritischen Selbshinterfragung einladen. Eingangspforte des KZ Sachsenhausen bei Oranienburg



ullstein bild - Schöning

Die „Landser-Heft“ kommen dagegen eher dem Bedürfnis nach einem ungebrochenen Selbstbild entgegen: Sie verklären rückblickend den Kriegsalltag und die Tapferkeit der einfachen Soldaten und blenden deren kritische Facetten aus.



ullstein bild

Richter des Kriminalgerichts Berlin-Moabit haben im Rahmen eines Festakts am 1. Oktober 1936 das NS-Hoheitszeichen an die Robe gehetet und erheben zum Zeichen ihrer Loyalität die Arme zum „Deutschen Gruß“. Nach späteren Schätzungen hatten Mitte der 1950er-Jahre fast 90 Prozent der Richter an den bundesdeutschen Oberlandesgerichten bereits dem NS-Staat gedient.



ullstein bild - The Granger Collection

Im Juni 1961 steht Adolf Eichmann, ehemaliger SS-Offizier und „Deportationsexperte“ des Reichssicherheitshauptamtes, in Jerusalem vor Gericht. Nach einem Prozess, der weltweite Aufmerksamkeit erregt, wird er am 31. Mai 1962 hingerichtet.

der DDR entstanden bedeutende Romane wie Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen“ (1958), der im Konzentrationslager Buchenwald spielt, „Kindheitsmuster“ (1976) von Christa Wolf oder Hermann Kants „Der Aufenthalt“ (1977), die sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen.

Im Dezember 1959 wurde die westdeutsche Öffentlichkeit aufgeschreckt durch Hakenkreuz-Schmierereien an Synagogen und Schändungen von jüdischen Friedhöfen. Plötzlich stand die Gefahr des Antisemitismus in Deutschland wieder auf der Tagesordnung, nachdem man viele Jahre darüber gänzlich hinwiegesehen hatte. Nun jedoch beschlossen die Kultusminister der Länder neue „Richtlinien über die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht in den Schulen“ und forderten, die politische Aufklärung über den Nationalsozialismus zu verbessern. Die 16-teilige Fernsehserie „Das Dritte Reich“ erreichte 1960/61, allerdings bei einer noch geringen Verbreitung privater TV-Geräte, Einschaltquoten von etwa 60 Prozent.

Wie schwer sich die deutsche Gesellschaft mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit tat, zeigte die Wanderausstellung „Ungestünte Nazi-Justiz“, die 1959/60 von der SPD-Studentenorganisation SDS organisiert worden war. In der Ausstellung wurden unter anderem auch Namen von Richtern genannt, deren verbrecherische Todesurteile im Zweiten Weltkrieg ungeahndet geblieben waren. Der Hauptverantwortliche für die Ausstellung, Reinhard Strecker, wurde daraufhin aus der SPD ausgeschlossen, die Mitgliedschaft im SDS im November 1961 endgültig als unvereinbar mit der SPD-Mitgliedschaft erklärt.

Der Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem, der im Mai des Vorjahrs von einem israelischen Kommando aus Buenos Aires, wohin er sich nach dem Krieg mit seiner Familie geflüchtet hatte, entführt worden war, rückte den Mord an den europäischen Juden wieder in das öffentliche Bewusstsein. Denn der Holocaust bildete den Mittelpunkt des Verfahrens gegen den Hauptverantwortlichen des RSHA für die Deportationen von Juden aus allen besetzten europäischen Ländern in die Vernichtungsstätten im Osten. Der Prozess gegen Eichmann wurde weltweit im Fernsehen übertragen, und Hannah Arendts erfolgreiches wie umstrittenes Buch „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“, das 1963 in den USA und ein Jahr später auf deutsch erschien, prägte das Bild dieses NS-Täters.

Wenige Jahre später standen im Frankfurter Auschwitz-Prozess 24 Angeklagte vor Gericht. Sie hatten ebenso wie Eichmann nichts Dämonisches an sich, sondern hatten wie andere „normale“ Deutsche jahrelang nach dem Krieg unerkannt gelebt, obwohl sie unter anderem als Adjutant des Lagerkommandanten, als SS-Führer oder Lagerapotheke ganz entscheidenden Anteil am Massenmord gehabt hatten. Durch die umfangreichen Ermittlungen, rund 1300 gesammelte Zeugenaussagen, durch die Berichte von 359 Zeugen aus 19 Nationen vor dem Frankfurter Gericht und nicht zuletzt durch ausführliche Gutachten von Historikern des Instituts für Zeitgeschichte in München entstand in diesem Prozess erstmals ein umfassendes Bild vom Vernichtungslager Auschwitz, das durch Radio und Fernsehen auch in die Wohnzimmer der deutschen Gesellschaft übertragen wurde.

Während in der DDR mit einem monumentalen Ausbau der Gedenkstätte Buchenwald in erster Linie der kommunistischen Häftlinge gedacht wurde, die in den Konzentrationslagern gefoltert und ermordet worden waren, gelang es

den jüdischen Gemeinden in Westdeutschland, das Gedanken an die Verfolgung der Juden aufrechtzuerhalten. Anfang der 1960er-Jahre fanden wieder Veranstaltungen am 9. November statt, die an den Pogrom 1938 erinnerten. Zum 40. Jahrestag 1978 gab es zahlreiche, vor allem lokale Initiativen, die an die verbrannten Synagogen, zerstörten Geschäfte, die vertriebenen und ermordeten Juden mit Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen und Broschüren erinnerten.

Im Januar 1979 wurde – wenn auch zunächst nur in den dritten Programmen – im deutschen Fernsehen die vierteilige US-amerikanische Serie „Holocaust“ ausgestrahlt, die eine enorme Resonanz fand. Gerade durch die Form des Spielfilms, in dem die Geschichte der deutsch-jüdischen Familie Weiss, der nicht-jüdischen Familie Helms und derjenigen eines Täters, des SS-Angehörigen Dorf, miteinander verwoben wurden, erreichte die Fernsehserie ein Millionenpublikum. Die vier Teile zur besten Sendezeit nach der „Tagesschau“ erzielten heutzutage unerreichbare Einschaltquoten zwischen 31 und 40 Prozent, und selbst die anschließenden Diskussionsrunden mit Historikern, Publizisten und Psychologen schauten sich noch elf bis 18 Prozent der Fernsehzuschauer an.

Die Fernsehserie „Holocaust“ bildete zweifellos eine Zäsur im gesellschaftlichen Bewusstsein des Holocaust und darf in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Gleich im Anschluss veröffentlichte der „SPIEGEL“ einen Bericht des polnischen Häftlings Wiesław Kielar, der fünf Jahre Auschwitz überlebt hatte, und die „ZEIT“ brachte eine Serie über das Warschauer Getto. Die Gedenkstätte Dachau verzeichnete 1979 einen Zuwachs der Besucherzahlen von 22 Prozent. „Holocaust“, so urteilte der Medienhistoriker Frank Bösch, prägte „die mediale Erinnerungskultur der achtziger Jahre“. Nachfolgende Spielfilme wie „Die Geschwister Oppermann“ (1983), „Väter und Söhne“ (1986) und „Die Bertinis“ (1988) orientierten sich an Familiengeschichten. Nach den Tätern erhielten nun auch die jüdischen Opfer Namen und Gesichter.

Mit seinem monumentalen Film „Shoah“ (1986), an dem er über zehn Jahre gearbeitet hatte, setzte der französische Regisseur Claude Lanzmann einen Markstein in der Visualisierung des Holocaust. In über neun Stunden sind es allein Überlebende und wenige Mitläufer und Täter, die über den Massenmord berichten. Kein einziges Dokument wird gezeigt, kein Foto oder Filmausschnitt aus der NS-Zeit – nur die Stimmen der Opfer sollen Zeugnis ablegen. „Dieser Film“, so Lanzmann, „ist nicht aus Erinnerungen gemacht, das habe ich gleich gewusst. Vor Erinnerungen graut mir: Erinnerungen sind kraftlos. Der Film bewirkt die Aufhebung jeglicher Distanz zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart, ich habe diese Geschichte in der Gegenwart neu erlebt.“ Ebenso nachhaltig, wenn auch weit publikumswirksamer wirkte ein Jahrzehnt später Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ (1993), der wohl wie kein anderer Spielfilm vorher weltweit ein Millionenpublikum erreicht hat.

In den vergangenen drei Jahrzehnten sind zahlreiche Gedenkstätten an Orten nationalsozialistischen Terrors entstanden, oftmals auf Initiative lokaler Bürgergruppen. An ehemalige Gestapogefängnisse wird in deutschen Städten ebenso erinnert wie an Deportationsplätze und Standorte von 1938 niedergebrannten Synagogen. In den KZ-Gedenkstätten sind umfassende, modern gestaltete Ausstellungen zu sehen, Schulklassen werden mit pädagogischen Programmen über die nationalsozialistischen Verbrechen aufgeklärt.



Mittlerweile wird vielerorts auch der Menschen gedacht, die mit persönlichem Einsatz Widerstand gegen das NS-Regime geleistet haben. Otto Weidt (M., schwarzer Anzug), der Besitzer einer Blindenwerkstatt, versteckte in seiner Besenfabrik etliche jüdische Bürger und schützte sie damit vor der Deportation.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Auch die Opfer der NS-Terrorherrschaft erhalten nach und nach Namen und Gesichter. Zu den bekanntesten gehört das jüdische Mädchen Anne Frank. Schon 1947 erscheint die erste Auflage ihres Tagebuchs, das ab 1942 zwei Jahre lang ihr Leben im Versteck eines Amsterdamer Hinterhauses dokumentiert. 1944 wird die damals 15-Jährige von Gestapo-Beamten verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Kurz vor der Befreiung stirbt sie 1945 in Bergen-Belsen. Der Erfolg der Publikation des Tagebuchs macht Anne Frank weltweit zum Symbol der Opfer des Holocaust. 2009 wird das Buch in das UNESCO Weltdokumentenerbe aufgenommen.

bpk

Zu den nachhaltigsten Gedenkorten im Alltag gehören die in mehreren deutschen Städten verlegten „Stolpersteine“. Sie werden vor den letzten selbstgewählten Wohnhäusern in den Bürgersteig eingelassen und erinnern namentlich an die einstigen jüdischen und anderen Nachbarn, die Opfer der NS-Zeit wurden.

Der Holocaust gehört seither nicht nur zum Gedächtnis der Deutschen, sondern seiner wird global erinnert. Die Gründung des *US Holocaust Memorial Museum* in Washington 1993 ist dafür ein sichtbares Zeichen. In Deutschland dauerte es indes bis in das Jahr 2005, als nach jahrelangen Debatten in Berlin das Denkmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht werden konnte. Drei Jahre später wurde unweit vom Stelenfeld ein eigenes Denkmal zur Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen aufgestellt, und im Oktober 2012 folgte ein eigenes Denkmal für die Roma und Sinti. Die Unausweichlichkeit, dass bald auch die letzten Überlebenden des Holocaust gestorben sein werden und sie nicht mehr unmittelbar persönlich Zeugnis vom Geschehen ablegen können, hat einen deutlichen Schub in der Dokumentation ihrer Erlebnisse, in der Musealisierung und Medialisierung des Holocaust bewirkt. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus ist offenkundig keineswegs abgeschlossen, sondern wird auch weiter die Zukunft bestimmen. (Siehe auch Infoaktuell „27. Januar – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“.)



picture-alliance / dpa

Erinnerung im Alltag: Mit ins Bürgersteigpflaster eingelassenen goldfarbenen „Stolpersteinen“ weist der Künstler Gunter Demnig auf die letzten selbstgewählten Wohnstätten in der NS-Zeit ermordeter Menschen hin.

„Ein Tag der Befreiung“

Eine Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung, speziell in Deutschland, war die Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in der Gedenkstunde zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 1985.

„Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.“

Wir Deutschen begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Be Schönigung und ohne Einseitigkeit.“

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen

erleiden mussten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang.

Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewissheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?

Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte

sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn?

Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse, dunkle Zukunft.

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.“

[...]

http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/NeueHerausforderungen_redeVollstaendigRichardVonWeizsaecker8Mai985/ (zuletzt abgerufen: 8.10.12)

Besuch in einer Gedenkstätte

[...] Nun steht ein junger Historiker zwischen den ehemaligen SS-Kasernen und entschuldigt sich bei den Schülern für seine Sonnenbrille. Eine blöde Lichtempfindlichkeit, sagt Roland Cerny-Werner zur Klasse 11 des evangelischen Gymnasiums Erfurt. Tatsächlich lässt die Brille ihn nach Reiseleiter aussehen, und dieses Touristische wirkt ein bisschen beschämend an einem Ort wie diesem. Das sagt Werner natürlich nicht. Denn Scham wäre Einfühlung, und Einfühlung wäre Überwältigung, also fast schon verordneter Antifaschismus, den aber wollen die Erben der größten „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR“ unbedingt überwinden. Bloß keine hohle Pietät! Bloß keine Andachtsbefehle! Höflich bittet Werner zu beachten, dass die Gedenkstätte auch ein Friedhof sei und Angehörige von Toten hierherkommen. „Überlegt mal, ob ihr wirklich ein Handyfoto von den Krematoriumsöfen braucht. Wir haben kein Fotoverbot, nur ein Rauchverbot. Entscheidet selbst.“ Ein paar langhaarige Jungen kramen ihre Telefone hervor und schalten sie aus.

Zwei Stunden dauert die Führung übers Lagergelände. [...]

Werner hat die Krematoriumsfotos nicht zufällig erwähnt. Auf rechten Websites kursieren immer wieder neue Schnappschüsse von den Öfen und Kommentare im Stil von „Schade, dass es vorbei ist“. Zwar fand hier nie ein Brandanschlag statt wie 1992 im ehemaligen KZ Sachsenhausen, als Neonazis die Baracke mit der Ausstellung über jüdische Häftlinge zerstörten. Dafür stellen Thüringer Jungrechte sich gern in SS-Pose hinter die Genickschussanlage. Sie haben Grundrisse des Lagers kopiert, um es am Modell „zu optimieren“. Sie pinkeln als Mutprobe auf Gedenksteine.

Das Problem in der Aufarbeitungsprovinz sind jedoch nicht nur die Rechtsextremen, sondern auch die Erwartungen gutwilliger Geschichtstouristen. Manche sind enttäuscht, dass es hier keine Gaskammern gibt. Andere staunen, dass es eine komplizierte Infrastruktur der Vernichtung gab, 24 Konzentrationslager und weit über 1000 Außenlager. Offenbar wissen die Deutschen nicht ganz so genau über das „Dritte Reich“ Bescheid, wie die Schlussstrichfraktion behauptet. [...]

Etwa 60 000 Menschen wurden [...] in Buchenwald ermordet – Politische, Homosexuelle, Kriegsgefangene, Sinti

und Roma, Juden. 60 000 klingt wenig im Vergleich zu sechs Millionen.

Deshalb fragt Werner die Klasse: „Wenn Auschwitz ein Vernichtungslager war, war Buchenwald dann keins?“ Ein Augenblick Stille im Schatten der ehemaligen Kommandantur. Ein Junge schlägt vor: „Doch, aber anders.“ Ein Mädchen: „Vernichtung durch Arbeit.“ Durch Hunger, Kälte, Prügel.“ Sie stehen vor den Hundezwingern des Lagerkommandanten Koch und sprechen über Willkür als System. Zum Beispiel konnten SS-Männer sich „Zusatzurlaub erschießen“, indem sie Fluchttote für die Statistik produzierten, dazu musste man nur die Mütze eines Gefangenen hinter die Postenkette werfen und ihm mit vorgehaltener Waffe befehlen, sie aufzusetzen.

Werner scheint solche brutalen Details ungern zu erzählen. [...] Die neue Historikergeneration will Unrechtsbewusstsein statt Gefühlsausnahmezustand.

Wenn die Schüler sich in den schmalen Arrestbunker drängen, wo damals die Opfer auf ihre nächste Folter warteten, sollen sie sich nicht wohlig gruseln, sondern begreifen: Faschismus war ein Gesellschaftsverbrechen. Ausführlich diskutiert Werner mit ihnen über „Volkschädlinge“ und die völkische Umdefinition des Jüdischseins in ein „Rassemerkmal“.

Der Holocaust selbst spielt bei den einfachen Gedenkstättenführungen keine Hauptrolle, aber kommt im Vorbeigehen immer wieder vor. Während die Schüler das Lagertor passieren, bemerkt einer, dass hier als Motto „Jedem das Seine“ stehe, in Auschwitz hingegen „Arbeit macht frei“. [...] Als ihr betreuender Lehrer gegen ein Uhr mahnt, sie müssten sich nun beileiben, um den Bus nach Hause zu erwischen, erhebt sich lautstarker Protest. Wozu jetzt noch Physikunterricht?

Es ist nicht die Schuld der Schüler, wenn die Geschichte abgespult werden muss wie beliebiger Schulstoff. Über den Appellplatz eilen sie ins Krematorium. Die weißen Fliesen der Pathologie, die sauberen Klinker der Öfen, die welken Blumen im Gedenkraum. Draußen die abschließende Bitte, möglichst nicht zu rennen zur Bushaltestelle. Fotografiert hat heute keiner. [...]

[...] „Erinnerung ist heute so ein heiliges Wort“, sagt [der amtierende westdeutsche Gedenkstättendirektor Volkhard] Knigge, „als hätte sie nie der Verstetigung von Revanche und Rache dient.“

Die Neonazis kämen auch hierher, um sich zu erinnern, schon deshalb dürfe die Gedenkstätte kein Horror-Disneyland sein. Schaulust dürfe sich nicht entfalten, auch wenn manche Besucher den Verzicht auf Schreckensrequisiten verharmlosend finden. Sorgfältige Forschung sei der einzige Schutz gegen die Oberflächlichkeit des Gedenkens.

[...] Und jetzt? Gedenkauftrag erfüllt? Was könnte noch kommen? Der letzte Bus natürlich, darin sitzen ein paar junge Gedenkstättenhistoriker und fahren in den Feierabend. Weil in Weimar Zwiebelmarkt ist, das Oktoberfest Ostdeutschlands, wollen sie noch eine Bratwurst essen. Werner ist auch dabei. Sein Kollege Roland Hirte erzählt ihm, dass vorm Goethe-Schiller-Denkmal während einer Führung zwei ausländische Schüler zusammengeschlagen wurden. Heute tummeln sich auf dem Theaterplatz massenhaft Feindflug-Tattoos und Reichsarbeitsfront-Kappen. Was tun gegen Neonazis? Darüber entbrennt in einer Kneipe heftiger Historikerstreit. Werner: Ich ignoriere Lonsdale-Pullover bei meinen Führungen. Bloß keine Extraaufmerksamkeit, deswegen laufen die ja so rum. Hirte: Ich spreche die an. Werner: Dann platzt meine ganze Veranstaltung. Hirte: Du kannst doch nicht einfach wegsehen. Ich will wissen, wen ich vor mir habe und ob die Klasse zustimmt. Werner (gereizt): Es geht doch nicht um unsere Bedürfnisse. Die Mehrheit der Klasse soll was lernen. Hirte (zornig): Du hast aber die Pflicht, das anzusprechen. Die müssen den Pull-over rumdrehen oder werden rausgeschmissen. Werner (laut): Was bringt das? Soll ich demnächst NPD-Wähler rauschmeißen, obwohl die Partei legal ist? Dann müsst ihr mich auch rauschmeißen!

Von wegen Gedenkroutine. Gedenken mit Routine wäre Geschichte ohne Gegenwart. Dazu müsste man sich schon blind und taub stellen. Die Buchenwaldhistoriker vereinbaren noch in der Kneipe eine Weiterbildung. Streit ist ihre Waffe gegen die Weinerlichkeit. Schade, dass die letzten Überlebenden nicht dabei sind. Die zornige Anteilnahme der Jungen wäre ihnen vielleicht ein Trost.

Evelyn Finger, „Erinnerung ist so ein heiliges Wort“, in: ZEIT Geschichte Nr. 4/2008, S. 78ff.
<http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2008/04/Reportage-Gedenkstaette-Buchenwald> (zuletzt abgerufen: 8.11.2012)

Literaturhinweise

Überblicksdarstellungen

Kellner, Friedrich: „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939–1945, Göttingen 2011, 1126 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1195)

Friedrich Kellner war ein überzeugter NS-Gegner. Als offene Kritik unmöglich wurde, analysierte er in seinen Tagebüchern akribisch, wie die NS-Propaganda in der Tagespresse die deutsche Bevölkerung blendete und was diese trotzdem wissen können.

Süß, Dietmar: Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England, Bonn 2011, 717 S. (bpb-Schriftenreihe 1151)

Der Einsatz von Flugzeugen zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Art der Kriegsführung grundlegend verändert. Diese Geschichte des Bombenkriegs in Deutschland und England untersucht, wie beide Staaten jeweils mit der Gewalt aus der Luft umgingen.

Monographien und Sammelbände

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2007, 480 S.

Der Autor untersucht, wie sich Hitler die Zustimmung der Deutschen erkauft: u.a. mit opulenten Versorgungsleistungen, Verzicht auf direkte Kriegssteuern sowie der Entschädigung von Bombenopfern mit dem Haustrat ermordeter Juden.

Stefan Aust / Stephan Burgdorff (Hg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, München 2002, 238 S. (bpb-Schriftenreihe Band 432)

Spiegel-Redakteure und namhafte Historiker zeichnen unter Verwendung authentischer Zeugnisse und seltenen Bildmaterials ein bedrückendes Bild der Massenvertriebungen, die im gesamten östlichen Mitteleuropa Millionen von Menschen entwurzelten.

Benz, Wolfgang: Der Holocaust, 7. Aufl., München 2008, 126 S.

Wolfgang Benz beschreibt in seinem Standardwerk die Zuspitzung der antisemitischen Praxis im Nationalsozialismus und ihre markanten Stationen: von der Verfeindung und Entrechtung über die zunehmende Verfolgung bis zur industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Auch dem Genozid an den Sinti und Roma ist ein Buchkapitel gewidmet.

Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Mit einem Nachwort (1998), Reinbek 1998, 336 S.

Im Sommer 1942 wurde ein Bataillon der Hamburger Polizeireserve, etwa 500 Männer, die zu alt zum Dienst in der Wehrmacht waren, nach Polen zu einem Sonderauftrag gebracht. Sie erschossen Tausende von Menschen und brachten weitere Tausende in Konzentrationslager. Der Autor versucht Gründe dafür zu finden, wie „ganz normale Männer“ zu Massenmördern gemacht werden konnten.

Buerenthal, Thomas: Ein Glückskind. Frankfurt/Main 2007, 271 S. (bpb-Schriftenreihe Band 682)

Thomas Buerenthal ist Richter am Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag und ist in den USA als profilierte Anwalt für Menschenrechte bekannt. Er flieht 1939 mit seiner jüdischen Familie aus dem tschechischen Lubochna vor dem Zugriff der deutschen Besatzer nach Polen. Als die Wehrmacht auch dort einmarschiert, kommt die Familie ins Getto Kielce. Der Junge überlebt das Getto, Auschwitz und – als eines von sehr wenigen Kindern – den „Todesmarsch“ ins KZ Sachsenhausen.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Nationalsozialismus (APuZ 32–34/2012); Rechtsextremismus (APuZ 18–19/2012); Zukunft der Erinnerung (APuZ 25–26/2010); Zweiter Weltkrieg (APuZ 36–37/2009); 60 Jahre Kriegsende (APuZ 18–19/2005)

Als PDF unter www.bpb.de/apuz verfügbar

Dies. Reihe Filmkanon: Nacht und Nebel. Alain Resnais. Frankreich 1955, Bonn 2011
Alain Resnais' herausragende Dokumentation von 1955 über das Geschehen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern verbindet eindringliche Bilder, die Musik Hanns Eislers und den Text der Schriftsteller Jean Cayrol und Paul Celan.

Dies.: Reihe Themenblätter im Unterricht: Thurich, Eckart: 20. Juli 1944 (Themenblätter im Unterricht Nr. 37, Bonn 2008, 72 S.)

Als PDF verfügbar unter www.bpb.de/publikationen

Dies.: Reihe Themen und Materialien: Pflock, Andreas: Auf vergessenen Spuren, Bonn 2006, 167 S.

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in den Benelux-Ländern sind in Deutschland noch weitgehend unbekannt. Die Publikation vermittelt Kenntnisse über die Ereignisse während der deutschen Besatzung 1940–1945. Sie gibt einen Überblick über Orte der Verfolgung und des Widerstands sowie ihre Entwicklung nach 1945 zu Orten des Gedenkens und Erinnerns.

Dies. (Hg.): Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht. Video-DVD und Lernsoftware. Eine Kooperation der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), der Freien Universität Berlin und des Deutschen Historischen Museums

Auf dieser Doppel-DVD berichten fünf Überlebende von ihren Erfahrungen in Lagern und Fabriken. Zwei Hintergrundfilme informieren über Zwangsarbeit und Entschädigung sowie über das Online-Archiv Zwangsarbeit 1939–1945.

Burgdorff, Stephan / Habbe, Christian (Hg.): Als Feuer vom Himmel fiel: Der Bombenkrieg in Deutschland, München 2003, 253 S.

In sieben Abschnitten skizzieren die Beiträge den Luftkrieg über Europa. Diskutiert werden militärgeschichtliche, moralische und erinnerungspolitische Dimensionen dieses Aspekts des Zweiten Weltkriegs.

Gottwaldt, Alfred / Schulle, Diana: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, 509 S.

Erstmals werden die wichtigsten Daten sämtlicher „Judentransporte“ aus dem „Großdeutschen Reich“ zusammengestellt und kommentiert.

Hesse, Klaus / Springer, Philipp (Hg.): Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002, 176 S.

Kershaw, Ian: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011, 703 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1194)

Warum hat das Regime Hitlers in der Endphase noch so lange funktionieren können? Die Untersuchung trägt zum Verständnis über die Herrschaftsstrukturen und Mentalitäten NS-Deutschlands in den Jahren 1944/1945 bei.

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!“: die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, 447 S.

Der Titel „Davon haben wir nichts gewusst!“ zitiert die häufigste Reaktion im Land der Täter auf die Judenvernichtung – Longerich bezeichnet in seinem Buch das System der Vernichtungslager jedoch als „öffentliches Geheimnis“ während des NS. Die Aneignung vorgeschoßener Ahnungslosigkeit habe bei vielen Deutschen bereits eingesetzt, als die Kriegsniederlage immer absehbarer wurde.

Mallmann, Klaus-Michael / Paul, Gerhard (Hg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Sonderausgabe Darmstadt 2011, 291 S.

Der Band vereint 23 Biographien von NS-Tätern aus der zweiten oder dritten Reihe der SS oder des Polizeiapparats. Die eher kurzen und gut lesbaren Beiträge aus dem Feld der Täterforschung porträtieren Männer, die den Vernichtungskrieg und die Verfolgungspolitik konkret organisierten und durchführten.

Mallmann, Klaus-Michael / Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Sonderausgabe Darmstadt 2011, 287 S.

Die Autoren weisen nach, dass die nationalsozialistischen Machthaber bereits konkrete Vorbereitungen für eine „Endlösung“ im Nahen Osten, also die Vernichtung der lokalen jüdischen Bevölkerung, getroffen hatten, bevor die deutsche Expansion in Nordafrika von den Briten militärisch aufgehalten wurde. Große Teile der arabischen Nationalbewegung um den Großmufti von Jerusalem teilten den Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Mazower, Mark: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009, 666 S.

Der britische Historiker Mark Mazower beschreibt die „Neue Ordnung“, die Hitler für das von der Wehrmacht besetzte Europa anstrehte: ein unter deutscher Herrschaft zwangsvereineter Kontinent, der durch seine Bevölkerungsmasse und ökonomische Produktivität auch den USA überlegen sein sollte. Vor allem die osteuropäische Bevölkerung galt dabei als „rassistisch minderwertig“ und sollte entsprechend unterdrückt und dezimiert werden.

Milgram, Avraham / Rozett, Robert (Hg.): Der Holocaust. FAQs – Häufig gestellte Fragen. Deutsch/Englisch, Göttingen 2011, 76 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1235)

Das Wissen über den Holocaust ist oft lückenhaft. Dieser Band der Gedenkstätte Yad Vashem beantwortet faktenbezogen und komprimiert die 32 drängendsten, am häufigsten gestellten Fragen zum Holocaust.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, bisher 10 Bde., Stuttgart 1979–2008

Grundlagenwerk zur rüstungswirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorbereitung des Krieges sowie zur Kriegsführung und inneren Mobilisierung durch die politisch-militärische Führung des Dritten Reiches.

Müller, Rolf-Dieter: Hitlers Wehrmacht 1935-1945, München 2012, 224 S.

Der Band bietet zunächst einen Überblick über die Wehrmacht im Dritten Reich. Im zweiten Teil wird erkennbar, wie sich die militarisierte „Volksgemeinschaft“ der Deutschen im Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der totalen Mobilmachung veränderte. Der dritte Teil analysiert die militärische Kriegsführung vom „Blitzkrieg“ bis zum Untergang von Reich und Wehrmacht.

Nachama, Andreas / Hesse, Klaus (Hg.): Vor aller Augen. Die Deportation der Juden und die Versteigerung ihres Eigentums. Fotografien aus Lörrach, Berlin 2011, 103 S.

Pöttker, Horst: Abgewehrte Vergangenheit. Beiträge zur deutschen Erinnerung an den Nationalsozialismus, Köln 2005, 268 S.

Auch Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus kursieren noch Strategien zur Verdrängung, Relativierung und Vernebelung der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen der NS-Diktatur. Anhand von Beispielen aus dem kulturellen und politischen Betrieb Deutschlands zeigt Pöttker solche aktuellen Verdrängungsleistungen auf.

Recker, Marie Luise: Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 2. Aufl., 2009, 152 S. Überblick über die Etappen der NS-Außenpolitik von 1933-1945 und über die historische Einordnung der Expansionspolitik zusammen mit einer Einführung in die Forschung.

Reichel, Peter / Schmid, Harald / Steinbach, Peter (Hg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte, München 2009, 496 S. (bpb-Schriftenreihe Band 766)

Der Sammelband beleuchtet die „zweite Geschichte“ des Nationalsozialismus: den Umgang der deutschen Nachkriegsgesellschaften mit der NS-Diktatur und ihren Verbrechen zwischen den Polen Verdrängung und Aufarbeitung.

Sander, Ulrich: Mörderisches Finale. NS-Verbrechen bei Kriegsende, Köln 2008. 192 S. Mit dem Näherrücken der absehbaren Kriegsniederlage intensivierte das NS-Regime die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik weiter. In den Jahren 1944 und 45 ermordeten SS und Polizeiapparat massenweise Kriegsgefangene, politische Gegner und Zwangsarbeiter, teilweise buchstäblich in letzter Minute. Der Band vereinigt Porträts von Widerstandskämpfern, Zeitzeugenberichte und historische Analysen.

Steffens, Gerd / Lange, Thomas (Hg.): Der Nationalsozialismus, Band 1. Staatsterror und Volksgemeinschaft 1933-1939, Schwalbach/Ts. 2009, 240 S.

Dies. (Hg.): Der Nationalsozialismus, Band 2. Volksgemeinschaft, Holocaust und Vernichtungskrieg, Schwalbach/Ts. 2011, 366 S.

Die umfangreiche, zweibändige Quellensammlung bietet Schlüsseltexte zur Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Insbesondere im zweiten Band werden umfangreiche Materialien zum Massenmord an den europäischen Juden, zur Vertreibung in Osteuropa und zur nationalsozialistischen Kriegsführung dargestellt.

Steinbach, Peter: Der 20. Juli 1944: Gesichter des Widerstands, München 2004. 352 S. Es gab nicht einen Widerstand, sondern zahlreiche Widerstände. Sie waren die Konsequenz einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Staates. Sie verliefen niemals geradlinig, sondern sind durch viele Brüche und neue Anfänge gekennzeichnet. Beschreiben lässt sich der Weg in den Widerstand exemplarisch: als Geschichte von Menschen, die ihre Empörung über das Unrecht nicht verloren, die für Mitmenschlichkeit und die Ideale eines anderen Staates einstanden.

Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Berlin 2004, 551 S.

Der Sammelband liefert eine Gesamtdarstellung der Erforschung des Widerstands gegen die NS-Diktatur: Von der Arbeiterbewegung über liberale Gegner des NS und religiöse Gruppen bis hin zu konservativen und militärischen Kreisen werden Motive, Ziele, Umfang, aber auch Beschränktheit des Widerstands erörtert. Die Beiträge thematisieren auch die alltägliche, unorganisierte Dissidenz Einzelner wie auch den Widerstand von Verfolgten, die sich in KZs und Gefängnissen widersetzen.

Stiftung Topographie des Terrors (Hg.): Topographie des Terrors – Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation, Berlin 2010, 432 S.

Der Katalogband zur gleichnamigen Ausstellung skizziert in Grundzügen die Geschichte dieses „Ortes der Täter“, der dort einst angesiedelten NS-Terrorzentralen und der von diesem Ort ausgegangenen Verbrechen in Deutschland und in den vom „Dritten Reich“ besetzten Ländern Europas.

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002, 514 S.

Die Autorin analysiert die strafrechtliche Aufarbeitung von NS-Verbrechen in den 1950ern und 60ern in einer vergleichenden Perspektive. Neben der Aufarbeitung der Vergangenheit kommt vor allem die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges in den Blick, die von entscheidender Bedeutung für die jeweilige Aufklärungspolitik war.

Welzer, Harald: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt/Main 2005, 323 S.

In seiner sozialpsychologischen Studie spürt Welzer einer zentralen Frage der NS-Forschung nach: Wie wurden „ganz normale“ Männer zu Massenmördern, den Tätern der Shoah? Seine beunruhigende These ist, dass die Bereitschaft zu morden rasch entsteht, wenn eine Gesellschaft solche Taten durch Straffreiheit und Anerkennung belohnt. Die Erkenntnisse über die NS-Täter ergänzt der Autor durch Beiträge zu anderen Massenverbrechen, etwa dem Genozid in Ruanda von 1994.

Ders. (Hg.): Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis, Frankfurt/Main 2007, 292 S.

Der europäische Vergleich von familiären und individuellen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg fördert bedenkliche Ergebnisse zu Tage: Die Studie zeigt, dass die Erinnerung an die Rolle eigener Familienmitglieder und Landsleute oft Kollaboration und Mittäterschaft ausblendet. Antisemitische Stereotype existieren fort, und die Rolle von Opfern und Tätern wird im historischen Prozess verwischt.

Welzer, Harald / Moller, Sabine / Tschuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, 6. Aufl., Frankfurt/Main 2008, 249 S. In Gesprächen mit den Enkeln der NS-Tätergeneration haben die Autoren paradoxe und verstörende Ergebnisse zu Tage gefördert: In frappierender Abweichung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen tradieren Familien Erzählungen, in denen die eigenen Verwandten von Konzentrationslagern nichts wussten, Hitler ablehnten und zu Anhängern des Widerstands wurden – die Shoah hingegen „hat keinen Platz im deutschen Familiengedächtnis“. Der Band geht dieser Diskrepanz zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtserzählung nach.

Wette, Wolfram / Vogel, Detlef (Hg.): Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und „Kriegsverrat“, Berlin 2007, 507 S. (bpb-Schriftenreihe Band 685)

Fahnenflüchtige, Deserteure und Überläufer wurden auch nach 1945 als „Feiglinge“ und „Verräter“ geschmäht. In „Das letzte Tabu“ kritisieren die Autoren die Diskriminierung sogenannter Kriegsverräte, setzen sich mit den gegen sie verhängten Todesurteilen der NS-Militärjustiz auseinander und plädieren für ihre (2009 erfolgte) Rehabilitierung.

Publikationsreihen von Gedenkstätten, Lagergemeinschaften und Forschungsinstitutionen

Benz, Wolfgang / Distel, Barbara (Hg.): Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager.

www.dachauer-hefte.de

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland

www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis e.V. (Hg.): Ravensbrückblätter.

www.ravensbrueckblaetter.de

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Hg.): Bergen-Belsen Schriften.

www.bergenbelsen.de

Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart: Veröffentlichungen der Forschungsstelle.

<http://www.uni-stuttgart.de/hing/forschung/ludwigsburg/index.html>

Fritz Bauer Institut: Publikationen

<http://www.fritz-bauer-institut.de>

Internetadressen

<http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/>

<http://www.topographie.de/>

<http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/>

<http://www.lww-hessen.de> → Geschichte

Der Autor

Michael Wildt ist gelernter Buchhändler und arbeitete von 1976 bis 1979 im Rowohlt-Verlag. Anschließend studierte er von 1979 bis 1985 Geschichte, Soziologie, Kulturwissenschaften und Theologie an der Universität Hamburg. 1991 schloss er seine Promotion zum Thema „Auf dem Weg in die ‚Konsumgesellschaft‘. Studien über Konsum und Essen in Westdeutschland 1949-1963“ ab und war anschließend Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Von 1997 bis 2009 arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und habilitierte 2001 mit einer Studie über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Seit 2009 ist er Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert

mit Schwerpunkt in der Zeit des Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Nationalsozialismus, Holocaust, Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts und soziale wie politische Ordnungsvorstellungen in der Moderne.

Kontakt: michael.wildt@geschichte.hu-berlin.de

Peter Krumeich, Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor Wildt, hat an der inhaltlichen Entwicklung des Heftes mitgewirkt und insbesondere in Abstimmung mit der Redaktion die Bildrecherche für dieses Heft übernommen.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb,
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel
(Volontär)

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:

Nadine Düe, Marburg; Dipl.-Geogr. Björn Dzieran, Bonn; Christine Hesse, Bonn; Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professur für Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Universität Leipzig; Jutta Klaeren, Bonn; Prof. Dr. Sönke Neitzel, Professur für International History an der London School of Economics; Cornelius Strobel, Bonn

Titelbild:

Zerstörter Straßenzug in Rotterdam, Mai 1940 – bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

Kartenteil:

Dr. Hans-Joachim Kämmer, Ingenieur- und Redaktionsbüro für Kartographie, 12109 Berlin

U3-Gestaltung:

Cleees Communication Media Partner, 53333 Meckenheim

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich.
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 50 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

November 2012

Text, Grafiken, Karten und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpB-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.

„Nicht durch formale Schranken gehemmt“ Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus

Materialien für Unterricht und außerschulische politische Bildung



Die Unterrichtsmaterialien des Themen und Materialien-Bandes „Nicht durch formale Schranken gehemmt“ Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus können für die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule genutzt werden.

Themen und Materialien



Die organisatorischen Strukturen eines komplexen und unübersichtlichen Apparats im NS-Staat werden verdeutlicht und zugleich werden grundsätzliche Fragen nach dem Verhalten von Menschen in einer Diktatur gestellt. Der Band kann auch eine praktische Hilfe im Umgang mit dem gegenwärtigen Rechtsextremismus sein.

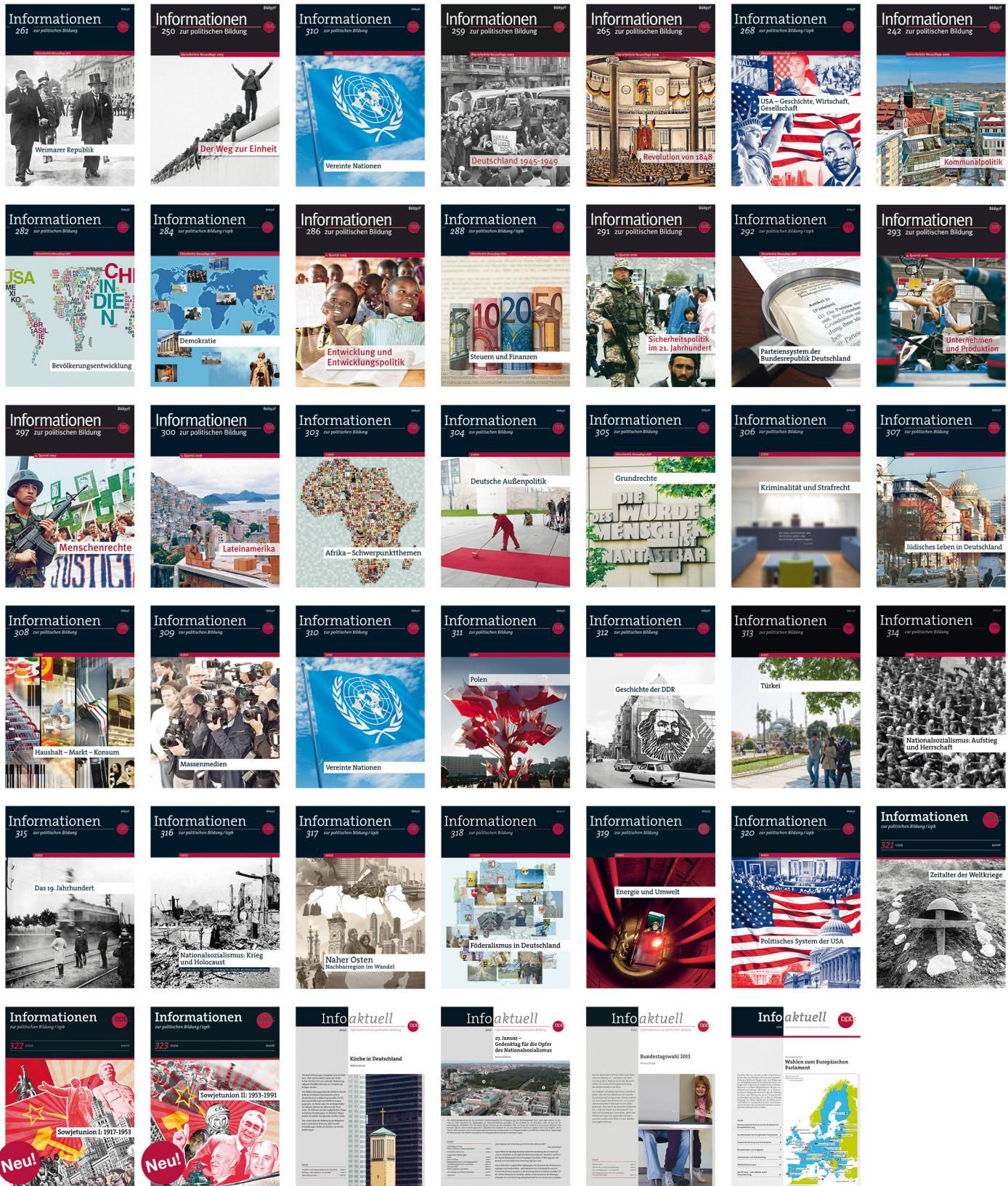
Bestellnummer 2435

Bereitstellungspauschale 7,00 €

Loseblattsammlung mit DVD (Lieferung mit Präsentationsordner)

Bestellbar ab 01.12.2012 unter www.bpb.de/themen-und-materialien

Kompaktes Wissen. In Heftform.



Die Informationen zur politischen Bildung
Recherchieren und bestellen: www.bpb.de/izpb